



Plenarprotokoll

61. Sitzung

Kiel, Donnerstag, 16. Mai 2002

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Errichtung des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein und zur Änderung des Hochschulgesetzes 4507

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/1839

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur 4507
Jost de Jager [CDU] 4510
Jürgen Weber [SPD] 4512
Dr. Ekkehard Klug [FDP] 4514
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 4516
Anke Spoorendonk [SSW]..... 4518

Thorsten Geißler [CDU]..... 4520
Beschluss: Überweisung an den Bildungsausschuss und den Sozialausschuss 4521

Gemeinsame Beratung

a) Anwärtersonderzuschläge für Lehramtsanwärter und Lehramtsanwärterinnen an beruflichen Schulen..... 4521

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1798

b) Bericht über die Gewinnung von Lehrkräften 4521

Landtagsbeschluss vom 20. Februar 2002 Drucksache 15/1596		Maßnahmen zur Qualitätssicherung an den Schulen	4544
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1728		Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/1820	
Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bil- dung, Wissenschaft, Forschung und Kultur.....	4521, 4533	Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bil- dung, Wissenschaft, Forschung und Kultur.....	4544
Sylvia Eisenberg [CDU].....	4524, 4535	Jost de Jager [CDU]	4546
Helmut Jacobs [SPD]	4526	Dr. Henning Höppner [SPD]	4549
Dr. Ekkehard Klug [FDP]	4528	Dr. Ekkehard Klug [FDP]	4551
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4530	Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4552
Anke Spoorendonk [SSW].....	4532	Anke Spoorendonk [SSW].....	4554
Beschluss: 1. Überweisung des Antrages Drucksache 15/11798 an den Bil- dungsausschuss		Beschluss: Beratung abgeschlossen	4556
2. Überweisung des Berichts Drucksache 15/1728 an den Bildungs- ausschuss zur abschließenden Be- ratung	4535	Bericht über die Aktivitäten zur Be- kämpfung der Fremdenfeindlichkeit und des Rechtsextremismus	4556
Bericht über die Aktivitäten zur Be- kämpfung der Fremdenfeindlichkeit und des Rechtsextremismus	4536	Landtagsbeschluss vom 16. November 2001 Drucksache 15/1306	
Landtagsbeschluss vom 16. November 2001 Drucksache 15/1306		Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1793	
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1793		Klaus Buß, Innenminister	4556, 4563
Lothar Hay [SPD], zur Geschäftsordnung	4536	Thorsten Geißler [CDU].....	4557
Martin Kayenburg [CDU], zur Geschäftsordnung	4536	Thomas Rother [SPD]	4558
Entwicklung und Perspektiven der Ge- samtschulen in Schleswig-Holstein	4536	Dr. Heiner Garg [FDP].....	4559
Landtagsbeschluss vom 13. Dezember 2001 Drucksache 15/1422		Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4561
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1660		Silke Hinrichsen [SSW]	4562
Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bil- dung, Wissenschaft, Forschung und Kultur.....	4536	Wolfgang Kubicki [FDP]	4563
Jost de Jager [CDU]	4538	Anke Spoorendonk [SSW].....	4564
Dr. Henning Höppner [SPD]	4539	Lothar Hay [SPD]	4565
Dr. Ekkehard Klug [FDP]	4540	Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung.....	4565
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4541	Weiterentwicklung der Kulturpolitik des Landes Schleswig-Holstein	4565
Anke Spoorendonk [SSW].....	4543	Landtagsbeschluss vom 23. Januar 2002 Drucksache 15/1513	
Beschluss: Überweisung an den Bildungs- ausschuss zur abschließenden Be- ratung	4544	Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1712	
		Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bil- dung, Wissenschaft, Forschung und Kultur.....	4565
		Anke Spoorendonk [SSW].....	4567
		Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]	4568
		Caroline Schwarz [CDU]	4569
		Dr. Ekkehard Klug [FDP]	4571

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4572
Beschluss: Überweisung an den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung	4573
Weiterentwicklung des IPTS	4573
Landtagsbeschluss vom 22. März 2002 Drucksache 15/1716 (neu)	
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1837	
Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur	4573
Jost de Jager [CDU]	4574
Jürgen Weber [SPD]	4576
Dr. Ekkehard Klug [FDP]	4576
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4577
Anke Spoorendonk [SSW].....	4579
Beschluss: Überweisung an den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung	4580

* * * *

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Anne Lütkes, Stellvertreterin der Ministerpräsidentin und Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Klaus Buß, Innenminister

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz

* * * *

Beginn: 10:03 Uhr

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Meine liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wünsche Ihnen allen einen schönen guten Morgen. Wir fahren in der Beratung fort. Ich darf bekannt geben, dass nach Mitteilung der Fraktionen der Abgeordnete Günther Hildebrand erkrankt ist. Wir wünschen ihm gute Besserung.

(Beifall)

Die Abgeordnete Ulrike Rodust ist beurlaubt und wegen dienstlicher Verpflichtungen auf Bundesebene ist der Minister für Umwelt, Herr Müller, entschuldigt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Und wo ist die Regierung im Übrigen? An Bildung nicht interessiert! - Unruhe)

Ich darf noch Gäste auf der Tribüne begrüßen: Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler des Ernst-Barlach-Gymnasiums aus Kiel und der Jens-Jessen-Skole aus Flensburg. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Wir treten in die Tagesordnung ein. Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Errichtung des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein und zur Änderung des Hochschulgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 15/1839

Ich erteile zunächst zur Begründung der Frau Bildungsministerin Erdsiek-Rave für die Landesregierung das Wort.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung legt Ihnen heute den Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung des **Universitätsklinikums Schleswig-Holstein** und zur Änderung des Hochschulgesetzes vor. Es geht bei diesem Gesetzesvorhaben einerseits um die Umsetzung der Neuordnung der rechtlichen Stellung der Chefärztinnen und Chefärzte durch privatrechtliche Verträge, worauf sich alle Bundesländer 1999 im Rahmen der Kultusministerkonferenz geeinigt haben. Zum anderen - und darum soll es heute vorrangig gehen - geht es um die rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen für die Fusion der beiden Universitätskliniken in Kiel und Lübeck, damit das neue Universitätsklinikum zum 1. Januar 2003 seinen Betrieb aufnehmen kann.

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

Diese **Fusion**, dieser Prozess wird begleitet von einer Lenkungsgruppe, von einer wissenschaftlichen Kommission und von einer Unternehmensberatung. Sie begleiten diesen Prozess, sorgen für eine umfassende Beteiligung und bringen die Fusion praktisch auf den Weg.

Wir bringen den Gesetzentwurf ein, weil wir die Hochschulmedizin in Schleswig-Holstein für die Zukunft sichern und aktiv gestalten wollen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es wäre unverantwortlich, nach dem Motto „Augen zu und durch“ einfach in der bisherigen Form weiterzumachen. Das würde nämlich nicht nur die Fortsetzung der jährlichen Zuschüsse von 140 Millionen € pro Jahr bedeuten, sondern auch den berechtigten Wunsch der Kliniken nach einer erheblichen Steigerung der Landeszuschüsse provozieren. Noch mehr Mittel aufzubringen können wir aber weder verantworten noch praktisch gewährleisten.

Die **Zusammenführung der Universitätsklinika** ist demnach ein sowohl sachlich als auch haushälterisch notwendiger Schritt, zu dem es nach Ansicht aller Experten keine Alternative gibt. Wir gestalten den Prozess so, dass er für alle Beteiligten tragbar ist, insbesondere für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beider Einrichtungen.

(Beifall des Abgeordneten Andreas Beran [SPD])

Das Konzept der **Verselbstständigung** der Universitätsklinika in Lübeck und Kiel zeigt bereits den erhofften Erfolg: Trotz schwieriger Rahmenbedingungen haben die Kliniken ihren Auftrag mit ausgeglichenen Ergebnissen erfüllt. Angesichts der zukünftigen Herausforderungen reicht diese erfolgreiche Verselbstständigung allerdings nicht aus, um in Zukunft auch auf Erfolgskurs zu bleiben, das heißt, bei finanzierbaren Zuschüssen auch in Zukunft exzellente Forschung und Lehre, medizinischen Fortschritt, hoch qualifizierte Ausbildung und - ich betone besonders - optimale Krankenversorgung zu leisten.

Denn die zentrale Ausgangslage, zentrale Parameter werden sich ändern beziehungsweise haben sich bereits verändert. Ich muss darauf noch einmal verweisen, weil dies insbesondere der CDU-Opposition in ihren Stellungnahmen offenbar nicht bewusst ist oder sie dies bewusst ausblendet und offenbar der Ansicht ist, diese Risiken könnten durch ständig steigende Landeszuschüsse ausgeglichen werden. Ich will die **Risiken** kurz beschreiben.

Die Abrechnung nach **Fallpauschalen** - ich habe dies hier schon vor einem Jahr dargestellt - ist inzwischen Gesetz geworden. Die so genannten DRGs, die ab 2004 verbindlich werden, führen voraussichtlich zu einer **Reduktion der Einnahmen**. Die Ausgabensteigerungen durch Tarifierhöhungen und die Stagnation der Einnahmen durch gedeckelte Kassenbudgets werden zu einer weiteren erheblichen Deckungslücke führen.

Gleichzeitig erhöhen sich die Erwartungen an die Medizin, an neue, an anspruchsvolle **Behandlungsmethoden** allein aufgrund der demografischen Entwicklung. Völlig neue Forschungsrichtungen - dies ist kein Risiko, sondern eigentlich eine höchst erfreuliche Entwicklung in der Medizin - und die Entwicklung neuer Diagnoseformen, neuer Therapieformen verlangen erhebliche Investitionen, zum Beispiel in der Stammzellenforschung.

Dies sind nur wenige Beispiele für Risikoentwicklungen, die sich abzeichnen oder bereits in Kraft sind. Ausgaben und Erwartungen steigen also, während die Einnahmen günstigstenfalls gleich bleiben. Die daraus entstehende Deckungslücke ist mit Mitteln des Landeshaushalts nicht auszugleichen. Ich wiederhole: Sie ist mit Mitteln aus dem Landeshaushalt mit Sicherheit nicht auszugleichen. Das ist keine Frage des Willens einer Landesregierung oder eine Frage der programmatischen Akzentsetzung, das ist eine Frage der haushälterischen und politischen Vernunft.

Experten bestätigen uns, dass die Fusion der Kliniken der einzig richtige Weg ist, um Ausgaben zu reduzieren und zu vermeiden. Übrigens können Sie, wenn Sie einmal über die Landesgrenzen hinaus in andere Bundesländer schauen, ähnliche Entwicklungen und Überlegungen überall beobachten.

(Zuruf von der CDU: Überlegungen!)

- Nein, zum Teil auch ganz konkrete Pläne, Herr Abgeordneter. Es gibt eine bundesweite hohe Aufmerksamkeit für das, was sich hier in Schleswig-Holstein tut, wie intensiv dies begleitet wird, was die wissenschaftlichen Kommissionen dazu sagen, was der Wissenschaftsrat dazu sagt. Es ist ja kein Vabanquespiel, was wir hier machen, sondern ein sehr abgesichertes Verfahren.

Drohenden Defiziten - ich zitiere aus dem Vorgutachten von Roland Berger - muss durch grundsätzliche Weichenstellungen begegnet werden. Das heißt, wir müssen dort sparen, wo Ressourcen möglicherweise parallel investiert werden, und die entsprechenden Strukturen dafür entwickeln. **Einsparpotenziale** gibt es auf der Ebene der logistischen Strukturen und in den Verwaltungen, aber natürlich auch in der Forschung.

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

Es ist in jedem Fall sinnvoller, in ein Spezialistenteam an einem Standort zu investieren und bestimmte Profile nur an einem Standort zu etablieren, statt an beiden Kliniken jeweils ein Generalistenteam vorzuhalten. Das Gebot der nächsten Jahre heißt Kooperation, heißt Schwerpunktsetzung, heißt Profilschärfung.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nur ein geeintes, ein straff organisiertes Universitätsklinikum Schleswig-Holstein kann den zukünftigen Herausforderungen gerecht werden.

Die Landesregierung hat sich auf folgende Eckpunkte verständigt: auf den Erhalt beider Medizinischer Fakultäten, auf die Sicherung beider Standorte des Universitätsklinikums und auf den Erhalt krisenfester Arbeitsplätze. Das künftige Klinikum soll schlagkräftig organisiert sein, es braucht einen kleinen entscheidungsfähigen Vorstand sowie einen profilierten und handlungsfähigen Aufsichtsrat. Dies sind zwei sehr wichtige Parameter, die ich Ihnen für die Ausschussberatung ganz besonders ans Herz legen möchte. Das haben uns sowohl die Wissenschaftliche Kommission als auch die Unternehmensberatung empfohlen. Wir haben ein umfangreiches Anhörungsverfahren durchgeführt, und die Ziele des Gesetzentwurfes haben breite Zustimmung gefunden. Sowohl der Medizinausschuss des Wissenschaftsrates als auch das Bundesministerium stehen dem Vorhaben positiv gegenüber. Dies ist besonders wichtig für die zukünftige Förderungsfähigkeit nach dem Hochschulbaugesetz.

Wir wissen uns damit auf einem richtigen und auch auf einem soliden Weg, und wir sehen das Ziel klar vor Augen. Von einem Experiment mit ungewissem Ausgang, Herr Dr. Klug, kann nicht die Rede sein. Der Prozess der Fusion kann allerdings nur gelingen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beider Kliniken. Deswegen tragen wir dafür Sorge, dass die Personalvertretungen und die Beschäftigten jederzeit über den Stand der einzelnen Fusionsschritte informiert werden und ihre Vorstellungen einbringen können. Selbstverständlich - ich sage das hier noch einmal in aller Deutlichkeit - nehmen wir die Sorgen der Beschäftigten ernst. Ich betone deshalb hier auch noch einmal dem Parlament gegenüber: Aus Anlass der Fusion wird es keine Entlassungen geben. Nicht ausschließen können wir natürlich Änderungskündigungen, Umsetzungen, die in einem kooperativen Dialog zu bewältigen sein werden.

Mit der Schaffung eines **gemeinsamen Ausschusses** beider Fakultäten betreten wir wirklich Neuland. Ich habe hohes Zutrauen in die beteiligten Universitäten, und ich erwarte, dass die Abstimmungsprozesse zwischen ihnen zügig vorangehen. Unser Part wird es

sein, die Strukturen und die Rahmenbedingungen zu schaffen. Die Detailvorschläge kommen aus den beiden Fakultäten. Ergänzend erwarten wir zum Ende des laufenden Jahres die Vorschläge der Hochschulkommission unter der Leitung von Professor Erich Hoppe.

In der öffentlichen Diskussion spielen derzeit drei Fragen eine ganz besondere Rolle, und darauf will ich nun in aller Kürze eingehen: Erstens die Frage des **Standortes** des Klinikums. Die Antwort darauf, die die Landesregierung gibt, kennen Sie: Wir wollen beide Standorte in Lübeck und in Kiel erhalten und profilieren. Es gibt jedenfalls innerhalb der Landesregierung keine Überlegungen, dies zu ändern. Was den Verwaltungssitz angeht, so wird der Aufsichtsrat die Entscheidung nach Sachgesichtspunkten treffen, und zwar dann, wenn das Gesamtpaket der Schwerpunkte feststeht und auch stimmig ist. Diese Herangehensweise ist plausibel und wir werden davon auch nicht abrücken.

Zweitens die Frage des **Erhalts der beiden Medizinischen Fakultäten**. Ich stelle noch einmal fest, die Landesregierung ist davon überzeugt, dass beide Fakultäten erhalten werden können. Voraussetzung ist natürlich die Bereitschaft zur Zusammenarbeit über die Universitätsgrenzen hinweg.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe - ich sage es noch einmal - hohes Vertrauen in die Fakultäten, dass dies geleistet werden kann, aber eines muss klar sein, nicht nur für die Hochschulen, sondern auch für uns, es geht um die Stärkung der Forschung und Lehre in Schleswig-Holstein und nicht in Kiel oder in Lübeck.

Drittens die Frage nach den prognostizierten Defiziten und nach den Fusionsgewinnen. Bereits das Vorgutachten von Roland Berger hat einen erheblichen Handlungsbedarf aufgezeigt, der nicht bloß auf Kürzungen der Landeszuschüsse beruht, Herr de Jager. Die künftigen **finanziellen Risiken** für die Kliniken habe ich in der Sache bereits beschrieben. Roland Berger hat, falls wir keine strukturellen Maßnahmen ergreifen und nur den Status quo fortschreiben, aktuell ein kumulierendes Defizit bis zu einer jährlichen Summe von 40 bis 50 Millionen €, fortgeschrieben bis zum Jahre 2007, errechnet. Demgegenüber stellt er ein **Synergiepotenzial** dar, das ebenso kumulierend auf 20 Millionen € geschätzt wird. Ich weise wegen der Brisanz dieser Zahlen mit Nachdruck darauf hin, diese Zahlenwerke sind Prognosen, sie beruhen auf bestimmten Annahmen, was etwa Tarifentwicklungen, was Kassenbudgetentwicklungen oder die Wirkung von Fallpauschalen angeht, die niemand wirklich genau abschätzen kann. Sie berücksichtigen auch nicht,

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

dass bestimmte Sparmaßnahmen schon eingeleitet worden sind. Sie müssen daher im Positiven wie im Negativen mit der gebotenen Vorsicht betrachtet werden. Aber um etwa diese Größenordnung wird es sich handeln. Die Hochschulmedizin in Schleswig-Holstein wird also kostengünstiger werden müssen. Daran führt kein Weg vorbei. Das kann nur unter dem Dach eines großen schlagkräftigen Klinikums geschehen.

Ich bitte Sie im Interesse des notwendigen Fusionsprozesses nicht nur um Ihre Unterstützung, sondern auch um die gebotene Sachlichkeit in den Aussagen. Ich glaube, das sind wir insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern schuldig. Es gibt keine Alternative, und diese Fusion wird umso zügiger vorankommen, je mehr sich die Beteiligten der Sache widmen können, also die Notwendigkeit und die gestalterische Chance anerkennen, anstatt sich von Befürchtungen beunruhigen zu lassen.

Die Zusammenführung ist ein ehrgeiziges, es ist auch ein wirklich schwieriges Projekt, das wir, denke ich, dennoch konstruktiv und kooperativ bewältigen können. Es geht schließlich um die Zukunftsfähigkeit von Stellen für mehr als 10.000 Beschäftigte in Schleswig-Holstein, um eine Krankenversorgung auf hohem und höchstem Niveau, um den Erhalt des hohen Leistungsstandards und um die Exzellenz in der Forschung, und es geht nicht zuletzt auch um eine wettbewerbsfähige Lehre und das Studium für über 3.000 Studentinnen und Studenten. Diese Zukunft lassen Sie uns in der gebotenen Sachlichkeit gemeinsam gestalten. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Lassen Sie mich kurz zwei geschäftsleitende Bemerkungen machen. Das, was wir hier teilweise als Geräusentwicklung hören, ist nicht vermeidbar. Es ist angewiesen worden, es auf das absolut notwendige Maß zu beschränken und nach Möglichkeit zu vermeiden.

Das Zweite. Nach unserer Geschäftsordnung ist es so, wenn die Landesregierung die ihr zugebilligte Redezeit überschreitet, was ihr zusteht, haben die Fraktionen die Hälfte der überschrittenen Zeit zur Verfügung. Das ist in diesem Fall eine Minute.

(Heiterkeit)

Ich eröffne jetzt die Grundsatzaussprache. Das Wort für die Fraktion der CDU hat der Herr Abgeordnete Jost de Jager.

Jost de Jager [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Erdsiek-Rave, wir gehen davon aus, dass das ganze Kabinett hinter Ihrem Gesetzentwurf steht, sie wollten es heute nur nicht so zeigen, und deswegen ist die Regierungsbank so leer. Wir wünschen Ihnen wirklich, dass Sie nicht nur die Unterstützung von Frau Simonis und Frau Franzen auf dem Weg haben, der vor Ihnen liegt.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und FDP)

Sie haben einen Gesetzentwurf eingebracht, der in der Tat noch viele Diskussionen nicht nur hier im hohen Hause, sondern auch an den Standorten nach sich ziehen wird. Ich möchte zum Anfang daran erinnern - Sie haben es selbst gesagt, Frau Erdsiek-Rave -, dass wir bereits ziemlich exakt vor vier Jahren die erste Lesung eines Gesetzentwurfs in diesem hohen Hause gehabt haben, wo es auch schon um die Hochschulklinika ging und wo mit haargenau den gleichen Argumenten gesagt wurde, es müsste alles organisatorisch auf neue Füße gestellt werden, man müsse die Hochschulklinika für die Zukunft fit machen, und man dürfe nicht einfach so weitermachen wie bisher.

Das jetzige Gesetz, die **Verselbstständigung** der Hochschulklinika, ist gerade erst einmal drei Jahre in Kraft und es muss schon wieder geändert werden. Das zeigt, mit welcher Kurzatmigkeit Sie strukturelle Hochschulpolitik in diesem Lande machen.

(Beifall bei der CDU)

Ich wünsche Ihnen, ich wünsche uns und ich wünsche den betroffenen Standorten, den dortigen Mitarbeitern, den dort Studierenden, aber auch den Patienten, dass dieser Gesetzentwurf besser vorbereitet ist und dass er länger hält; denn in einer so wichtigen Frage kann man den Pott nicht alle vier Jahre neu umrühren.

Meine Damen und Herren, bislang ist die **Fusion** der Hochschulklinika eine Gleichung mit mindestens zwei offenen Variablen. Es ist zumindest für uns, oder auch für viele andere im Land nicht zweifelsfrei nachgewiesen, warum diese Fusion tatsächlich stattfinden muss. Uns Parlamentariern ist das zweite Gutachten von Roland Berger zur Fusion der Klinika überhaupt nicht bekannt, obwohl es bereits seit Ende April vorliegt. Ich frage mich, warum die Landesregierung um die Gutachten von Roland Berger eine solche Geheimniskrämerei veranstaltet. Wir mussten lange kämpfen, bevor wir das erste Gutachten bekommen haben. Wir erwarten, dass wir das zweite jetzt sehr schnell erhalten.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Jost de Jager)

Diese Gutachten sind wichtig; denn das Ministerium ist uns bislang den Nachweis schuldig geblieben, dass allein eine Fusion die angeblichen **Einspareffekte** erbringen kann, nicht aber eine **normale Kooperation** zum Beispiel beim Einkauf der Apotheken oder in der Datenverarbeitung.

Die zweite offene Variable dieses Gesetzentwurfs ist die Frage des **Standortes des Verwaltungssitzes** der gemeinsamen Klinik.

Lassen Sie mich an dieser Stelle, bevor ich auf die einzelnen Punkte näher eingehe, festhalten, dass ich es schlechterdings für ein Unding halte, einen Gesetzentwurf in die Beratung zu geben, ohne in diesen beiden wichtigen Fragen Klarheit geschaffen zu haben. Für uns als CDU-Fraktion ist eine Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf ausgeschlossen, solange diese beiden Fragen im Gesetzgebungsverfahren unbeantwortet bleiben.

(Beifall bei der CDU)

Ich erwarte von den Mehrheitsfraktionen, dass das Landesparlament der Landesregierung in einer so wichtigen Frage keinen Blankoscheck ausstellt.

Lassen Sie mich die beiden offenen Variablen näher beleuchten. Erstens die Frage des Warum: Wir kennen aus dem ersten Gutachten von Roland Berger die prognostizierten Defiziterwartungen; das ist richtig. Allerdings, Frau Erdsiek-Rave, sowohl in dem ersten als auch wahrscheinlich in dem zweiten Gutachten handelt es sich um Defiziterwartungen ohne Einspareffekte.

(Thorsten Geißler [CDU]: Richtig!)

Das heißt, wir arbeiten hier mit Rohdaten, die überhaupt noch nicht heruntergebrochen und abgeglichen sind mit dem, was man auch ohne Fusion an Einspareffekten erzielen könnte.

Wir kennen ebenfalls die Berechnung zu den erwarteten Einspareffekten durch eine Fusion. Allerdings generiert eine solche Fusion eigene Kosten in Höhe von mehreren Millionen Euro.

Wenn man die Gutachtergebühren hinzurechnet, dann entsteht eine Summe von allein 10 Millionen € Kosten, ohne dass bisher irgendetwas besser geworden wäre. Wenn man hinzurechnet, dass eine **normale Kooperation**, unerschwinglich einer Fusion, etwa in Form eines Verbundes beim Einkauf und im Apothekenwesen ebenfalls zu Einspareffekten kommen würde, stellt sich die Frage, ob wirklich allein finanzielle Erwägungen für die Fusion sprechen.

Diese Fragen müssen zu Beginn des Gesetzgebungsverfahrens und nicht an seinem Ende geklärt werden. Deshalb fordern wir Sie auf, zu Beginn der Beratung

im Ausschuss alle Gutachten auf den Tisch zu legen und für eine größtmögliche Transparenz in diesen Punkten zu sorgen. Darauf haben wir als Gesetzgeber ein Anrecht.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt in weiten Teilen die Einschätzung, dass die Absicht dieses Gesetzentwurfs, den Sie einbringen, nur in zweiter Linie eine große Fusion der Hochschulklinika ist und in erster Linie eine kleine Fusion der Fakultäten. Viele Punkte in diesem Gesetzentwurf deuten darauf hin, dass die Fusion der Klinika die bislang bestrittene **Zusammenlegung der Medizinischen Fakultäten in Kiel und Lübeck** vorbereiten soll. So ist Schleswig-Holstein meines Wissens das einzige Bundesland, in dem künftig das Prinzip durchbrochen wird, dass zu einer Medizinischen Fakultät auch eine Klinik gehört.

(Thorsten Geißler [CDU]: Richtig!)

In Schleswig-Holstein wird künftig **eine Klinik zu zwei Fakultäten** gehören - ein Zustand, der an sich nicht auf Dauer angelegt sein kann.

Einige Bestimmungen des Gesetzentwurfs verschieben zudem die Gewichte weg von den einzelnen Fakultäten und den einzelnen Hochschulen hin zu den gemeinsamen Strukturen der fusionierten Klinik, zum Beispiel bei dem **gemeinsamen Ausschuss**. Dieser wird von den Fachbereichen Medizin der Christian-Albrechts-Universität und der Universität Lübeck gebildet und wird die wesentlichen Leitungs- und Planungsfunktionen für den Teil der medizinischen Forschung und Wissenschaft mit übernehmen. Er wird gebildet aus dem Dekan und den Rektoren der beiden Universitäten und wird geleitet von einem Vorsitzenden, der von außen kommen wird. Hier gibt es eine klare Akzentverschiebung weg von der einzelnen Einheit hin zu dem gemeinsamen Dach.

Gleiches ist festzustellen bei dem künftig avisierten **Berufungsverfahren**. Die Berufung von Professoren soll künftig nicht mehr allein in der Hand der jeweiligen Fakultät beziehungsweise Universität liegen, sondern in der Hand eines Berufungsausschusses, in dem zwei Mitglieder des gemeinsamen Klinikvorstandes vertreten sind. Diese Vorstände werden künftig Externe sein, die mit den Hochschulen und mit den Medizinischen Fakultäten nicht mehr notwendigerweise personell verbunden sein müssen. Auch hier geht ein Teil der Autonomie der einzelnen Hochschule verloren. Hier bekommt der Vorstand der fusionierten Klinik bereits Kompetenzen in einem Bereich, der bisher den Hochschulen und Fakultäten vorbehalten war, ja sogar ein echter Kernbereich der Hochschulautonomie ist.

(Jost de Jager)

Diese beiden Gesichtspunkte sollen ausreichen, um deutlich zu machen, weshalb wir bei der Fusion der Klinika nicht nur über betriebswirtschaftliche Fragen debattieren, sondern auch über eine hochschul- und strukturpolitische Frage Schleswig-Holsteins.

Aus diesem Grund ist es so wichtig, dass auch die zweite offene Frage geklärt wird, Frau Erdsiek-Rave: das Wo. Jedermann ist klar, dass die Diskussion um eine mögliche **Zusammenlegung** der beiden Medizinischen Fakultäten in vollem Gange ist. Sie wird mit diesem Gesetzentwurf nicht kommen; sie wird auch noch eifrig von allen Seiten dementiert. Aber sie kann gar nicht von vornherein ausgeschlossen werden. Aus diesem Grund wird zu Recht der **Standort des Verwaltungssitzes** als ein Präjudiz angesehen für den Standort einer irgendwann einmal zusammengelegten Medizinischen Fakultät. Deshalb, Frau Erdsiek-Rave, können wir Ihnen die Beantwortung dieser Frage nicht ersparen. Ich fordere Sie auf, Frau Erdsiek-Rave: Benennen Sie heute in der ersten Lesung, spätestens aber zu Beginn der Beratung über diesen Gesetzentwurf im Ausschuss den Verwaltungssitz, weil sonst der Verdacht einer Mogelpackung nicht vom Tisch zu wischen sein wird.

(Beifall bei der CDU)

Frau Erdsiek-Rave, es ist Ihre Pflicht und Ihre Aufgabe, wenn Sie eine geordnete Debatte um den Gesetzentwurf sicherstellen wollen, in dieser Sitzung Ross und Reiter zu nennen. Ich frage Sie: Wo soll der Verwaltungssitz angesiedelt sein? Wenn Sie glauben, dass Sie eine so wichtige Frage einem Aufsichtsrat zuschieben können, der noch nicht einmal gebildet ist, dann drücken Sie sich vor der Verantwortung. Das tun Sie auch deshalb, weil Sie nicht einerseits ein so großes Vorhaben auf die Schiene stellen und sich andererseits vor diesen Fragen drücken können. Das ist Wegdelegieren von Verantwortung auf eine untere Ebene, und das ist schäbig.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion wird sich an den Beratungen konstruktiv beteiligen; das haben Sie an meiner Rede gesehen. Es ist in der ersten Lesung noch zu früh, zu sagen, welchen Teilen des Gesetzentwurfs wir zustimmen können, ob wir das überhaupt können. Denn die Voraussetzungen, die ich bereits genannt habe, liegen darin, dass einige Fragen beantwortet werden müssen und dass wir zusammen in der Anhörung mit den betroffenen Standorten die Effekte dieses Gesetzes auf die Arbeit in den Kliniken abprüfen müssen.

Es gilt das, was wir bereits vor über einem Jahr in der ersten Diskussion zu dem Thema „Fusion der Kliniken“ gesagt haben: Wenn sichergestellt ist, dass damit

der einzig richtige Weg begangen wird, dann werden wir dem zustimmen. Aber den Beweis dafür sind Sie uns bislang schuldig geblieben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, möchte ich ein kleines redaktionelles Versehen korrigieren: Herr Umweltminister Müller ist anwesend, Herr Finanzminister Möller ist abwesend.

Jetzt hat für die Fraktion der SPD der Herr Abgeordnete Jürgen Weber das Wort.

Jürgen Weber [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege de Jager, herzlich gratulieren möchte ich Ihnen zur Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden Ihrer Fraktion. Zu Ihrer Rede kann ich Ihnen leider nicht gratulieren, weil sie genau die Erwartungen erfüllt hat, die ich dazu hatte: Sie haben versucht, Punkte zu finden, um einen unzweideutigen, unabweisbaren und unausweichlichen Prozess der Reform und der Fusion schlechtzureden. Nichts anderes war zu erwarten. Ich will das jetzt im Detail darlegen.

Meine Damen und Herren, die **Fusion** der beiden Hochschulklinika in Kiel und Lübeck zu einem gemeinsamen Hochschulklinikum ist ein unserer Auffassung nach notwendiger und unumgänglicher Schritt. Er ist, weil es hier um zwei gewachsene Strukturen geht, auch ein durchaus mutiger Schritt.

Ich knüpfe an das an, was Sie gesagt haben, Herr de Jager: Dieser Schritt ist vor dem Hintergrund, dass wir vor vier Jahren einen Reformprozess begonnen haben, der sich sehr dynamisch entwickelt, auch konsequent. Er geht nämlich genau den Weg zu mehr Transparenz und Wirtschaftlichkeit weiter, der 1998 beschritten wurde.

Wir haben mit dem Klinikum, das geschaffen werden soll, eine Einheit von über 2.500 Betten. Das ist nach dem Land Schleswig-Holstein der **zweitgrößte Arbeitgeber** gemessen an der Zahl der Beschäftigten. Es bildet sich hier eine Einheit, die auch wirtschaftlich stark und wichtig ist. Das zeigt, dass wir es mit einer Unumkehrbarkeit eines Prozesses zu tun haben, der auf den Weg gebracht worden ist. Noch - die Ministerin hat darauf hingewiesen - gelingt es den Klinika, ausgeglichene Wirtschaftspläne vorzulegen. Aber die **wirtschaftlichen Risiken** sind eindeutig und hier schon ausführlich beschrieben worden. Wir alle wissen, dass weder durch Zuführungen aus den Rücklagen noch aus Landesmitteln noch aus anderen Quellen die entstehenden Defizite gedeckt werden können.

(Jürgen Weber)

Nun kann man - das will ich gern zugestehen - konzedieren, dass man unterschiedlichen Optimismus darüber haben kann, welche Fusionsrendite, welche quantitativen Größenordnungen dieser Fusionsprozess entfaltet. Das ist schon deswegen etwas spekulativ, weil wir und auch ich die neuen, aktuellen Zahlen von Berger nicht kennen.

(Zurufe von der CDU: Aha!)

Eines aber ist sonnenklar.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Wenn wir nichts tun, werden wir die beiden Hochschulklinika an die Wand fahren. Wer das will, handelt unverantwortlich.

(Beifall bei der SPD)

Ich will gern an ein paar Details deutlich machen, wo wir als SPD-Fraktion Beratungs- und Diskussionsbedarf haben im Hinblick auf das, was die Landesregierung für die erste Lesung vorgelegt hat.

Wir sind sehr froh, dass deutlich gemacht worden ist: Es wird weiterhin ein Vollstudium der Medizin in Kiel und in Lübeck geben. Wir sind sehr froh, dass zukünftig die Möglichkeit bestehen wird, die wissenschaftliche Aufgaben konzentrierter als bisher abzustimmen und damit die wissenschaftliche Qualität auf hohem Niveau zu halten. In diesem Zusammenhang sage ich auch: Durch die Verknüpfung von Vorklinik und Klinik, die durch die neue Approbationsordnung im Bundesrat jüngst beschlossen worden ist, wird deutlich unterstrichen, dass es keine Abkopplung der theoretischen und praktischen Bereiche, in der klinischen und in der theoretischen Ausbildung gibt. Das ist ein richtiger Weg.

Ein richtiger Weg ist auch, auf der wissenschaftlichen Ebene - das heißt, auch auf der Ebene der Fakultäten - zu mehr Verzahnung und Abstimmung zu kommen. Es ist sinnvoll, über einen **gemeinsamen Ausschuss**, über die Neuordnung und Neukonstruktion der Berufungsausschüsse mehr Verzahnung und Abstimmung zu erhalten. Ich kann überhaupt nicht verstehen, warum mehr Abstimmung, mehr Verzahnung, mehr Kooperation etwas Schädliches sein soll in einem Prozess, der wichtig für uns ist, wenn wir das qualitativ hohe wissenschaftliche Niveau halten wollen.

Es ist darauf hingewiesen worden, dass es keine **fusionsbedingten Entlassungen** geben soll. Ich muss das, was die Ministerin gesagt hat, sicherlich nicht noch ausweiten. Für uns als SPD-Fraktion ist das ein ganz wesentlicher Eckpunkt für die Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf.

Lassen Sie mich kurz ein paar Punkte benennen, über die wir weiter diskutieren wollen und bei denen wir Fragen haben.

Stichwort: **Vorstand** des neuen Klinikums! Dass er schlagkräftig, kompetent und zahlenmäßig klein sein soll, tragen wir mit. Da stimmen wir aus Überzeugung zu. Auch die Überlegung, auf einen **Pflegedirektor** im Klinikum zu verzichten, scheint akzeptabel zu sein.

(Uwe Eichelberg [CDU]: Wieso?)

Aber - so füge ich hinzu -: Es gibt eine Reihe von Argumenten, die vorgetragen werden, die für eine Direktion für Krankenpflege und Patientenservice sprechen. Diese Vorschläge werden wir in der Diskussion ergebnisoffen prüfen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Des Weiteren sieht der Gesetzentwurf vor, dass von den jetzt vorgesehenen drei **Vorstandspositionen** zwei **ehrenamtlich** geführt werden können. Auch das ist für uns ein Punkt, über den wir noch einmal diskutieren und nachdenken wollen. Das ist nämlich eine besondere Situation für ein so groß dimensioniertes Unternehmen. Auch in dieser Frage haben wir Beratungsbedarf.

Schließlich ein paar Worte zum **Aufsichtsrat**! Wir sind sehr für die Verschlinkung, wie sie von der Landesregierung vorgeschlagen wird. Wir haben schon bei der letzten Reform - auch den Gewerkschaften gegenüber - deutlich gemacht, dass bei Berücksichtigung des Verfassungsanspruchs auf Freiheit von Forschung und Lehre und bei der Sicherung der **Gewährträgerhaftung des Landes** eine paritätische Mitbestimmung gar nicht möglich ist. Wir weisen aber darauf hin, dass der neue Gesetzentwurf - anders, als die bisherige Regelung - darauf verzichtet, zu definieren, in welchen Fragen das Land gewährträgerhaftungsrelevant die Mehrheit im Aufsichtsrat erhalten soll. Über die Frage, ob das so sinnvoll ist, wollen wir in den Beratungen noch einmal reden und diskutieren.

(Thorsten Geißler [CDU]: Sehr gut!)

Wenn man die vorliegenden Regelungen alle im Detail betrachtet, wird man nicht umhin kommen, zu vermerken, dass der vorliegende Gesetzentwurf auch stark an den Wünschen der Klinikdirektoren ausgerichtet ist: von der Kopplung der Professoren- und Klinikdirektorenstellen über den Verzicht auf die kollegiale Leitung in den Klinika bis hin zu weit gehenden Übergangsregelungen. Wir halten das in der Tat dann für vertretbar, wenn die Verknüpfung von wissenschaftlicher Leistung und wirtschaftlicher Verantwortung durch ein leistungsbezogenes System der Finanzierung, Abrechnung und Besoldung vor allem in der Beziehung von

(Jürgen Weber)

Gesamtklinikum und Direktor etabliert wird. Es ist mir durchaus wichtig, darauf hinzuweisen.

Auf weitere Details will ich in der ersten Lesung auch aus Zeitgründen jetzt nicht eingehen. Deswegen nur noch ein paar Sätze zur Sitzfrage, also der Frage, in welcher Kommune der **Verwaltungssitz** künftig sein soll. Ich gestehe, dass es gute Gründe gibt, diese Entscheidung am Anfang oder am Ende einer Strukturveränderung zu fällen. Dass der vermeintlich symbolische Gehalt einer solchen Entscheidung dabei oft schwerer wiegt als der faktische, weiß ohnehin jeder. Allerdings verstärkt sich mein Eindruck, dass eine ergebnisorientierte Beratung des Gesetzentwurfs und damit der Strukturreform von einer bereits getroffenen Entscheidung in der S-Frage vollständig überlagert wäre. Deswegen glaube ich, dass sich derjenige, der davon ablenken will, dass diese Reform unumgänglich ist und die Schritte der Landesregierung richtig sind, in die Forderung nach einer sofortigen Standortentscheidung flüchten muss. Es überrascht uns wenig, dass die CDU-Opposition genau das tut.

Ich bin sicher: Der Sitz des neuen Universitätsklinikums Schleswig-Holstein wird in Schleswig-Holstein sein. Das ist doch schon einmal sehr beruhigend. Genauso sicher bin ich, dass diese Entscheidung ausschließlich unter sachlichen, das heißt an den Zielen der reformorientierten Kriterien entschieden wird.

Wir brauchen eine Lösung, die sich an den Entwicklungsmöglichkeiten des neuen Klinikums orientiert und die dem ganzen Land nützt und dem ganzen Land dient.

Bei den Anhörungen und den Diskussionen, die vor uns liegen, dürfen wir drei Dinge nicht aus dem Auge verlieren. Wir müssen die Kräfte und Mittel bündeln und konzentrieren, um medizinische Forschung und Lehre wissenschaftlich auf dem höchstmöglichen Niveau zu ermöglichen. Dafür benötigen wir eine Hochschulmedizin in einer wirtschaftlich effizienten Struktur und Mitarbeiter, die auf zukunftssicheren Arbeitsplätzen arbeiten können. Schließlich müssen wir im Interesse der Hochschulentwicklung unseres Landes die Proportionen in der Hochschulfinanzierung zugunsten der nichtmedizinischen Bereiche verändern.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich bin sicher, dass es uns in der zweiten Lesung gelingen wird, ein Gesetz zu verabschieden, das diesen Anforderungen genügt. Ich fände es sinnvoll, wenn sich neben dem Bildungs- und Wissenschaftsausschuss auch der Sozialausschuss mit diesem Gesetz befasse.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich freue mich auf eine konstruktive Diskussion.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der FDP erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung macht die schleswig-holsteinischen Unikliniken zu einem Fall für die politische Intensivstation.

(Thorsten Geißler [CDU]: So ist es!)

Das Projekt Uni-Klinik-Fusion war bereits gescheitert, als der Gesetzentwurf, über den wir hier debattieren, noch gar nicht vorlag. Denn die Rechnung der Landesregierung geht nicht mehr auf.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten
Thorsten Geißler [CDU])

Innerhalb weniger Monate haben sich die **Defizitschätzungen** radikal verändert. Dadurch sind alle Kalkulationen über den Haufen geworfen worden.

In einer Vorlage vom 16. April dieses Jahres hat der für das Fusionsvorhaben eingeschaltete Unternehmensberater seine Prognosen revidiert. Frau Erdsiek-Rave hat es vorhin in den Grundzügen schon angesprochen. 2005 droht ein strukturelles Defizit in Höhe von 41 Millionen €, im Jahre 2007 sogar von knapp 51 Millionen €. Damit haben sich die erwarteten Fehlbeträge innerhalb kurzer Zeit verdoppelt. Die Summen blieben in etwa gleich, aber aus DM wurden Euro. Wenn das nicht ein Fall für Hans Eichels Boykottkampagne sein sollte - was dann?

Im September letzten Jahres lautete die Prognose nämlich noch, die Kieler und die Lübecker Universitätsklinik würden 2005 zusammen ein Jahresdefizit von 42 Millionen DM erreichen. Wie durch ein Wunder kam damals die vom Land eingeschaltete Unternehmensberatungsgesellschaft fast gleichzeitig zu einer weiteren Zahl. Etwa bis zum gleichen Zeitraum - sagte man -, nämlich bis 2005/2006, könne man durch die Fusion mit **Synergie-** und **Effizienzsteigerungspotenzialen** mit bis zu 40 Millionen DM rechnen. Dass beide Zahlen, das damals erwartete Defizit und die damals prognostizierten Sparpotenziale, in der Höhe fast identisch ausfielen, ist ein beinahe so großer Zufall wie ein Sechser im Lotto.

In Schleswig-Holstein glaubt aber kein Mensch, dass diese notorische Pleiten-, Pech- und Pannenregierung

(Dr. Ekkehard Klug)

jemals einen Sechser, einen Haupttreffer im Lotto wird landen können. Das Zahlenwunder vom Spätsommer 2001 darf man daher getrost dem Feld der politischen Illusionskunst zurechnen. Ich bin absolut davon überzeugt, dass die Erwartungen in Bezug auf die Höhe der Einsparpotenziale durch die Fusion viel zu hochgeschraubt waren.

Heute bleibt uns die Landesregierung darüber hinaus die Antwort auf eine wesentliche Frage schuldig: Wie will die Regierung denn eigentlich die Lücke von mindestens 30 Millionen € schließen, die selbst bei vollständiger Realisierung der viel zu optimistisch geschätzten Sparpotenziale bis zum Jahre 2007 übrig bleiben wird? Welche Karte will man dann innerhalb weniger Jahre aus dem Ärmel ziehen?

Der Großprojektentwickler Brückner ist dem Simonis-Kompetenzteam ja nun leider abhanden gekommen und zahlungskräftige Ölscheichs, meine Damen und Herren, hat man bei den zahlreichen Reisen in Wüstengebiete dieses Planeten auch nicht gefunden. Ich frage daher die Landesregierung: Wie will sie diese Lücke von mindestens 30 Millionen noch fehlenden Euro schließen?

Zu den Begleiterscheinungen des Fusionsvorhabens zählt im Übrigen auch die Schaffung einer neuen Funktion, nämlich die der Stelle einer **hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten** des neuen Universitätsklinikums Schleswig-Holstein - allerdings nicht nach dem Motto, aus Zweien macht eins!, sondern vielmehr nach dem innovativen rot-grünen Modell: Aus Zweien macht drei!

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das hat mir sehr gut gefallen!)

Die in Kiel und Lübeck jeweils vor Ort agierenden Gleichstellungsbeauftragten bleiben nämlich erhalten. Die dazu im Gesetzentwurf gegebene Erläuterung passt geradezu phantastisch auf ein Reformvorhaben, das nach dem Bekunden der Regierung ja Verwaltungskosten und auch Overheadkosten senken soll. Ich zitiere Seite 30 der Landtagsdrucksache:

„Angesichts der engen Beziehungen von örtlichen und überörtlichen Aufgaben wird die hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte mit den örtlichen Gleichstellungsbeauftragten eng zusammenarbeiten.“

Wunderbar!

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Eine neu geschaffene Stelle! Sehr gut!)

Wie gesagt, wir sparen ja durch die Fusion gerade im Bereich der Verwaltung.

Im Übrigen: Wie sollen eventuelle Sparmöglichkeiten überhaupt realisiert werden, wenn die zuständigen Personalräte bereits heute, Frau Erdsiek-Rave, die Unterzeichnung von Modernisierungsvereinbarungen verweigern, nach denen Mitarbeiter von einem an andere Standorte umgesetzt werden könnten? Was dann, wenn dies in Zukunft also nicht möglich sein sollte? Wie kann dann diese Operation, die mit **Einsparungen** gerade im **Verwaltungsbereich** und im administrativen Bereich verbunden sein soll, überhaupt gelingen? Wo immer man hinschaut, gibt es Blockaden gegen das, was die Landesregierung erreichen will.

Das von der Regierung angestrebte Gesetz schafft darüber hinaus eine extrem komplizierte Konstruktion. Neben dem fusionierten Universitätsklinikum stehen die beiden Medizinischen Fakultäten an den Universitäten Kiel und Lübeck. Sie sollen untereinander und auch am Universitätsklinikum zusammenarbeiten, sie sollen Planungen und Entscheidungen aufeinander abstimmen, etwa bei Ausschreibungen, bei der **Berufung** von Professoren oder bei der Bildung von Schwerpunkten. Sie sollen mit dem Klinikum Vereinbarungen über die Verwendung der Finanzmittel für Forschung und Lehre treffen.

In diesem Getriebe, meine Damen und Herren, steckt jede Menge Sand. Ich werde den Verdacht nicht los: Hier konstruiert die Landesregierung ein letzten Endes funktionsunfähiges Dreiecksverhältnis. Am Ende hat man aber zumindest einen oder mehrere Schuldige, denen man den schwarzen Peter für ein abzusehendes Desaster zuschieben kann. Der Erfinder der Fehlkonstruktion, die Landesregierung, könnte dann ihre Hände in Unschuld waschen.

Denkbare Alternativen zu diesem, mit erheblichen Problemen und Risiken behafteten Versuch, sind offenbar überhaupt nicht ausgelotet worden, weder die Steigerung der Wirtschaftlichkeit durch Aufnahme zahlungskräftiger Privatpatienten etwa aus dem Ausland noch die Vergabe eines Teils der Medizinstudienplätze an Gebühren zahlende Studienplatzbewerber - hier wäre ebenfalls an die Nachfrage aus dem Ausland zu denken -, weder die Möglichkeit der Privatisierung von Bereichen der Uniklinika noch - als sicherlich schmerzhafteste Alternative - die Möglichkeit der Aufgabe eines Vorklinikums.

Chancenlos bleibt auch die letzte mögliche Alternative, nämlich ein höheres finanzielles Engagement des Landes, wie es die FDP-Fraktion zum Beispiel im Rahmen der letzten Haushaltsberatungen nicht nur gefordert, sondern auch mit Haushaltsanträgen unterlegt hat. Auch dies wäre möglich, um der Absenkung der Landeszuschüsse, die real stattgefunden hat, entgegenzuwirken, jedenfalls dann, wenn man die Ver-

(Dr. Ekkehard Klug)

schwendung des Landesvermögens, von der Wolfgang Kubicki gestern Vormittag im Zusammenhang mit der Landesbank und dem Immobiliendeal sprach, in diesem Land endlich beenden würde.

All diese Alternativen, meine Damen und Herren, würden von der rot-grünen Landesregierung und von der sie tragenden Parlamentsmehrheit allerdings Entscheidungen verlangen, die aus diversen ideologischen und auch anderen Gründen oder Interessen heraus in der gegenwärtigen Regierungskonstellation nicht realisierbar sind. Solche Entscheidungen scheut die rot-grüne Truppe wie Teufel das Weihwasser. Deshalb geht sie einen Weg, der mit so enormen Risiken behaftet ist, dass man wirklich auf ein Wunder hoffen muss, wenn man auf diesem Wege erreichen will, dass die Universitätskliniken Schleswig-Holsteins unbeschadet überstehen.

Meine Damen und Herren! Der Gesetzentwurf wird mit Sicherheit in den zuständigen Ausschüssen - im Bildungsausschuss und im Sozialausschuss sowie im Gesundheitsausschuss - des Landtages intensiv beraten werden. Wir werden in diesen Beratungen auf eine Fülle von Punkten zurückkommen müssen, die in der ersten Lesung nicht im Detail angesprochen werden können. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Angelika Birk.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Name „Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein“ verpflichtet - das ist die Überschrift für unsere Beurteilung der bundesweit und international wirklich einmaligen Aktion, zwei Krankenhäuser der Maximalversorgung in zwei Städten, die wenig mehr als eine Autostunde voneinander entfernt liegen, nun zu einem **gemeinsamen Forschungs- und Studienstandort** zusammenzuschließen

(Thorsten Geißler [CDU]: Ein wichtiger Gesichtspunkt!)

und gleichzeitig deren Aufgaben aufrecht zu erhalten.

Nicht die Studierenden sollen allerdings zukünftig reisen, sondern die Lehrenden und das ist aus unserer Sicht auch die einzig praktikable Lösung.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Aber erst, wenn die A 20 gebaut ist!)

Ein Hintertürchen lässt die Landesregierung dabei allerdings offen. Sie stellt die Streichung eines **Vorklinikums** der zukünftigen Klinikleitung anheim, wenn ich richtig zwischen den Zeilen lese: Wir finden eine Entscheidung. Ob dies richtig ist, sollte allerdings nicht die Uni oder das Klinikum entscheiden, sondern der Landtag.

Ich möchte an dieser Stelle an die Opposition gerichtet deutlich sagen: Wenn Sie hier Kritikpunkte - berechtigt oder unberechtigt - an diesem Fusionsmodell vorbringen, dann müssen Sie sich klar machen: Die Alternative in unserer Haushaltssituation ist die Schließung eines der beiden Uniklinikstandorte. Dies muss man sich vor Augen halten. Wir befinden uns nicht im luftleeren Raum, sondern müssen hier einen Weg gehen, der tatsächlich die Qualitäten beider Standorte erhält und der sehr sorgsam abwägt, was möglich ist und was nicht.

Die Landesregierung hat sich vorgenommen, keine **betriebsbedingten Kündigungen** zu veranlassen. Sie visiert die Einsparung von 25 % der Medizinstudiengplätze an. Am Standort Lübeck ist schon ein Schritt in diese Richtung gegangen worden. Auch wenn wir gerade immer wieder eine solche **Reduzierung der Zahl der Medizinstudiengplätze** gefordert haben, so wäre es natürlich zu kurz gegriffen, wenn wir die Umwandlung der Uniklinika in ein Haus nur als Sparoperation betrachten würden. Ebenso greift der Vorwurf seitens der Opposition zu kurz, mit dem sie das ganze Thema auf den Wettlauf der Klinikleitungen Lübeck und Kiel um den Verwaltungssitz reduziert.

Was sind für uns nun wichtige Maßnahmen? Einmal geht es um die Profilierung der Forschungsschwerpunkte. Dann geht es um das, was alle Krankenhäuser leisten müssten: **neues Klinikmanagement, Fallkostenpauschalen** und andere privatrechtliche Anreize für eine Optimierung der Gesundheitsversorgung. Wir werden das neue Rechts- und Geschäftsverhältnis zwischen Klinik, Universität, ihrer Fakultäten, Landesregierung, Krankenkassen, Drittmittelgebern und weiteren Kooperationspartnern sehr genau zu prüfen haben. Darauf werde ich gleich noch ein wenig eingehen. Schließlich ist es für uns selbstverständlich, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern kein Desiderat ist, was wir auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben können. Herr Dr. Klug, Ihre Analyse ist falsch. Bisher haben die Kliniken nur ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte und die Universitäten haben hauptamtliche Frauenbeauftragte.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die behalten sie ja auch!)

Mit der Schaffung einer **hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten** würde dieses Defizit abgestellt.

(Angelika Birk)

Die im Gesetz zitierten örtlichen Gleichstellungsbeauftragten sind die neben- und ehrenamtlichen Beschäftigten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie wäre es denn mit der Zulassung eines Controllers? Das wäre doch was!)

Man sollte also noch einmal genau auf den Gesetzentwurf schauen, bevor man mit der Kritik anfängt.

Uns ist es aber auch ganz wichtig, den Kontext zu betrachten, vor dem wir dieses Thema diskutieren. Die Gesundheitsdienstleistungen werden im Augenblick bundesweit neu bewertet. Da gibt es einmal die **Arbeitszeitproblematik** im Krankenhaus - sowohl in der Pflege als auch bei der Ärzteschaft. Das hat dazu geführt, dass viele Ärzte in andere Berufsfelder außerhalb des Krankenhauses, zum Beispiel in die Pharmaindustrie, abwandern, weil sie die Arbeitsbedingungen - nicht nur das Gehalt, sondern vor allem auch die **Arbeitsbedingungen** - nicht mehr attraktiv finden. Ich glaube es ist nicht zufällig, dass dieser Prozess gerade dann einsetzt, wenn mehr Frauen in diesem Beruf Fuß fassen. Sie wollen ihr Leben nicht im 36-Stunden-Erwerbsarbeitstakt verbringen, sondern sind verantwortungsvoll genug zu sagen, dass sie andere Arbeitszeiten brauchen.

Wie kostenneutral oder wie kostenträchtig das ist, wird im Augenblick auf Bundesebene - beispielsweise zwischen den Ärzteverbänden und den Arbeitgebern - ausgehandelt. Aber es wird natürlich auch für die Klinika in Lübeck und Kiel und für das neue Universitätsklinikum Schleswig-Holstein nicht ohne Folgen bleiben.

Zudem haben wir in diesem Landtag die Volksinitiative für eine **humane Pflege** diskutiert, was nicht ohne Folgen bleiben kann. Wir glauben, dass beides zusammen - die inhaltliche Neuorientierung des Medizinstudiums wie auch die Verankerung der Pflege im Gesetz - zumindest nicht behindert werden darf. Im Gegenteil: Das muss gefördert werden. Transparenz und Dynamik, interne Demokratie und Mitbestimmung sind für uns weitere wichtige Parameter.

Daher möchte ich jetzt in einer ersten Bewertung auf einige Dinge näher eingehen. Wir finden es sehr gut, dass das neue **Arztbild** - gerade auch das der leitenden Ärzte - auf neue vertragliche Füße gestellt wird. Nicht die nebenamtliche Praxis für Privatpatienten, die häufig eine wichtige, wenn nicht sogar die Haupteinnahmequelle für Chefärzte ist, soll künftig leitendes Motiv sein. Vielmehr soll alles, was in den Kliniken geschieht, in das Budget der Klinik hineinfließen. Dann wird eine **leistungsorientierte Auszahlung** an diejenigen erfolgen, die die Leistung auch tatsächlich er-

bringen. Das halten wir für einen wichtigen Fortschritt, der ja auch bundesweit so vereinbart ist. In Schleswig-Holstein soll er konsequent zur Anwendung kommen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die Chefärzte werden alle hier hinströmen!)

- Herr Kubicki, Sie nerven mit Ihren unqualifizierten Zwischenbemerkungen! Nun hören Sie doch wenigstens einmal zu!

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wenn Sie doch etwas Inhaltliches sagen würden!)

Es ist also sehr entscheidend, wie die von mir angesprochenen Verträge gestaltet werden. Dazu sollten wir im Ausschuss kritisch nachfragen und Sachverständige anhören. Denn die Leistungsparameter werden dabei entscheidend sein. Es kann nämlich nicht so sein, dass sich das Budget einer Klinik allein danach bemisst, wie viele Privatpatienten sie organisieren kann.

Darüber hinaus haben wir ein ganz wichtiges Thema, nämlich die **Inhalte des Medizinstudiums**. In diesem Feld haben wir endlich neue bundespolitische Parameter. Ich kann nicht auf die Details eingehen, aber es besteht die Hoffnung, dass wir endlich zu einem problemorientierten und institutsübergreifenden Medizinstudium kommen. Unser Medizinstudium in Deutschland ist nämlich keineswegs effizient organisiert. Auf die Details werden wir im Ausschuss eingehen. Fakt ist jedenfalls, dass Lübeck in diesem Bereich neue Wege geht. Dort wurde in ersten Versuchen begonnen, zu einem von Anfang an problemorientierten Medizinstudium zu kommen. Diese Wege gilt es zu unterstützen. Insofern müssen wir prüfen, inwieweit der vorliegende Gesetzentwurf diesem Ansinnen entgegenkommt. Ein ganz wichtiger Punkt ist die Pflege. Im Bereich der **Pflege** sind wir bisher mit dem Vorstand der beiden Klinika insofern ganz gut bedient, als dass - das geht auf eine Initiative aus der letzten Legislaturperiode zurück - die Pflegedirektorin beziehungsweise der Pflegedirektor Sitz und Stimme im Vorstand hat.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ob das nun so richtig ist!)

Das ist im neuen Gesetz nicht mehr so vorgesehen. Ich glaube, Frau Erdsiek-Rave, es ist nicht zeitgemäß, was Sie an diesem Punkt vorschlagen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das sehe ich aber ganz anders!)

Fast alle großen Klinika, auch die Universitätsklinika, in Deutschland haben inzwischen die Aufwertung der

(Angelika Birk)

Pflege vollzogen. Die Zeiten, in denen die Krankenschwester zum Chefarzt aufblickte, sind vorbei.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Wir brauchen **Pflegewissenschaft**. Es ist bedauerlich, dass es am Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein keine Hochschule gibt, die dieses Fach anbietet.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie können das eine doch schon nicht finanzieren!)

Unser Desiderat ist es daher, Medizinstudienplätze zugunsten von mehr Pflegewissen abzubauen. Das darf nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben werden, sondern muss für den Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein realisiert werden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Unglaublich!)

Deswegen fordern wir auch, dass die Pflegedirektorin und der Pflegedirektor - das wird in Zukunft, weil es ja keine zwei Klinika mehr geben wird, nur noch eine Person sein - weiterhin im engeren Vorstand vertreten sind. So wird das in anderen modernen Kliniken schon längst praktiziert.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Es geht dabei um den größten Beschäftigungssektor in der Klinik; es geht um große Zahlen. Aber es geht natürlich auch um die Pflegequalität. Wenn wir uns in Schleswig-Holstein sehr ernsthaft mit der Frage auseinandersetzen, ob wir humane Pflege in der Landesverfassung erwähnen, dann ist es konsequent, das auch in der Praxis umzusetzen.

Wir haben im Übrigen sehr genau zu prüfen, wie Fakultät und Klinikleitung miteinander verzahnt sind. Ich verweise an dieser Stelle - ich habe nicht mehr so viel Zeit, ausführlich zu zitieren - auf die Begründung des Gesetzentwurfes in der Drucksache 15/1839 und dort auf die Seiten 34 und 35:

„Der Zuschuss für die Grundausstattung von Forschung und Lehre im Klinikum wird nämlich künftig zusammen mit den Zuschüssen für die Vorklinika und für die Lehrkrankenhäuser die Studienplatzkapazität festlegen. Der ungeteilte Zuschuss würde zu politisch nicht gewollten Studienplatzzahlen führen.“

Es ist also eine wichtige Reform. Weiter heißt es:

„Der Zuschuss für Forschung und Lehre wird deshalb den Fakultäten gewährt. Der Vorstand des Klinikums ist zuständig und verantwortlich für die Ausgeglichenheit von Wirtschaftsplan und Jahresabschluss. Der

Zuschuss zur Deckung der Trägerkosten steht dementsprechend dem Klinikum zu...

Das Klinikum verpflichtet sich, in den Kliniken und Instituten eine bestimmte Grundausstattung für Forschung und Lehre vorzuhalten. Die Fakultät verpflichtet sich im Gegenzug, dem Klinikum den dafür bestimmten Teil des Landeszuschusses zur Verfügung zu stellen. In der Vereinbarung regeln die Vertragspartner, nach welchen Kriterien der Vorstand die Mittel verteilt, wofür die Mittel in den Einrichtungen des Klinikums verwendet werden sollen und wie der Vorstand die Verwendung der Fakultät gegenüber nachweist.“

Schon daran sieht man, wie wichtig die Funktion des Vorstands ist; das hat ja auch Herr Dr. Klug gesagt. Daher ist es dann auch entscheidend, dass beispielsweise die Pflege an dieser Stelle mitreden kann.

„Da das Gesetz den Vertragspartnern keine Bindungen auferlegt, können sie auch weitergehende Rechte, zum Beispiel Mitwirkungsrechte der Fakultäten bei Einzelfallentscheidungen vereinbaren. Dies könnte sich für Ausstattungsverhandlungen mit Bewerberinnen und Bewerbern für Professuren empfehlen.“

Das würden wir im Ausschuss gerne noch einmal ausführlich diskutieren. Ich freue mich auf die sachliche Debatte. Wir sind gut beraten, dazu auch Fachleute zu hören. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Durch die Vorlage des Gesetzentwurfes zur Errichtung eines **Universitätsklinikums Schleswig-Holstein** nehmen die Pläne der Landesregierung zur **Zusammenführung der Universitätsklinika** Konturen an, die die Zukunft der Hochschulmedizin in diesem Land maßgeblich verändern werden. Ziel der Landesregierung ist es, auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sicherzustellen, dass sich die Hochschulmedizin Schleswig-Holsteins durch eine hoch qualifizierte Krankenversorgung sowie durch eine exzellente Forschung und Lehre auszeichnet.

(Anke Spoorendonk)

Dieses Ziel der Landesregierung ist nicht neu und wurde bereits im Jahre 1999 mit der rechtlichen und organisatorischen **Verselbstständigung** der Klinika verfolgt. Auch damals wurden die Universitätsklinika bereits aufgefordert, durch eine engere Zusammenarbeit so genannte **Synergieeffekte** zu erzielen und somit die Zukunft zu sichern. Dies ist scheinbar nicht in dem erhofften Umfang gelungen. Rückwärts gewandt nach den Gründen zu suchen, ist sicherlich müßig - es sei denn, dass man wirklich gewillt ist, daraus etwas zu lernen.

Damals hatten die Klinika gewisse Freiheitsgrade bei der Entscheidung, ob, wann und wie sie zusammen arbeiten wollten. Durch die geplante Fusion wird ihnen nun die **Zusammenarbeit** vorgeschrieben und das ist sicherlich gut so. Das heißt aber auch, dass man keine halbherzigen Lösungen betreiben sollte.

So entnehmen wir dem Gesetzentwurf doch mit Erstaunen - § 122 -, dass lediglich der kaufmännische Vorstand des Klinikums seine Tätigkeit hauptberuflich ausüben muss. Die anderen Vorstandsmitglieder können das, müssen es aber nicht. Ob dies der richtige Weg ist, sollte unserer Meinung nach auch im Ausschuss noch einmal hinterfragt werden.

(Beifall der Abgeordneten Lars Harms [SSW] und Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Man stelle sich das einmal so vor: Ein Unternehmen mit mehr als 10.000 Beschäftigten, mehr als 500 Millionen € Jahresumsatz, ein Großklinikum mit mehr als 2.500 Betten, wird unter Umständen in weiten Teilen von einem **nebenamtlichen Vorstand** geführt, nebenamtlich geführt in den Bereichen, die ein Universitätsklinikum ausmachen - in der Krankenversorgung und im Bereich Forschung und Lehre.

Das künftige Universitätsklinikum Schleswig-Holstein wird aus mehr als 80 verschiedenen Kliniken und Instituten bestehen, auf die die zunehmend knappen Finanzmittel sinnvoll und zielgerichtet zu verteilen sein werden. Es sind also Strategien zu entwickeln und in Maßnahmen umzusetzen, die der Entwicklung des gesamten Klinikums dienen. Mit anderen Worten: Kostspielige Konkurrenzen zwischen den Standorten Kiel und Lübeck müssen abgebaut werden.

(Beifall der Abgeordneten Lars Harms [SSW] und Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das geht nur, wenn Schwerpunkte gebildet, die standortübergreifende Zusammenarbeit insgesamt gefördert und last, but not least Kulturen zusammengeführt werden.

Allein das von der Unternehmensberatung Roland Berger prognostizierte **Einsparvolumen** von mehr als 10 Millionen € durch einen gemeinsam betriebenen Einkauf kann nur erzielt werden, wenn sich ein starker, unabhängiger Vorstand gegen die Interessen einzelner Einrichtungsleiter durchsetzt - zum Beispiel in Fragen der Standardisierung oder gemeinsamen Nutzung von Großgeräten. Bei einem nebenamtlichen Vorstand für Krankenversorgung besteht durch die enge Einbindung und die sich daraus ergebenden Abhängigkeiten immer die Gefahr, dass Entscheidungen eben nicht sachgerecht getroffen und durchgesetzt werden.

Außerdem ist laut Gesetzentwurf nicht vorgesehen, einen Vorstand für den Bereich **Pflege** zu benennen. Kollege Jürgen Weber sprach das ja auch schon an. Ich denke, dass auch das im Ausschuss noch besprochen werden muss. Diese Aufgabe wurde bisher - Sie wissen es - in beiden Klinika von hauptberuflichen **Pflegedirektoren** wahrgenommen. Daher wüssten wir gern, wie die Landesregierung sicherstellen möchte, dass diejenigen, um die es geht, nämlich die Patienten, ausreichend bei strategischen Entscheidungen berücksichtigt werden. Das gilt vor allem dann, wenn der zuständige Vorstand für Krankenversorgung für beide Bereiche - Pflege und Medizin - zuständig sein wird.

In den Erläuterungen zu dem von mir vorhin schon genannten § 122 des Gesetzesentwurfs ist von einer **erweiterten Geschäftsführung** die Rede. Demnach ist geplant, an jedem Standort eine Geschäftsführungsebene einzurichten, die sich aus Pflegedirektor, Ärztlichem Direktor, Dekan und Verwaltungsdirektor zusammensetzt. Das heißt, dass jetzt ein gemeinsamer Vorstand zuzüglich zwei Verwaltungsdirektoren, zwei Ärztliche Direktoren, zwei Pflegedirektoren und zwei Dekane im Gespräch sind. Für uns stellen sich dabei gleich folgende Fragen: Wer hat denn in diesem Konstrukt welche Aufgaben, welche Kompetenzen, welche Verantwortlichkeiten? Wie sollen jemals die beiden doch sehr unterschiedlichen Klinika zu einem Uniklinikum Schleswig-Holstein zusammenwachsen? Wie soll unter diesen Bedingungen eine effiziente, qualitativ hochwertige Hochschulmedizin betrieben werden? Auch das sind noch Themen für die Ausschussberatungen.

Der SSW begrüßt aber grundsätzlich, dass künftig mit den Leiterinnen und Leitern der Einrichtungen des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein **privatrechtliche Verträge** geschlossen werden und die Möglichkeit einer **leistungsbezogenen Vergütung** besteht. Auch dass den Leiterinnen und Leitern der Einrichtungen die volle Verantwortung für ihren Verwaltungsbereich übertragen wird, begrüßen wir. Aber gerade diese größere Selbstständigkeit erfordert klare

(Anke Spoorendonk)

strategische Vorgaben und eine starke übergeordnete Leitung, um zu verhindern, dass sich Teilbereiche auf Kosten anderer optimieren und somit das Gesamtklinikum in eine Schieflage gerät.

Wir alle wollen Hochschulmedizin auf hohem Niveau, um nicht nur national, sondern auch international mithalten zu können oder vielleicht sogar in einigen Bereichen Vorreiter zu sein. Dann müssen die Forschenden und Lehrenden aber auch die Kapazitäten haben, Forschung und Lehre zu betreiben. Das heißt, die wirtschaftliche Verantwortung für eine Einrichtung darf nicht dazu führen, dass sich hoch bezahlte medizinische Kapazitäten einen großen Teil ihrer Zeit mit Zahlenwerken beschäftigen. Professorinnen und Professoren müssen von diesen Tätigkeiten durch qualifiziertes Fachpersonal entlastet werden. Auch das gibt es nicht zum Nulltarif.

Auch darf sich eine leistungsgerechte Vergütung nicht nur am wirtschaftlichen Erfolg orientieren, nur weil dieser sich leicht beziffern lässt. Die Landesregierung sagt zwar, dass auch die Qualität ein Kriterium bei der Leistungsbewertung darstellt, aber Qualität definieren, messen und bewerten ist ein aufwendiges Unterfangen. Der Aufbau eines umfassenden **Qualitätsmanagements** in einem Klinikum dieser Größenordnung ist nicht trivial und kostet auch Geld.

Der SSW warnt davor, einerseits den Landeszuschuss weiterhin zu kürzen und andererseits Forderungen zu stellen, die nur mit einem erhöhten finanziellen Aufwand zu bewerkstelligen sind. Dass finanzielle Kürzungen erforderlich sind, darüber sind sich wohl alle einig. Dem künftigen Universitätsklinikum Schleswig-Holstein darf aber der Hahn nicht derart zugedreht werden, dass zum Beispiel Rationalisierungsinvestitionen, die sich erst in mehreren Jahren rechnen, nicht getätigt werden können. Zunächst kostet die Fusion Geld, die Synergie- und Einspareffekte werden sich erst im Laufe der nächsten Jahre nach und nach einstellen.

(Beifall der Abgeordneten Lars Harms [SSW] und Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Die Quadratur des Kreises haben schon andere versucht und sind daran gescheitert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das alles ist Grund genug, um in den Ausschussberatungen alles auf den Tisch zu bekommen. Wir sagen schon einmal eine konstruktive Mitarbeit zu.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich darf kurz einen Überblick über die noch verfügbaren Restredezeiten für die Fraktionen geben. Die Fraktion der SPD hat noch 120 Sekunden, die Fraktion der CDU zwei Minuten, die Fraktion der FDP zwei Minuten, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 110 Sekunden und der SSW verfügt noch über rund 2,30 Minuten Restredezeit. Ich sage das vor dem Hintergrund, dass die Dreiminutenbeiträge, die mir schon vorliegen, erst aufgerufen werden können, wenn die Redezeit der Fraktionen aufgebraucht ist.

In dem Sinne bitte ich um weitere Wortmeldungen. - Gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Thorsten Geißler.

Thorsten Geißler [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin sowohl dem Kollegen Weber als auch der Frau Kollegin Birk dankbar, dass sie in ihren Beiträgen kritische Fragestellungen angesprochen haben und auch deutlich gemacht haben, dass die Regierungsfaktionen offensichtlich nicht bereit sind, diesen Gesetzentwurf einfach nur abzunicken, sondern ihn im Ausschuss auch einer kritischen Überprüfung unterziehen zu wollen. Dafür bin ich Ihnen dankbar, meine sehr geehrten Damen und Herren von den Regierungsfaktionen.

Es stellen sich gravierende Fragen im Hinblick auf die Fortentwicklung unserer Hochschullandschaft in Schleswig-Holstein. Es war zweifelsohne ein Verdienst der alten Landesregierung, fortgesetzt dann von der Regierung Engholm, neben einer starken Landesuniversität in Schleswig-Holstein eine vielfältige Hochschullandschaft in den Regionen entwickelt zu haben. Wir wollen nicht, dass diese positive Entwicklung jetzt möglicherweise durch die Hintertür zurückgenommen wird. Das wollen wir weder im Landesteil Schleswig noch im Landesteil Südholstein, noch an der Westküste.

Daher sind solche Veränderungen gut zu begründen. Ob diese Fusion gut begründet ist, da habe ich - mein Kollege de Jager und auch der Kollege Dr. Klug haben es deutlich gemacht - gravierende Zweifel. Denn die prognostizierten **Einspareffekte** sind keineswegs nachgewiesen. Es ist auch nicht nachgewiesen, ob sich bestimmte Einsparpotenziale nicht anders erreichen lassen, nämlich im Wege einer verbesserten **Kooperation** der beiden Hochschulstandorte Kiel und Lübeck, gegen die ja überhaupt nichts spricht. Wenn Kooperation zu Synergieeffekten führt, zu Einsparungen, sollte man diesen Weg beschreiten. Aber die Zahlen liegen keineswegs unumstritten auf dem Tisch und wir müssen sie kritisch überprüfen.

(Thorsten Geißler)

Natürlich lassen sich im Bereich Forschung und Lehre durch Absprache, durch unterschiedliche Forschungsschwerpunkte Einsparungen erzielen; nicht alles muss parallel entwickelt werden. Aber dass es dazu einer Fusion bedarf, ist überhaupt nicht nachgewiesen und auch theoretisch überhaupt nicht begründbar.

Zum Bereich der Krankenversorgung! Natürlich macht es Sinn, in einem Ballungsraum zwei Hochschulklinika zusammenzuführen. Da können unterschiedliche medizinische Angebote vorgehalten werden und die Bevölkerung wird trotzdem gleichermaßen optimal versorgt. Aber bei zwei Standorten, 82 km voneinander entfernt, zwei Krankenhäusern der Maximalversorgung - wie sollen da Einsparpotenziale durch eine Fusion erreicht werden? Diese Frage müssen Sie beantworten, wenn Sie diesen Weg wirklich erfolgreich beschreiten wollen. Ich behaupte: Das können Sie nicht.

Wir stehen vor einem gewissen Dilemma. Die Landesregierung hat durch ihr übereiltes Vorgehen und durch die Tatsache, dass sie einen Weg beschritten hat, der nirgendwo anders erprobt und nachgewiesenermaßen der richtige ist, Unsicherheit an die beiden Standorte herangetragen.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Herr Abgeordneter, beachten Sie bitte die Redezeit.

Thorsten Geißler [CDU]:

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. - Kaum ein angesehener Wissenschaftler ist noch bereit, nach Kiel oder Lübeck zu wechseln. Gleichwohl sind wir verpflichtet - und sollten das im Bildungsausschuss tun -, sehr sorgfältig zu beraten, bevor wir diesem Gesetzentwurf zustimmen. Ich halte ihn gegenwärtig überhaupt nicht für zustimmungsfähig. Da stimme ich meinem Kollegen de Jager völlig zu. Ich hoffe, dass die Regierungsfractionen im Bildungsausschuss das einhalten, was sie hier zugesichert haben, nämlich eine kritische Überprüfung des Gesetzentwurfs. Dann werden wir konstruktiv zusammenarbeiten.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Wir treten in die Abstimmung ein. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 15/1839, federführend an den Bildungsausschuss und mitberatend an den Sozialausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den darf ich um sein deutliches Handzeichen bitten. - Ge-

genprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist das vom hohen Haus einstimmig so beschlossen. Der Tagesordnungspunkt ist erledigt.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 14 und 33 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Anwärtersonderzuschläge für Lehramtsanwärter und Lehramtsanwärterinnen an beruflichen Schulen

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/1798

b) Bericht über die Gewinnung von Lehrkräften

Landtagsbeschluss vom 20. Februar 2002

Drucksache 15/1596

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/1728

Bevor wir in die Beratung eintreten, erlauben Sie mir, dass ich in der Loge weißrussische und deutsche Mitglieder des Solidaritätskomitees für Belarus als Gäste begrüße. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Wird das Wort zur Begründung des CDU-Antrags Drucksache 15/1798 gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

(Unruhe)

Ich erteile zunächst der Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur das Wort. Frau Ministerin Erdsiek-Rave hat für die Landesregierung das Wort.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe den Ältestenrat so verstanden, dass wir Bericht und Antrag in einen Redebeitrag integrieren und hierüber eine zusammengefasste Debatte führen.

Meine Damen und Herren, der **Bedarf an Lehrkräften** ist nach wie vor hoch, nicht nur an den öffentlichen allgemein bildenden Schulen in Schleswig-Holstein, sondern natürlich auch an den beruflichen Schulen wird er in den nächsten Jahren kontinuierlich ansteigen. Das ist eine bundesweite, ja - wenn man über die Grenzen unseres Landes hinausguckt - eine europaweite Situation. Bis zum Jahre 2004 gehen wir von einem **Zuwachs der Schülerzahlen** an den allgemein bildenden Schulen um 2,5 % aus, was sich hauptsächlich an den weiterführenden Schularten abzeichnen wird, während an den Grundschulen bereits jetzt ein Rückgang der Schülerzahlen zu registrieren ist. An

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

den berufsbildenden Schulen gehen wir bis zum Schuljahr 2008/9 von einer deutlichen jährlichen Zunahme aus, im Vergleich zum Jahr 2001 von einem Plus von insgesamt 23 %. Es ist klar, die starken Jahrgänge wachsen sozusagen nach oben durch. Danach fällt die Kurve wieder ab.

Ich betone diese Perspektive deswegen, weil alle unsere Entscheidungen über die Gewinnung und Einstellung von Lehrkräften unmittelbar mit dieser Verlaufskurve zusammenhängen. Wir haben akut einen hohen Bedarf an Lehrkräften für die allgemein bildenden Schulen, der - wenn man die Schülerprognose zugrunde legt - bereits vom Schuljahr 2008/9 wieder unter das heutige Niveau sinken und dann ganz stark abfallen wird. Bei den berufsbildenden Schulen ist - wie gesagt - diese Zeitspanne, auch was den Lehrerberuf angeht, größer und die Kurve deshalb weiter.

Gleichzeitig kommt als zusätzlich zu betrachtende Entwicklung hinzu, dass bis 2010 etwa 35 % aller Lehrkräfte an den öffentlichen allgemein bildenden Schulen und 31 % an den berufsbildenden Schulen in den Ruhestand gehen werden.

Angesichts dieser Situation sind Maßnahmen gefragt, die erstens möglichst zeitnah wirksam sind und zweitens flexibel sind, um die Weichen nicht allzu starr zu stellen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich füge an dieser Stelle einmal ein: Wir werden die Zahlen der **Lehramtsstudierenden** an den Hochschulen, die erfreulicherweise wieder steigen, nicht so präzise steuern können, dass nicht möglicherweise wieder ein **Überhang** entsteht. Das ist im Verlaufe von mehreren Jahrzehnten unvermeidlich. Wir sollten aber alles tun, um es zu vermeiden.

So viel zur langfristigen Perspektive, die ich nicht zu unserer Entlastung anführe, sondern deshalb, weil wir alle unsere Entscheidungen nicht nur vor dem finanziellen, sondern auch vor dem strukturellen Hintergrund treffen müssen. Nun zu den kurzfristigen, unmittelbar wirksamen Maßnahmen!

Erstens. Die Lehrerlaufbahnverordnung wurde im Januar dieses Jahres - wie angekündigt - geändert: In Fächern, in denen Mangel besteht, können hoch qualifizierte Universitätsabsolventen, die nicht aus Lehramtsstudiengängen kommen, die aber ein Diplom oder anderes Examen vorweisen können, als **Quereinsteiger** in den Vorbereitungsdienst beziehungsweise in das Referendariat übernommen werden.

Zweitens. Wir haben mit unerwartet hohem Erfolg um diese Quereinsteiger geworben, die bereits im Berufsleben stehen. Von den rund 2.000 Interessenten ist

nach einer sorgfältigen Auswahl der Fachbedarf, der besondere Bedarf herausgefiltert worden: Bis zu 90 Personen werden wir in einem ersten Schritt zum 1. August in ein Referendariat übernehmen können beziehungsweise es ihnen anbieten. Ob sie das annehmen, ist ihre eigene Entscheidung.

Drittens. Über die **Welcome-back-Aktion**, die sich an Lehrkräfte richtete, die fertig ausgebildet sind, aber möglicherweise in anderen Berufen oder auch gar nicht berufstätig sind, konnten im Frühjahr dieses Jahres rund 70 Lehrkräfte für den Schuldienst zurückgewonnen werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sind erfahrene Lehrkräfte, die wieder in den Schuldienst kommen, insbesondere Frauen, denen wir den Übergang durch entsprechende Maßnahmen erleichtern.

Infolge des **Ländertauschverfahrens**, das neu geordnet worden ist, wird die Mobilität von Lehrkräften, die in einem anderen Bundesland unterrichten wollen, erheblich verbessert. Es ist davon auszugehen, dass sich wie bisher für Schleswig-Holstein ein positiver Wanderungssaldo ergibt, denn die Bereitschaft von Lehrkräften, nach Schleswig-Holstein zu wechseln, ist immer schon höher gewesen als umgekehrt. Deswegen gehören wir zu den Ländern, die von diesen Neuregelungen besonders profitieren. Möglicherweise wird auch die Zahl von Bewerberinnen und Bewerbern aus Hamburg ansteigen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Zurück zu dem Maßnahmenkatalog, den wir nicht nur angekündigt, sondern tatsächlich umgesetzt haben! Wir regeln darüber hinaus derzeit die Übernahme von Lehrkräften aus Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Auch das wird zum neuen Schuljahr beginnen, seinen Schwerpunkt aber erst ab dem folgenden Schuljahr 2003/4 haben. Das Ganze ist nicht eine unsolidarische Abwerbeaktion in Richtung Osten, sondern die **Übernahmen** finden zu einem Zeitpunkt statt, in dem die neuen Bundesländer mit einem erheblichen Personalüberhang zu kämpfen haben. Wir wollen da solidarisch ein Angebot machen und hoffen natürlich auf Interesse. Im Hinblick auf die anderen oder besseren Besoldungsbedingungen hier ist dies sicherlich auch nicht ausgeschlossen, dass das mit erheblicher Nachfrage verbunden ist.

Schließlich werben wir für den Lehrerberuf in Schleswig-Holstein. Wir werben gezielt für die Fächer, für die bereits ein akuter Mangel besteht oder absehbar ist, in einer ausführlichen Broschüre. Tatsächlich steigen die **Neueinschreibungen von Studierenden für**

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

das Lehramt an den Universitäten Flensburg und Kiel erfreulich an. Ich füge allerdings hinzu: stiegen sie doch auch überall in den wirklich notwendigen Fächern an. Wir können die Entscheidung der Studierenden nicht wirklich steuern, dass sie die Fächer, die nachgefragt sind, die wichtig sind, die wir brauchen auch wirklich wählen. Ich komme darauf noch einmal zurück. Zugleich reformieren wir die Studien- und Ausbildungsstrukturen, damit möglichst viele Lehramtstudierende zügig studieren können, das Studium tatsächlich beenden und das Referendariat und den Vorbereitungsdienst und die entsprechenden Stellen auch antreten.

Trotzdem gibt es natürlich - das darf nicht verschwiegen werden - auch **Versorgungsengpässe**. Sie rühren daher, dass in manchen Fächern der Nachwuchs sehr begrenzt ist und nur bedingt durch die genannten Maßnahmen aufzufangen ist. Darüber werden wir auch morgen noch reden. Das betrifft insbesondere die **musischen Fächer**, die Fächer Musik und Kunst, aber auch **Sport**, Mathematik und Physik. Hier soll das IPTS beziehungsweise das zukünftige Institut spezielle Zusatzqualifikationen anbieten, so genannte dritte Fächer, um Entlastungen zu erreichen. Wenn diese Maßnahmen in Verbindung mit dem Gesamtkatalog keine zureichende Entlastung schaffen, müssen wir auch nachdenken und gemeinsam mit den Hochschulen darüber reden, wie denn Studien- und Prüfungsordnungen so modifiziert werden können, dass wir diesen **Fachbedarf** wirklich decken können. In jedem Fall stärken wir - und dafür bitte ich auch um Unterstützung - sowohl innerschulisch als auch gesellschaftlich den Stellenwert von elementaren Fächern. Ich denke, dass man in diesem Zusammenhang auch das Jahr des Schulsports oder auch die zunehmenden Diskussionen über den Stellenwert des Schulsports und auch der musischen Fächer sehen kann. Sie tragen dazu bei, diesen Mangel längerfristig zu beheben und das Bewusstsein für diese Fächer nachdrücklich zu erhöhen. Das ist einfach notwendig, weil sie oft genug aus dem schulischen Alltag ausgeblendet werden.

Natürlich gehört zu den Problemen, die wir haben, auch, dass nicht alle Dienstorte in Schleswig-Holstein gleichermaßen attraktiv sind für den Nachwuchs. Das ist so; wir erfahren es immer wieder. Wir versuchen, Ungleichgewichten nach Möglichkeit gegenzusteuern, aber hier sind sicherlich die einzelnen Schulen in der Pflicht, über ihre Profilbildung gezielt um Lehrkräfte zu werben, sowie die Schulträger für ihre Standorte zu werben und im Interesse aller an der Schule Beteiligten die Versorgung sicher zu stellen haben. Ich werbe nachdrücklich für die Zusammenarbeit zwischen Land und Schulträgern, denn nur so können wir diese Probleme in den Regionen Schleswig-Holsteins, die aus

unserer Erfahrung eben nicht bevorzugt von den Studierenden gesucht werden, lösen. Ich weiß sonst keine andere Lösung. Wir müssen natürlich das Land gleichmäßig mit Lehrkräften versorgen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun zu der Frage, den Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärttern an beruflichen und allgemein bildenden Schulen, **Anwärtersonderzuschläge** zu bezahlen. Dies wird seit Beginn des Jahres durch die Neufassung des § 63 im Bundesbesoldungsgesetz ermöglicht. Wir haben im letzten Jahr über die Optionen geredet, wir haben über Alternativen geredet. Damals gab es noch keine Gesetzesänderung, jetzt ist sie da. Voraussetzung dafür ist - so definiert es das Gesetz -, dass ein erheblicher Mangel an qualifizierten Bewerbern besteht. Vorgesehen ist ein Zuschlag, der gezahlt werden kann, 70 % des Anwärtergrundbetrages, im Höchstfall 100 %. Das sind 705 beziehungsweise 1.007 € pro Monat.

Die Berufsverbände der Berufsschullehrer fordern einer gemeinsamen Pressemitteilung zufolge einen Zuschlag von 400 € pro Monat. Wenn man die Mangelfächer der berufsbildenden Bereiche zu Grunde legt, die in der Kapazitätsverordnung definiert sind - in den beruflichen Schulen sind das besonders die Metall- und Elektrotechnik und der nahrungsgewerbliche Bereich -, so erforderte ein 70-prozentiger monatlicher Sonderzuschlag die Summe von 1,5 Millionen € jährlich, eine Zusage von 400 € pro Monat die Summe von 0,8 Millionen € jährlich - überschlägig. Ich habe Ihnen hier nur die Beträge genannt, die im Bereich der beruflichen Schulen anfallen würden. Die sind im Personalbudget des Haushaltes 2002 nicht enthalten und sie sind im laufenden Haushalt natürlich auch nicht zu erwirtschaften.

Diese Aussagen gelten uneingeschränkt auch für die im Landesbeamtenengesetz geregelte **Reisekostenvergütung**. Dementsprechend erhalten Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst für die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen seit diesem Haushaltsjahr eine höhere Vergütung in Höhe von 0,14 € als Kilometerpauschale. Eine volle Angleichung, wie Sie es fordern, meine Damen und Herren, würde zu Mehrkosten im Haushalt von ungefähr 280.000 € führen. Selbstverständlich werden wir diese Möglichkeit, die natürlich eine von mehreren Alternativen darstellt, um den Nachwuchs zu sichern, genau prüfen. Wir stehen derzeit am Beginn der Haushaltsverhandlungen. Sie werden sicherlich Verständnis dafür haben, dass wir im Augenblick keine Vorabverfügung treffen können. Wir wollen diese Verhandlungen in Ruhe führen, ohne etwas vorweg zu nehmen.

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

Ich möchte aber noch etwas Grundsätzliches dazu anmerken. Auf den ersten Blick ist der Gedanke attraktiv, durch Erhöhung von Besoldungen, die Brutto manchmal bedeutender klingen, als sie dann Netto aussehen, die Nachfrage zu steuern, auch die Nachfrage nach einem Beruf. Lehrerinnen und Lehrer haben eine erhebliche und mitunter wirklich schwierige und schwere Verantwortung für Bildung und Ausbildung. Es ist ein interessanter Beruf, es ist eine Herausforderung und auch ein Beruf, bei dem man sehr viel gewinnt, nicht zuletzt für sich selbst. Ein Funke **Berufung** sollte bei dieser Wahl natürlich mit enthalten sein, und den kann man nicht mit Sonderzuschlägen aufwiegen, meine Damen und Herren.

Ein zweites Argument kann auch ich nicht von der Hand weisen: Natürlich ist es eine Umstellung, wenn man im Berufsleben gestanden hat und eine Familie möglicherweise hat und dann geringer bezahlt wird als vorher. Natürlich verlangt das Einschränkungen, aber es ist eine zeitlich befristete Einschränkung.

(Zuruf von der FDP: Für zwei Jahre!)

- ja, für zwei Jahre -, und es ermöglicht hinterher die Perspektive auf einen sicheren Arbeitsplatz und einen hervorragenden Beruf, einen Beruf, der noch dazu mehr Erfüllung geben kann als mancher andere Beruf. Das zeigt die steigende Nachfrage, und ich hoffe, dass dies so bleibt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich möchte die geschäftsleitende Bemerkung machen, dass die zusätzliche Redezeit für die Fraktionen eine Minute zwanzig Sekunden beträgt.

Wir treten jetzt in die Aussprache ein. Ich erteile zunächst für die Fraktion der CDU der Frau Abgeordneten Sylvia Eisenberg das Wort.

Sylvia Eisenberg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst etwas zum Bericht, und zwar etwas ganz Grundsätzliches zu dem Bericht über die Frage der Gewinnung von neuen Lehrkräften. Mir scheint, dieser Bericht der Landesregierung liest sich nicht wie ein Bericht zum Problem oder zur Frage, wie ich neue und junge Lehrkräfte gewinne, sondern in weiten Teilen wie ein Bericht zur Frage, wie ich verhindere, dass junge und neue Lehrkräfte eingestellt werden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Denn die in diesem Bericht angeführten Maßnahmen zur angeblichen Lehrerergewinnung wie zum Beispiel

die Aussetzung der Altersteilzeit, die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung und der Abbau von Ausgleichsstunden sind Maßnahmen, die zwar in Ansätzen, aber doch nur in Ansätzen - ich komme nachher noch einmal darauf zurück - der Erhöhung des Unterrichtsangebotes durch Verlängerung der Arbeitszeit der alten Lehrer dienen, aber keinesfalls dazu geeignet sind, junge und neue Lehrkräfte für den Beruf des Lehrers zu gewinnen.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sagen Sie mal was zu Hamburg!)

- Da fragen Sie doch bitte die Herren von der anderen Seite!

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau Heinold, Sie sind nachher dran.

Gerade auch die nach Schularten differenzierte Erhöhung der **Unterrichtsverpflichtung** wird den in den nächsten Jahren anfallenden Unterrichts- und Lehrbedarf vor allem in den Berufsschulen, Frau Erdsiek-Rave, aufgrund von Pensionierungen und zusätzlichen Schülerzahlen nicht auffangen können, abgesehen davon, dass ein Teil der durch die beschriebenen Maßnahmen erwirtschafteten Stunden dazu verwendet wird, Stelleneinsparungen vorzunehmen und Ganztagsangebote zu finanzieren und nicht etwa neue Lehrkräfte einzustellen.

Meine Damen und Herren, wir brauchen junge und neue Lehrer.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Landesrechnungshof hat das gerade eindrücklich bewiesen. Wir brauchen sie aufgrund der anstehenden **Pensionierungswelle** überall. Aber wir brauchen sie vor allen Dingen im Hochschulbereich. Anfang März - ich glaube, Herr Klug hatte eine kleine Anfrage gestellt - waren 22 Lehrerstellen unbesetzt, davon 17 im Bereich der beruflichen Schulen. Von 24 unbesetzten Anwärterstellen, also Referendarstellen, fielen allein 13 auf die beruflichen Schulen.

Ich komme zu dem Bericht zurück. Über die so hoch gelobte, aber im Ergebnis nur als Pressegag zu bezeichnende „Welcome-Back-Aktion“ der Kultusministerin brauche ich mich hier nicht weiter auszulassen; das hat nämlich die Presse für mich erledigt. Es gab keine konkrete Bedarfsanalyse. Die Aktion ist zu spät und schleppend angelaufen. Die Bewerber und Bewerberinnen haben späte oder gar keine Antworten erhalten. Ein Teil der Bewerbungen ist im bürokratischen Hickhack versunken und hat deshalb zu Frustrationen bei den Bewerbern geführt. Viele Briefe und Infos der

(Sylvia Eisenberg)

Lehrerverbände bestätigen die negativen Auswirkungen dieses wirklich nur als Pressegag zu bezeichnenden Aktionismus.

(Beifall bei der CDU)

Aber, meine Damen und Herren, dieser Bericht will uns auch noch etwas ganz anderes vermitteln, etwas ganz Neues, nämlich das Prinzip Hoffnung, Hoffnung auf das Verfahren des **Lehrertauschs** zwischen den Bundesländern. Dieser, so sagt der Bericht, sei erleichtert worden. Jetzt gebe es ein Abkommen zwischen Brandenburg und in Zukunft auch mit Mecklenburg-Vorpommern, um den Wechsel von Lehrkräften zu erleichtern. Allerdings könne man konkrete Aussagen zu den Übergangsquoten selbstverständlich nicht machen.

Deswegen herrscht auch hier ein Stück das Prinzip Hoffnung vor. Selbst wenn es so wäre, Frau Erdsiek-Rave: Ob mit diesen Wechselquoten der schulart- und fächerspezifische Bedarf der Planstellen in Schleswig-Holstein gedeckt werden kann, ist heute zumindest noch fraglich.

Der von der Kultusministerin - jetzt komme ich zu Ihrer nächsten Maßnahme - im Bildungsausschuss im Zusammenhang mit dem anstehenden Lehrerberuf mehrfach geäußerte Hinweis auf die anstehende **Änderung der Lehrerlaufbahnverordnung** hat zwar zunächst auch Hoffnung geweckt. Nach Durchsicht dieser Verordnung, die ja seit Januar in Kraft ist, kann aber nur festgestellt werden: Für Quereinsteiger in die beruflichen Schulen bleibt alles beim Alten, ebenfalls für Fachlehrer an den beruflichen Schulen. Die von der CDU beantragten Änderungen sind nicht berücksichtigt worden. Ich meine, das sind wir gewohnt, das nehmen wir so hin, aber erwähnen darf man das ja noch einmal.

Ich komme zum **Einstieg von Diplomierten** in die Referendarausbildung, der als zwingend notwendig dargestellt wird, allerdings mit entsprechend miesem Gehalt - darauf komme ich nachher noch einmal -: In Fächern wie Elektro- und Metalltechnik, Kommunikations- und Mediengestaltung, Wirtschafts- und technische Informatik wird sich kein Quereinsteiger veranlassen sehen, den Lehrerberuf der lukrativeren Wirtschaft vorzuziehen. Damit komme ich zu unserem Antrag. Um zu werben und vor allen Dingen jüngere Leute, aber auch Quereinsteiger zum Einstieg in den Lehrerberuf, vor allem natürlich in den Beruf - Sie entschuldigen, dass ich das so sage - des Berufsschullehrers zu bewegen, bedarf es auch **finanzieller Anreize**, die jetzt - das ist ganz richtig; ich bin sehr froh darüber - mit der Änderung von § 63 des Besoldungsstrukturgesetzes möglich geworden sind. Es heißt da: „Besteht ein erheblicher Mangel an qualifi-

zierten Bewerbern, können Anwärtern Sonderzuschläge gewährt werden.“

Meine Damen und Herren, ich darf Sie an unseren Antrag vom Februar letzten Jahres erinnern und auch an die Begründung in der Landtagssitzung. Nur mit Imagepflege, mit guten Worten werden wir es nicht schaffen, die dringend benötigten Fachkräfte an die Schulen zu holen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ausgebildete Absolventen - man möge sich das auf der Zunge zergehen lassen - der Universitäten in Informatik und Elektrotechnik werden von der Industrie mit Kusshand genommen. Anwärterbezüge für einen verheirateten Referendar im Alter von 30 Jahren - auch das sollte man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen - von circa 760 € und damit 100 € unter dem Sozialhilfeanspruch, und das nach vorheriger Berufsausbildung und Studium, werden keine der Leute, die wir dringend brauchen, an die Schulen bringen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir sollten diese Leute in unserem Land ausbilden, an unsere Schulen holen und auf diese Weise für den Nachwuchs sorgen, den wir dringend brauchen, bevor wir ausgebildete Kräfte aus dem Ausland holen.

Ein Weiteres kommt hinzu, von der Opposition immer wieder angedacht: Lehrer in Ausbildung, vor allem im Berufsschulwesen, sind darauf angewiesen, ausbildungsbezogene Fahrten zu unternehmen, und zwar für die Anwesenheit bei Lehrproben, für pädagogische Veranstaltungen beim Landesseminar in Kiel. Das wird sich auch nach der Neustrukturierung des IPTS nicht wesentlich ändern. Bei den jetzigen Benzinpreisen ausbildungsbezogene Reisen mit 14 Cent pro Kilometer zu vergüten - ich darf erinnern: die Landtagsabgeordneten erhalten mehr als das Doppelte - grenzt schon, bezogen auf die Einkommensverhältnisse der Lehrer in Ausbildung, ein Stück an Zynismus.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es ist für die Landtagsabgeordneten nicht ganz einfach, an dieser Stelle zu klatschen, ich kann das verstehen.

Meine Damen und Herren der Regierungsfractionen, wie mir nach der Perlia-Veranstaltung im November 2001 berichtet wurde, haben Sie, Herr Jacobs, und Sie, Frau Birk, die berechtigten Forderungen der Referendare immer wieder jeweils zustimmend zur Kenntnis genommen und haben zustimmend mit dem Kopf genickt. Die Kultusministerin hat, soweit ich es den Veröffentlichungen der Verbände entnehmen kann, bereits im September 2000 ihre Bereitschaft erklärt,

(Sylvia Eisenberg)

Anwärtern **Sonderzuschläge** zu gewähren, falls die rechtlichen Rahmenbedingungen es hergeben. Das ist jetzt der Fall. Ich erwarte von Ihnen, Frau Birk und Herr Jacobs, dass Sie Ihr zustimmendes Nicken jetzt auch in die Tat umsetzen und unserem Antrag zustimmen,

(Beifall bei der CDU)

und von Ihnen, Frau Erdsiek-Rave, erwarte ich, dass Sie keinen Wortbruch begehen.

Die Frage der Gegenfinanzierung brauche ich hier nicht noch einmal anzusprechen. Die können Sie unseren Vorschlägen vom letzten Jahr, Landtagsprotokoll Februar 2001, entnehmen. Ich will die Diskussion nicht unnötig verlängern.

(Beifall bei CDU und FDP - . Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dafür wollten Sie der Polizei doch das Benzingeld streichen! 10 % weniger Sachmittel bei der Polizei, das war Ihr Vorschlag!)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Wir setzen die Debatte fort. Ich erteile jetzt für die Fraktion der SPD Herrn Abgeordneten Helmut Jacobs das Wort.

Helmut Jacobs [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Schulwesen in Deutschland steht spätestens seit der Veröffentlichung der PISA-Studie vor einer doppelten Herausforderung: Zum einen müssen wir die pädagogische und didaktische Qualität unserer Schulen auf ein europäisches Niveau steigern; wir werden darüber in dieser Tagung noch reden. Zum anderen begleitet uns die dauernde Herausforderung, die Versorgung der Schülerinnen und Schüler mit Unterricht zu sichern, und dies trotz zunehmender Haushaltsprobleme und trotz höherer Schülerzahlen, die mit Ausnahme der Grundschulen steigern.

Wir können und wollen heute die Debatte über den Bericht der Unterrichtsversorgung allerdings nicht vorziehen. Wir müssen uns heute mit dem hier schon öfter debattierten Problem befassen, dass die **Absolventenzahlen** unserer Hochschulen den Lehrernachwuchs angesichts der **Pensionierungswelle**, die wir gerade durchlaufen, nicht mehr abdecken können. Innerhalb der nächsten drei Schuljahre werden voraussichtlich 3.700 Lehrerstellen frei, deren Inhaber pensioniert werden.

Zusätzlich haben wir uns im Koalitionsvertrag verpflichtet, in der laufenden Legislaturperiode insgesamt 1.000 neue Stellen einzurichten. Die Frau Ministerin

hat erst kürzlich darauf hingewiesen, dass die rechnerische Deckungslücke zwischen Bedarf und zur Verfügung stehenden Hochschulabsolventen bei circa 1.500 Stellen liegt. Wegen Teilzeitbeschäftigungen dürfte diese Zahl noch um etwa 20 % höher liegen. Wir haben die Landesregierung deswegen gebeten, uns einen zusammenfassenden Bericht darüber vorzulegen, mit welchen Maßnahmen sie die Versorgung mit Lehrkräften sicherstellen will.

Für einige Maßnahmen, für die die Landesregierung die politische Unterstützung der Koalitionsfraktionen hat, haben wir vonseiten der Lehrerverbände keine Unterstützung erhalten und auch nicht erwarten können. Niemand von uns ist glücklich darüber, Anträge auf Altersteilzeit von Lehrern, welche keine schwere Behinderung aufweisen, grundsätzlich abzulehnen. Erst recht ist niemand von uns glücklich darüber, die Unterrichtsverpflichtungen für Lehrer an Gymnasien, Gesamtschulen und Berufsschulen um eine halbe Stunde zu erhöhen und zugleich weitere Ausgleichsstunden abgebaut zu haben. Es hat dazu aber keine Alternative gegeben.

Zu Beginn des nächsten Schuljahres verbessert sich die Unterrichtsversorgung an den schleswig-holsteinischen Schulen um ein Volumen von 356 Stellen. Dazu tragen die 200 neu geschaffenen Lehrerstellen und die 100 Referendarstellen ebenso bei wie die genannten Maßnahmen.

Koalitionsfraktionen und Landesregierung haben von vornherein klargemacht, dass der Gegenwert der **Mehrarbeit** nicht vollständig in die Verbesserung der Unterrichtsversorgung eingehen soll, sondern auch zur Gegenfinanzierung des Einstiegs in die Ganztagsangebote sowie zur finanziellen Absicherung der deutschen und dänischen Privatschulen herangezogen werden muss.

Wer hier immer noch glaubt, die Interessen der Schulen, der Schüler und der Lehrer würden von einer rot-grünen Landesregierung stiefmütterlich behandelt, und wer darauf spekuliert, dass mit einer Regierungsübernahme durch eine konservativ-liberale Allianz die sieben fetten Jahre für die Schulen anbrechen, der wird sicher mit besonderer Aufmerksamkeit die täglich neuen Beschlusslagen des Hamburger Senats verfolgen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Sylvia Eisenberg [CDU]: Nicht ablenken! Wir sind hier!)

Erst verspricht Admiral Lange allen Lehrern der Stadt volle Besitzstandswahrung bei Planstellen und Arbeitszeit, dann beschließt der Senat, dass die Hälfte

(Helmut Jacobs)

aller frei werdenden Stellen gestrichen wird und die Hamburger Lehrer die bundesweit längsten Arbeitszeiten bekommen.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist die CDU! - Sylvia Eisenberg [CDU]: Nicht ablenken!)

Und gestern fand dann die älteste Scharade der Welt statt: Um den einzigen Senator der Spaßpartei nicht gänzlich zu demontieren,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ihr seid ja richtig originell!)

verpackt man die Einsparverpflichtungen der Schulbehörde so, dass zunächst der Anschein entsteht, die gebrochenen Versprechungen würden etwas weniger drastisch ausfallen. Unsere Opposition sollte deshalb ihre Behauptung, Schleswig-Holstein sei ein unattraktives Arbeitland für Lehrerinnen und Lehrer, endlich zu den Akten legen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wir setzen nicht auf einen Verdrängungs- und Abwerbettbewerb der Bundesländer untereinander. Die Spielräume Schleswig-Holsteins bei Verbesserungen in der Besoldung sind geringer als die manch anderer Länder. Wir begrüßen es, dass sich die Kultusministerkonferenz für erleichterte Modalitäten beim **länderübergreifenden Wechsel des Arbeitsplatzes** entschieden hat. Wir halten aber daran fest, dass es keine Abwerbeaktionen geben darf, die im laufenden Schuljahr zu Ausfällen an den Schulen führen.

Wir wollen den Antrag der CDU auf **Anwärtersonderzuschläge** für Referendare an Berufsschulen in den Bildungsausschuss überweisen. Darüber jetzt ohne Deckungsvorschlag abzustimmen, den wir auch nicht aus Ihren alten Unterlagen herauskramen konnten, wäre unredlich.

(Unruhe bei der CDU)

So etwas gehört zu einem Antrag hinzu.

Über die Summen, die aus einem solchen Beschluss resultieren würden, hat die Ministerin bereits Ausführungen gemacht.

Auch nach unserer Auffassung wäre es wünschenswert, den angehenden Berufsschullehrern einen gewissen Ausgleich für das Bundesbesoldungsreformgesetz von 1998, das immerhin noch von der alten Bundesregierung beschlossen worden ist, anzubieten. Ich habe das, Frau Eisenberg, zugegebenermaßen immer auf Veranstaltungen signalisiert und stehe auch dazu. Es ist uns allen klar, dass wir im laufenden Haushalt keine Spielräume für solche Zulagen haben, erst recht

nicht dafür, wie von Ihnen als Prüfauftrag angeregt, den Kreis der Berechtigten erheblich auszuweiten.

Ein Grundsatzbeschluss muss meines Erachtens im Zusammenhang mit dem Landeshalt für 2003 getroffen werden. Wir haben dabei die Maßnahmen anderer Länder auszuwerten, von denen sich einige für solche Zulagen entschieden haben. Ich jedenfalls hatte noch nie Verständnis dafür, dass ein Berufsschullehrerreferendar ein geringeres Einkommen hat als sein Schüler. Die Schüler an den Berufsschulen haben oft höhere Ausbildungsbeihilfen als ihre Referendare.

Ich warne aber vor der Vorstellung, dass beispielsweise 100 € oder 200 € mehr das ausschlaggebende Argument für jemanden sein könnten, seinen Lebens- und Arbeitsort in Schleswig-Holstein oder einem anderen Land zu suchen. Jeder weiß, der Entscheidung liegen ganz andere Dinge zugrunde.

Richtig und von uns bereits seit Jahren angeregt ist hingegen, in Absprache mit den neuen Bundesländern, besonders Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg, nach Möglichkeiten zu suchen, Lehrkräften aus diesen Ländern ein Angebot in Schleswig-Holstein zu unterbreiten. Dies ist vertretbar, weil die stark rückläufigen **Schülerzahlen im Osten** dort eine ganz andere Problemlage am Lehrermarkt geschaffen haben.

Jede Anstrengung, die Versorgung der Schulen mit Lehrkräften zu sichern, hat Anspruch auf unsere Unterstützung. Wenn es gelungen ist, bisher 70 Pädagogen, die zu einem früheren Zeitpunkt aus dem Schuldienst ausgeschieden sind, zu einem Wiedereinstieg zu bewegen, halte ich es für unangebracht, hier von „nur“ 70 zu sprechen. Ich freue mich, dass wir an unseren Schulen 70 bereits ausgebildete Kolleginnen und Kollegen wieder begrüßen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gerade im besonders kritischen Bereich der beruflichen Schulen ist die Werbung von Quereinsteigerinnen und -einsteigern von besonderer Bedeutung.

Ich frage mich, Frau Eisenberg, welchen Bericht Sie heute gelesen und ausgewertet haben. Wenn in dem Bericht steht, dass sich 2.000 **Quereinsteiger** für eine Übernahme in den schleswig-holsteinischen Schuldienst interessieren, dann ist das wahrhaftig eine unerwartet hohe Zahl. Und wenn sogar 800 dieser Bewerberinnen und Bewerber in die engere Wahl kommen, dann, denke ich, haben wir neue Lehrer mit hoher Qualifikation zu erwarten.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Auch andere Zahlen im Bericht sprechen deutlich dafür, dass der Lehrermangel in Schleswig-Holstein

(Helmut Jacobs)

nicht so aussieht, wie es täglich in der Presse zu lesen ist und auch von den Oppositionsparteien oft herbeigeredet wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Ich bitte, den Bericht im Ausschuss weiter zu beraten, und danke Ihnen.

(Sylvia Eisenberg [CDU]: Er hat eine Wahrnehmungsstörung!)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Zunächst begrüße ich auf der Tribüne Lehrerinnen und Lehrer sowie Schülerinnen und Schüler der Sachsenwaldschule in Reinbek. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Nun hat für die FDP-Fraktion der Kollege Dr. Ekkehard Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auf der letzten Personalversammlung der Berufsschulreferendare haben die anwesenden Landtagsabgeordneten, zu deren Kreis auch der Kollege Jacobs gehört hat, miterleben können, wie die Wut unter den jungen Pädagogen allmählich hoch kocht. Man werde diesem Land nach Abschluss der Ausbildung den Rücken kehren, so die Ankündigung einer Referendarin unter breitem Beifall der Kolleginnen und Kollegen im Saal.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die werden sich alle in Hamburg melden! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: FDP-Senator Lange!)

Im Übrigen: Wenn dies nur ein Teil der Teilnehmer dieser Personalversammlung machen wird, dann gute Nacht für das berufsbildende Schulwesen. - Herr Kollege Hentschel, Frau Kollegin Heinold, bringen Sie es doch einmal fertig, durch eine parlamentarische Entscheidung eine Fehlentscheidung der eigenen Regierung zu korrigieren.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben es nicht einmal geschafft,

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt nicht!)

die Abschaffung der Abendschulen und damit des zweiten Bildungsweges in diesem Land rückgängig zu machen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Plustern Sie sich also jetzt nicht auf. In Hamburg hat der Haushaltsgesetzgeber seine Rolle wahrgenommen und gesagt: Diese Stellenstreichung machen wir als Parlament, als Hamburger Bürgerschaft, als Fraktion nicht mit.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist überhaupt noch nicht beschlossen! - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bei einer so schlechten Vorlage kann man gar nicht anders handeln!)

Gründe für die jungen Berufsschullehrer, zu sagen, es reicht ihnen allmählich, wie das Land Schleswig-Holstein mit ihnen umgeht, gibt es genug: Referendarbezüge unter den Sozialhilfesätzen, **Fahrtkostenerschädigungen**, die gerade einmal die Hälfte des Satzes erreichen, den ausgebildete Lehrkräfte erhalten.

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave: Falsch!)

- Das stimmt nicht. 4 Pf gegen 27 Pf im letzten Jahr,

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave: Wir rechnen inzwischen in Euro!)

umgerechnet in Euro. Das ist genau die Zahl.

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave: Falsch!)

Sie steht sogar in den Unterlagen, die wir von Ihnen zu diesem Thema bekommen haben.

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave: Das ist falsch!)

- Selbstverständlich! 43 Pf wurden im letzten Jahr festgelegt für die ausgebildeten Lehrer, 24 Pf -

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave: Das ist falsch!)

das ist dann erhöht worden auf 27 Pf für die Referendare. So ist es.

Hinzu kommt, dass viele dieser jungen Lehrer zwischen Referendariat und der Einstellung in eine Lehrerstelle mit einer Zeit zurechtkommen müssen, in der sie ohne Job und ohne Einkommen sind.

In der Antwort auf eine von mir gestellte Kleine Anfrage hat die Landesregierung im März folgende Zahlen bekannt gegeben. Von den 224 Anwärterstellen im Bereich der beruflichen Schulen sind schon einmal 20 wegen Bewerbermangel vorab den Sonderschulen übertragen worden. Sie sind also gar nicht in die Besetzung hineingenommen worden. Von den übrig bleibenden konnten 13 Referendarstellen aus **Bewerbermangel** nicht besetzt werden. Es sind - das ist auch von der Kollegin Eisenberg schon genannt worden - 17 Berufsschulenlehrerstellen, also Vollzeitlehrerstellen aus Bewerbermangel nicht besetzt worden. Dadurch,

(Dr. Ekkehard Klug)

dass diese Stellen nicht besetzt werden können, spart das Land Geld. Selbstverständlich stünde dieses Geld für die unbesetzten Stellen zur Verfügung, um wenigstens die Jobs der Referendare attraktiver zu machen. Selbstverständlich gäbe es Finanzierungsmöglichkeiten.

Es gibt aber auch viele Punkte, in denen die Unzufriedenheit bei den jungen Lehrern gar nicht mit den Einstellungsbedingungen in finanzieller Hinsicht zusammenhängen. Auch der **Umgang mit Bewerbungen** und Bewerbern ist ein wunder Punkt. in der Personalpolitik unseres Kultusministeriums. Mir ist in dieser Beziehung einschlägige Kritik von einer ganzen Vielzahl von Betroffenen hervorgetragen worden.

Ich habe zum Beispiel Unterlagen über einen Fall erhalten, wie einerseits Schleswig-Holstein auf Bewerbungen reagiert und wie dies andererseits die Bezirksregierung Lüneburg handhabt. Nun kommt Frau Staatssekretärin Wolff-Gebhardt - sie sitzt heute leider nicht auf der Regierungsbank - von dort. Vielleicht könnte sich das Kultusministerium einmal bei der früheren Lüneburger Regierungspräsidentin danach erkundigen, wie der niedersächsische Regierungsbezirk mit Bewerbungen von jungen Lehrern umgeht.

Nach den Unterlagen, die mir vorliegen, sieht das so aus: Aus Lüneburg bekommt ein Bewerber auf eine Lehrerstelle geradezu postwendend eine Antwort mit genauen Hinweisen zum weiteren Prozedere und mit detaillierten Angaben zu voraussichtlichen Beschäftigungsmöglichkeiten in den verschiedenen Teilen des Regierungsbezirks. Aus Kiel kommt hingegen, und zwar erst nach erheblicher Wartezeit - das dauert etliche Wochen -, eine eher unpersönlich gehaltene Eingangsbestätigung und dann herrscht lange lange Zeit Funkstille. Welchem potenziellen Arbeitgeber schlägt da wohl eher Sympathie entgegen, dem in Niedersachsen oder dem Dienstherrn in Schleswig-Holstein? Vielleicht kann man sich jetzt direkt bei Frau Wolff-Gebhardt nach dem Vorbild in Lüneburg erkundigen.

Ein echtes Glanzlicht ist das Merkblatt für die Einstellung in den Schuldienst an berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein. Das kann man übrigens auch aus dem Internet - Stichwort: Bewerbungslosse - von der Internetseite des Ministeriums von Frau Erdsiek-Rave runterladen und anschauen. Interessant ist, was der geschätzte und, wie wir wissen, im Berufsschulbereich gar nicht so oft zu findende Bewerber alles beibringen soll, und zwar schon zur Bewerbung. Ich will Ihnen das einmal vortragen.

Neben dem üblichen Papierkram wie Bewerbungsbogen, tabellarischem Lebenslauf und einer Erklärung zu Vorstrafen sind folgende Dokumente - bei der Bewer-

bung! - einzureichen: Erklärung zur Staatsangehörigkeit mit amtlicher Bestätigung der Gemeinde, Geburtsurkunde im Original, Heiratsurkunde gegebenenfalls im Original, gegebenenfalls Geburtsurkunden der Kinder im Original. Zu folgenden Punkten werden amtlich beglaubigte Kopien und Abschriften verlangt: Schulabschlusszeugnis, Nachweise über Berufsausbildung, Nachweise über Berufstätigkeit, Nachweise über abgeleistete Praktika, Dienstbescheinigungen über Wehr- oder Zivildienst respektive Entwicklungshelfertätigkeit oder Freiwilliges Soziales Jahr, Nachweise für das erste und das zweite Staatsexamen oder die Diplomprüfung, gegebenenfalls Schwerbehindertenausweis, gegebenenfalls Nachweise über einen besonderen persönlichen sozialen Härtefall, gegebenenfalls Freigabe- und Dienstfähigkeitserklärung, falls der Bewerber bislang im Schuldienst eines anderen Landes tätig war. Wie gesagt, all dies soll man bei der Bewerbung vorlegen, nicht etwa dann - was selbstverständlich wäre -, wenn das Land sagt: dich wollen wir einstellen. - Bei der Bewerbung!

Ich habe Ihnen ein Dutzend Unterlagen - die kommen locker zusammen - aufgezählt, die der Bewerber im Original oder in Form von beglaubigten Kopien vorlegen muss. Stellen Sie sich einmal vor, was das für ein Zeit- und Kostenaufwand ist, den man allein für eine Bewerbung, für eine bloße Bewerbung in diesem Land auf sich nehmen muss. Einer der Betroffenen hat mir gesagt: „Ich habe mich aus diesem Grund in Schleswig-Holstein überhaupt nicht erst beworben.“ Er hat sich nämlich erkundigt, wie das in anderen Ländern gemacht wird. Auch in diesem ganz simplen Bereich könnte man vielleicht einmal in der Personalbearbeitung, im Personalbereich in Ihrem Ministerium etwas verbessern, Frau Erdsiek-Rave. Vielleicht könnte das in dem einen oder anderen Fall, in dem wir auf Bewerbungen angewiesen sind, dazu führen, dass man Schleswig-Holstein etwas freundlicher betrachtet.

Die Zeiten haben sich geändert. Es gibt nicht mehr die Situation, in der Massen von arbeitslosen jungen Lehrern vor verschlossenen Schultüren standen, wo sich die Behörden, die Schulverwaltung, die Ministerien einen Umgang mit den jungen Lehrkräften leisten konnten, der nicht darauf ausgerichtet war, um sie zu werben, sondern eher dem entsprach, was ich Ihnen anhand der genannten Beispiele geschildert habe.

Dieses Land muss sich umstellen. Es muss ein größeres Maß an Service und „Kundenfreundlichkeit“ gegenüber den jungen Pädagoginnen und Pädagogen geben, die sich überlegen, ob sie bei uns im Schuldienst tätig werden wollen. Ich könnte eine Fülle von Einzelfällen schildern, wie den eines aus Ungarn stammenden Musiklehrers, der zum Behufe der Anerkennung seines in seinem ursprünglichen Heimatland

(Dr. Ekkehard Klug)

erlangten Diploms eine eineinhalbjährige Odyssee - ich habe so einen Packen von Unterlagen - durch die verschlungenen Wege hiesiger Kultusbürokratie hinter sich gebracht hat, übrigens am Ende ergebnislos. Von Ihnen, Frau Erdsiek-Rave, wird sicherlich geantwortet werden, dass das betrübliche Einzelfälle seien. Mir drängt sich inzwischen aus der Vielzahl von Informationen, die sich in dieser Richtung ergeben haben, auf, dass es leider nicht Einzelfälle sind, sondern hier Verbesserungsbedarf, Änderungsbedarf in diesem Land dringend besteht.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Angelika Birk.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Frau Eisenberg, Herr Dr. Klug, wir messen die Opposition - und namentlich die FDP - daran, wie sie Bildungspolitik betreibt, wenn sie an der Regierung ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Hessen! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Dann messen Sie mal in Baden-Württemberg! Dann messen Sie mal in Hessen! Dann messen Sie mal in Rheinland-Pfalz!)

Meine Kollegin Heinold hat der FDP deshalb schon zu Recht empfohlen sich mit ihrer Kritik doch schleunigst als Kultursenator nach Hamburg zu bewerben, denn dort brennt es wirklich!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Heiner Garg [FDP]: Sie sind so umwerfend!)

Wenn nicht noch ein kleines Wunder geschieht, sollen in Hamburg demnächst an die 1.000 Lehrerstellen gestrichen werden. Das ist doch das eklatante Gegenteil von dem, was vor der dortigen Wahl versprochen wurde. Im Gegensatz dazu löst die Landesregierung Schleswig Holstein Schritt für Schritt die Versprechungen aus dem Koalitionsvertrag ein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Dr. Heiner Garg [FDP]: Da steht ja nichts drin!)

Auch in dieser Legislaturperiode werden insgesamt 1.200 neue Stellen für Lehrer geschaffen. Wir gehen

dabei neue Wege, um Lehrerinnen und Lehrer für die Zukunft zu gewinnen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das haben wir gerade gehört!)

Unsere Forderung, ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer sowie qualifizierte Fachleute aus verwandten Berufen und Disziplinen für die Arbeit an Schulen zu gewinnen, auch wenn sie schon in anderen Berufen arbeiten, erwies sich als goldrichtig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese grüne Forderung war richtig.

2.000 Bewerbungen von **Quereinsteigerinnen** und **Quereinsteigern**, darunter 800, die nach Ansicht der Bildungsbehörde ernsthaft in Frage kommen - was will man mehr? Hunderte von Bewerbungen bei der **Welcome-Back-Aktion**. 42 % der Bewerbungen stammen aus anderen Bundesländern. Das alles zeigt, dass Schleswig-Holsteins Schulsystem attraktiv ist. Nun erwarten wir allerdings, Frau Erdsiek-Rave, dass das Procedere der Einstellung durch Behörden und Schulen ebenfalls attraktiv wird. Mit Veränderungen der Laufbahnverordnung, Verträgen mit Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg und generell mit einer größeren Freizügigkeit von Lehrerinnen und Lehrern bundesweit hat das Land, wie die anderen Bundesländer, die ersten guten Maßnahmen eingeleitet.

Damit ist allerdings noch nicht genug getan. Herr Dr. Klug, ich denke, es ist für eine Plenardebatte nicht das Angemessenste, im Detail Tipps zu geben, wie das eine oder das andere Formular zu gestalten ist. Allerdings muss auch ich sagen, dass es Anlass zu Ihrer Kritik gibt. Auch wir haben Briefe von frustrierten Bewerberinnen und Bewerbern der Welcome-Back-Aktion oder der Quereinsteiger vorliegen.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb werden wir uns im Ausschuss sehr genau mit der **Laufbahnverordnung** auseinandersetzen müssen. Wir müssen uns fragen, ob das, was wir haben, genug ist und was wir tun können, um den auch von Ihnen, Frau Erdsiek-Rave, eingeräumten Problemen Rechnung zu tragen. Natürlich ist in den unterschiedlichen Landesteilen der Bedarf ebenso unterschiedlich ausgeprägt wie der Wille der Bewerberinnen und Bewerber dort hinzugehen. Hierzu hatte ich schon vor längerer Zeit vorgeschlagen, über die Internet-Präsenz zu versuchen, ein genaueres Bild des jeweiligen Fächerbedarfes in den einzelnen Landesteilen darzustellen. Ich weiß, dass das schwierig ist; ich weiß, dass ganz plötzliche Ereignisse diesen Bedarf verändern können. Trotzdem kann man gewisse Trends erkennen.

(Angelika Birk)

Ich finde es gut, dass auch die **Fortbildung** von Lehrerinnen und Lehrern im Schuldienst **für Mangelfächer** pragmatisch angegangen werden soll, und zwar von dem Institut für Lehrerfortbildung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich freue mich, dass die Einstellungswartelisten abgebaut wurden und dass wir mehr Referendarstellen haben. Auch das war eine Forderung von uns.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es zeigt sich, dass es richtig war, diese Forderung schnell umzusetzen. Nach wie vor müssen wir - das dokumentieren Sie ja auch, Frau Erdsiek-Rave - aber auch nach erfolgreichem Referendariat 403 **befristete Verträge** anbieten, weil diese Leute nicht sofort dauerhaft ins Beamtenverhältnis übernommen werden können. Das sind meistens Vertretungen für Lehrerinnen und Lehrer im Mutterschutz, im Erziehungsurlaub oder in der Elternzeit. Mein Ziel ist es, dass wir auch an diesem Punkt noch besser werden. Wir könnten die Situation entschärfen, indem diese Leute im laufenden Schuljahr feste Verträge angeboten bekommen. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darüber hinaus haben wir ein Thema zu diskutieren, das heute noch gar nicht angesprochen wurde. Ich halte es dennoch für sehr wichtig, und zwar gerade vor dem Hintergrund des von der Landesregierung vorgelegten Integrationskonzeptes, das im Bildungsbereich einen differenzierten Maßnahmenkatalog vorschlägt. Wir brauchen auch Pädagoginnen und Pädagogen, die selber einen **Migrationshintergrund** haben und diesen an unseren Schulen reflektieren. Wir brauchen sie insbesondere dort, wo wir eine stark multi-ethnisch zusammengesetzte Schülerschaft haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diesen Leuten - das Beispiel mit den ungarischen Musikern war ja nur eins von vielen - sind aufgrund von zum Teil noch nicht erfolgten Abstimmungen zwischen den Staaten über die **Anerkennung von Hochschulzeugnissen** hohe Hürden auferlegt. Ich glaube, wir müssen an diesem Punkt einen pragmatischen Weg finden, wenn wir diese Leute endlich an unseren Schulen sehen wollen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich will sie dort sehen; sie werden dort dringend gebraucht. Meist ist es doch so, dass sie durchaus an der Schule sind: in befristeten Verträgen, in ABM-Stellen und in allen möglichen anderen Arbeitsverhältnissen. Häufig setzen sich einzelne Kolleginnen und Kollegen

dafür ein, dass sie bleiben können. Aber ins Beamten- oder auch nur ins Angestelltenverhältnis und damit in den ordentlichen Unterricht dürfen sie nicht, weil sie nicht die erforderlichen Papiere vorlegen können.

(Präsident Heinz-Werner Arens übernimmt den Vorsitz)

Ich denke, wir müssen in diesem Bereich neue Wege finden, zum Beispiel wiederum über entsprechende Angebote an Quereinsteiger. Ich glaube, dass das möglich ist. Natürlich müssen wir uns dabei genau anschauen, was die Leute an Qualifikationen mitbringen, denn nicht jeder ist für alles geeignet. Wo ein Wille ist, ist aber auch ein Weg.

Nun komme ich auf den Antrag der Opposition zu sprechen. Auf jeden Fall unterstützen wir das Anliegen, die **Vergütung der Berufsschulreferendare** anzuheben. Hierfür hatten wir im Landtag im letzten Jahr einstimmig votiert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Wir hatten zwar einen anderen Weg vorgeschlagen, und dieser Weg wurde uns vom Bildungsministerium im Bildungsausschuss ja auch durchaus nahe gelegt. Nun wollen wir als Grüne aber Taten sehen, zumindest für diese Berufsgruppe. Dabei handelt es sich um eine relativ kleine Gruppe. Frau Erdsiek-Rave hat ja - dafür bin ich sehr dankbar - einige Haushaltsparameter angegeben, sodass wir wissen, was das kosten würde. Trotz der Haushaltsenge scheint mir das - ich bin jetzt vielleicht ein bisschen vermessen - auch bald finanzierbar. Ich setze dabei auf harte Verhandlungen zum Haushalt 2003. Ich bedauere außerordentlich, dass das für das Haushaltsjahr 2002 nicht - wie eigentlich vom Landtag vorgesehen - möglich war.

Es ist richtig: Es geht nicht allein um Geld. Wenn wir aber so schlecht bezahlen, dass jemand seine Verwandten anpumpen muss, um in Schleswig-Holstein arbeiten zu dürfen, dann stimmt irgendetwas nicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und SSW)

Mir geht es nicht darum, dass jemand nur aus Geldgründen in dieses Bundesland kommt, sondern darum, dass nicht jemand mangels Geld hier nicht arbeiten kann. Diesen Zustand müssen wir abstellen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Richtig!)

Mein Ziel ist es, das für Referendare insgesamt zu ändern. Vor über 25 Jahren habe ich als Referendarin in Hamburg mehr verdient als die jungen Leute heute. Dabei war das Gehalt damals auch gar nicht so üppig,

(Angelika Birk)

dass ich damit große Sprünge hätte machen können. So viel zum Thema Länderpolitik in dieser Frage. In diesem Bereich ist, auch von den Berufsverbänden, offensichtlich nicht an die jungen Leute gedacht worden. Denn sonst hätte ein solcher Rückschritt nicht passieren können.

Ich glaube, wir haben harte Haushaltsverhandlungen vor uns. Das gilt auch für das Thema Reisekostenvergütung.

(Beifall der Abgeordneten Sylvia Eisenberg [CDU])

Zwar haben wir in diesem Bereich einige Verbesserungen und ich danke der Frau Ministerin, dass sie diese ermöglicht hat, aber es leuchtet nicht ein, dass die Leute, die am wenigsten Geld haben, die geringsten Zuschüsse für Reisekosten bekommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Dazu sage ich einmal selbstkritisch: Wir reden ja gleich noch über unsere Diäten. Lassen Sie uns vielleicht doch lieber an dieser Stelle ein paar Pfennig bei der Reisekostenvergütung sparen, damit sie für diese jungen Leute zur Verfügung stehen.

(Lachen und Widerspruch bei SPD, CDU und FDP)

- Jetzt höre ich die Buh-Rufe. Hic Rhodos, hic salta! Dies wäre aber eine Geste, die Folgen zeigen würde.

(Beifall der Abgeordneten Sylvia Eisenberg [CDU] - Zurufe)

- Ich sehe, mein Vorschlag löst lebhaftere Debatten aus. Das ist immer so, wenn man selber Worten Taten folgen lassen muss.

(Klaus Schlie [CDU]: Nein! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Machen Sie das doch!)

Ich hoffe, dass die lebhaftere Debatte auch im Ausschuss Folgen zeigt und wir in den Haushaltsberatungen mit einer Stimme sprechen, wenn es um die Verbesserung der Situation von Berufsschulreferendaren geht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Bericht der Landesregierung über die Gewinnung von Lehrkräften gibt einen guten Überblick über die viel-

fältigen Maßnahmen, die ergriffen worden sind, um in den letzten Jahren den Bedarf an Lehrkräften bei steigenden Pensionierungszahlen und gleichzeitig steigenden Schülerzahlen in den Griff zu bekommen. Die Landesregierung unterstreicht zwar, dass die Situation beim Lehrerberuf zum Schuljahresbeginn 2001/2002 nicht so schlecht ist, wie sie manchmal in der Öffentlichkeit dargestellt wird - auch dazu ist heute schon einiges gesagt worden -, denn für die Einstellung in den Schuldienst lagen circa 3.400 Bewerbungen vor.

Hiervon wurden über 1.200 Lehrerinnen und Lehrer übernommen, während rund 400 Bewerber befristete Verträge erhielten. Also gab es circa doppelt so viele Bewerberinnen und Bewerber, wie sie im Land gebraucht werden. Auch für die nächsten Jahre rechnet das Bildungsministerium mit einem **Überhang an Bewerbungen**.

Dennoch gibt es aus Sicht des SSW überhaupt keinen Grund zur Entwarnung. Zum einen überdeckt die positive Lehrerberufsdeckung insgesamt, dass es in vielen Regionen und - bezogen auf bestimmte Fächer - sehr wohl schon heute große Probleme bei der **Besetzung** von Lehrerstellen gibt und dass die Klagen der Eltern über fehlende Unterrichtsversorgung lauter werden und lauter geworden sind, zum anderen wissen wir, dass Schleswig-Holstein mittelfristig Schwierigkeiten bei der Besetzung von Lehrerstellen bekommen wird. Alle Prognosen weisen in diese Richtung. Gerade deshalb hat das Bildungsministerium ja im letzten Jahr die Initiative zur Gewinnung von neuen Lehrkräften in Gang gesetzt. Ob nun alle Maßnahmen gleich sinnvoll sind, sei dahin gestellt.

So bewilligt die Landesregierung zum Beispiel seit dem 6. Juni 2001 keine Anträge mehr auf **Altersteilzeit** von Beamtinnen und Beamten - es sei denn, sie haben eine Schwerbehinderung mit einem Grad der Behinderung von mindestens 50 %. Auch das ist heute schon angesprochen worden. Es ist sicherlich noch zu früh zu sagen, welche Folgen diese Entscheidung für den Schuldienst haben wird.

Aber eines gebe ich doch zu bedenken: In seinen Bemerkungen 2001 hat der Landesrechnungshof darauf hingewiesen, dass gerade Lehrerinnen und Lehrer häufig wegen Dienstunfähigkeit frühpensioniert werden. Dafür gibt es zwar keine eindeutige Erklärung, aber man kann vermuten, dass gerade dieser Beruf doch bei einigen Lehrkräften langfristig zu Verschleißkrankheiten führt. Von daher muss die Frage erlaubt sein, ob die Abschaffung der Altersteilzeit in diesem Bereich nicht eher kontraproduktiv ist. Durch die Beibehaltung der Altersteilzeit gäbe es die Möglichkeit, die wöchentliche Belastung für diese Lehrer-

(Anke Spoorendonk)

gruppe zu reduzieren, damit sie so vielleicht länger im Schuldienst bleiben kann.

Positiv bewertet der SSW allerdings die Bemühungen, neue Lehrerinnen und Lehrer aus Ostdeutschland für Schleswig-Holstein anzuwerben; denn Länder wie Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern werden in den nächsten Jahren einen Lehrerüberhang bekommen. Hinzu kommt, dass der Beamtenstatus in Schleswig-Holstein für viele Bewerber aus diesen Bundesländern attraktiv ist. Wir erwarten also von der Landesregierung, dass sie sich weiter dafür einsetzt, die bürokratischen Hemmnisse bei der Übernahme von Lehrkräften aus Brandenburg und aus Mecklenburg-Vorpommern so weit wie möglich abzubauen.

Wir betrachten auch - das muss ich sagen - die so genannte „**Welcome-Back-Aktion**“ für ehemalige Lehrerinnen und Lehrer als eine gute Initiative, auch wenn bisher nur etwa 70 Lehrkräfte auf diese Art neu für den Schuldienst gewonnen werden konnten, und wenn es auch - laut Presseberichten und wir haben es auch von anderen gehört - bei der Umsetzung dieser Aktion einiges zu bemängeln gab. Ich meine, es ist wichtig, diese Kritik ernst zu nehmen, und ich meine, es ist wichtig, auch dem Ministerium zu sagen, dass mehr Dienstleistung und weniger Behörde angebracht ist.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Naturgemäß sind die Maßnahmen zur Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung und der Abbau von Ausgleichsstunden, was ja zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung an den Schulen beiträgt und somit rein rechnerisch die Anzahl der Lehrerstunden erhöht, von den Gewerkschaften und den Lehrerverbänden nicht gerade mit Freude begrüßt worden. Allerdings ist Schleswig-Holstein nicht das einzige Land, in dem eine **Verlängerung der Arbeitszeit** angeordnet wird. Auch ich sage: Siehe das Beispiel Hamburg!

Wer aber einerseits - das möchte ich hinzufügen - den **Beamtenstatus** fordert und somit höhere Bezahlung und bessere Pensionsbedingungen bekommt, muss andererseits auch die negativen Seiten dieses Status akzeptieren. Dazu gehört, dass die Unterrichtsverpflichtung für beamtete Lehrkräfte per Beschluss der Landesregierung erhöht werden kann. Man muss also beides sehen.

Vor dem Hintergrund der Arbeitszeitverlängerung hat es auch eine erregte Diskussion darüber gegeben, ob die Landesregierung ihre Zusage aus dem Wahlkampf eingehalten hat, in diesem Jahr 200 neue Lehrerinnen und Lehrer einzustellen. Natürlich hat die GEW nicht Unrecht, wenn sie die Rechnung aufmacht, dass von

den versprochenen 200 neuen Lehrerstellen 78 nicht besetzt werden, da diese nur auf dem Papier als so genannte Bewirtschaftungsreserve bestehen.

(Beifall bei der FDP)

Aber für den SSW ist entscheidend, dass die Schülerinnen und Schüler dieses Jahr tatsächlich einen **Mehrunterricht** in Höhe der versprochenen 200 Lehrstellen bekommen. Das wird durch die Verlängerung der Arbeitszeit und durch Neueinstellungen sichergestellt. Allerdings dürfen wir nicht blauäugig sein. In Zukunft muss mehr in die Unterrichtssituation der schleswig-holsteinischen Schulen investiert werden. Nur so wird es uns langfristig gelingen, die angesprochenen Probleme in den Griff zu bekommen.

Ich komme jetzt noch zu dem CDU-Antrag, auch wenn dazu heute das Meiste schon gesagt worden ist. Es ist richtig, diesen Antrag ernsthaft zu prüfen. Ich finde es auch richtig, dass wir uns im Bildungsausschuss noch einmal mit den Detailfragen auseinander setzen. Ich kann auch nur bestätigen, dass natürlich andere Faktoren eine genauso große Rolle spielen, wenn es darum geht, Lehrkräfte zu gewinnen. Aber dennoch gibt es Probleme. Ich denke auch, dass wir diese Probleme dann am besten einvernehmlich lösen sollten. Dabei wissen auch wir natürlich, dass das Problem die Landeskasse sein wird. Das ist ja - das wissen Sie ebenfalls - kein unwesentlicher Gesichtspunkt. Von daher können wir den Referendaren auch nicht das Blaue vom Himmel versprechen, aber ich denke, wir sollten weiter daran arbeiten, hier zu einer guten Lösung zu kommen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Lars Harms [SSW], Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jutta Schümann [SPD])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat die Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Forschung.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist schon manchmal mit diesen Debatten hier eine Crux. Es sind immer die gleichen Rituale, die hier ablaufen. Die Opposition malt schwarz, keine Maßnahme taugt etwas,

(Beifall der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD])

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

es ist alles Blödsinn, nichts bewirkt etwas, nur Missstände werden aufgezeigt. Sie würden es einem wirklich auch leichter machen

(Sylvia Eisenberg [CDU]: Dafür sind wir nicht hier!)

- nein, aber mein Satz ist auch noch nicht zu Ende; Fehler und Missstände sind natürlich auch einzugestehen und natürlich ist auch nicht alles zum Besten bestellt -, wenn Sie sich nicht immer nur hier hinstellen würden und alles, aber auch wirklich alles mies machen würden

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Thorsten Geißler [CDU]: Jetzt ist sie beleidigt!)

- nein, ich bin gar nicht beleidigt - und auch nicht immer alles Heil in der einen Lösung, nämlich mehr Geld, suchen würden, jedoch immer den Nachweis schuldig blieben, woher das Geld denn kommen soll. So einfach haben Sie es sich eben schon bei der Klinikdiskussion gemacht und jetzt wieder das Gleiche.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Jost de Jager [CDU]: Das stimmt doch gar nicht! - Weitere Zurufe von der CDU)

Ich stehe ja überhaupt nicht an zu leugnen - ich weiß es auch aus eigener Erfahrung und aus der Erfahrung in der Familie -, dass Referendare schlecht bezahlt werden. Übrigens: Im Justizbereich werden sie noch schlechter bezahlt.

(Thorsten Geißler [CDU]: Ja, das ist ganz schlimm!)

Das sind auch 25- bis 28-jährige junge Leute, die das betrifft. Das ist ein genereller Missstand, finde ich. Der betrifft den Nachwuchs im öffentlichen, im staatlichen Bereich und wir müssen uns hier grundsätzlich fragen, ob das so richtig ist, was wir da mit dem Nachwuchs machen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD)

- Ja, natürlich.

Aber das ist eine Debatte, die dürfen nicht nur die Bildungspolitiker führen, sondern die betrifft auch die Finanzpolitiker und die betrifft die Innenpolitiker, die betrifft uns alle miteinander.

Meine Damen und Herren, ich würde in den **Mangelfächern** natürlich gern und sofort den Referendaren diese Zuschläge zahlen. Aber ich habe das Geld nicht im Haushalt. Wenn es in den nächsten Haushalt kommen soll, müssen wir uns alle miteinander gewaltig anstrengen. So ist doch die Lage. Nun werfen Sie mir

doch nicht vor, dass ich das Geld nicht plötzlich aus der Tasche ziehen kann. Das muss ordnungsgemäß in den nächsten Haushalt. Ich hoffe, dass uns das zumindest ein Stück weit gelingen wird.

Nun zu Ihrem Missverständnis, Frau Eisenberg, was **Ländertauschverfahren** und **Abgabeverfahren** Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern angeht! Ländertauschverfahren ist etwas anderes; das ist eine Erleichterung für diejenigen, die schon lange nach Schleswig-Holstein wollen, aber dies aus Gründen der bürokratischen Hemmnisse zwischen den Bundesländern - das ist auch ein Föderalismusproblem - eben nicht gekonnt haben. Das ist in Zukunft viel einfacher.

Weil die Nachfrage nach Schleswig-Holstein erheblich größer ist als umgekehrt, versprechen wir uns davon nicht zu Unrecht etwas. Lieber Herr Kollege, Schleswig-Holstein ist ein attraktives Bewerbungsland. Das mag Ihnen irgendwie nicht gefallen, aber es ist wirklich so,

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Deshalb haben Sie auch lauter unbesetzte Referendarstellen!)

dass bis zu 40 % aller Bewerber aus anderen Bundesländern kommen. - Das ist auch so ein Ritual, wenn Sie jetzt wieder mit den nicht besetzten Referendarstellen kommen. 70 Quereinsteiger, die ins Referendariat gehen, oder 90 Quereinsteiger, die wir für die andere Maßnahme gewonnen haben, sind immer ganz wenig, aber 13 oder 23 nicht besetzte Referendarstellen sind ganz viel. - Diese Logik kann ich nicht verstehen. Da muss man ehrlicher miteinander umgehen. Natürlich haben wir nicht besetzte Referendarstellen in bestimmten Mangelfächern. Darüber haben wir hier die ganze Zeit geredet, wie wir diesem Missstand abhelfen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Ich stehe auch nicht an einzugestehen, dass im Bürokratieapparat natürlich manches anders laufen könnte, besser laufen könnte und dass natürlich auch das, was Sie als generellen Perspektiven- oder Haltungswechsel beschrieben haben, richtig ist. Trotzdem lasse ich hier die Mitarbeiter nicht mies machen, die mit 2.000 Anrufen und Bewerbungen zu tun hatten und Überstunden noch und noch gemacht haben, um das zu bewältigen. Die muss ich in Schutz nehmen. Wir sollten dabei immer beide Seiten hören, auch diejenigen, die mit den Alltagsproblemen zu tun haben.

Was die Bewerbungsbögen und -unterlagen angeht - das werden wir uns angucken. Ich weiß nicht, ob es wirklich so ist, wie Sie sagen. Vielleicht kann man da im Verfahren etwas ändern.

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

Ich bin offen für solche Kritik. Aber bitte nehmen Sie das nicht insgesamt, um den Bewerbungsstandort, das Land, den Schuldienst in Schleswig-Holstein abzuqualifizieren und damit das Gegenteil von dem zu erreichen, was wir gemeinsam erreichen wollen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Eisenberg.

Sylvia Eisenberg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erstens finde ich es sehr positiv - wenn es denn so sein sollte -, dass sich die Fraktionen bei den nächsten Haushaltsberatungen jedenfalls zum Teil einig darin sind, dass die Berufsschullehreranwärter einen Zuschlag bekommen. Ich hätte es allerdings besser gefunden, Frau Birk, dass Sie diesen Antrag durchaus hätten früher stellen können, wenn Sie auch dieser Meinung sind. Nun haben wir den Antrag gestellt. Wenn er auf Zustimmung trifft, bin ich einverstanden.

Zweitens. Frau Erdsiek-Rave, die Kritik am Ministerium darf man nicht immer als Kritik an den Mitarbeitern verstehen. Das mögen Sie so verstehen. Ich verstehe die Arbeit des Ministeriums so, dass Sie sie als Leiterin des Ministeriums zu verantworten haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das immer auf die Mitarbeiter abzuleiten, scheint mir nicht sinnvoll. Das lenkt von der Verantwortlichkeit ab. Das finde ich nicht in Ordnung.

(Beifall bei CDU und FDP)

Drittens. Natürlich ist es auch so, dass die Landesregierung ihre Politik und dass die Regierungsfaktionen ihre Politik immer positiv darstellen. Ich habe in diesem Haus, solange ich hier bin, keine Kritik von den Regierungsfaktionen an der Regierung gehört,

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Außer von Frau Birk! Das muss man einräumen!)

- ganz vorsichtig -, zumindest keine Kritik, die sich in irgendeiner Art und Weise ausgewirkt hat, wenn ich das einmal so vorsichtig formulieren darf.

(Klaus Schlie [CDU]: So viel zum Thema Ritual!)

Ich habe natürlich auch selten - das gebe ich gern zu - etwas Positives über die Arbeit der Regierung vonseiten der Opposition gehört.

(Zurufe von der CDU: Das fällt auch schwer!)

- Aber das ist auch schwer.

Wenn wir hier über Schulen und Interna von Schulen reden, gehe ich immer davon aus, dass Schulen und Kultur in diesem Lande einer der wesentlichen Punkte sind, wofür das Land selbst zuständig ist. Kritik trifft hier das Land Schleswig-Holstein und damit speziell die sie tragende Regierung. Dass Sie hier die Verhältnisse in den Schulen so positiv darstellen, dafür mögen Sie vielleicht Ihren guten Grund haben. Manchmal glaube ich - ich weiß das zumindest von den beruflichen Schulen, Frau Erdsiek-Rave, weil ich fast die Hälfte der beruflichen Schulen im Laufe der letzten eineinhalb Jahre besucht habe -, Sie leiden bei Ihrer positiven Darstellung schlicht und ergreifend an Wahrnehmungsstörungen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

(Widerspruch bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Es lagen keine Wortmeldungen mehr vor. Damit schließe ich die Beratung.

(Anhaltender Widerspruch bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist beantragt worden, den Antrag an den Fachausschuss zu überweisen. Ich schlage Ihnen vor, den Bericht zur abschließenden Beratung an den Fachausschuss zu überweisen. Ich lasse das in einem Durchgang abstimmen. Wer ist damit einverstanden, dass wir beide Drucksachen an den Fachausschuss überweisen?

(Unruhe bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ich werde die Abstimmung wiederholen lassen; ich habe ein unklares Bild.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir wollen noch keine Abstimmung!)

Ich frage noch einmal: Wer der Überweisung an den Fachausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Will die SPD nicht mitstimmen?

(Thorsten Geißler [CDU]: Die SPD beteiligt sich nicht an der Abstimmung! - Weitere Zurufe)

- Entschuldigung, wir sind jetzt in der Abstimmung.

(Präsident Heinz-Werner Arens)

Ich habe festgestellt, dass keine weiteren Wortmeldungen vorlagen.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weil Sie blind sind! - Anhaltende Unruhe)

Wir sind jetzt in der Abstimmung. Ich schlage vor, beide Drucksachen an den Ausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Wir haben einstimmig so beschlossen.

(Anhaltende Unruhe bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bevor ich Tagesordnungspunkt 37 aufrufe, will ich Sie darauf hinweisen, dass in der Lobby ein Info-Stand von „Schüler Helfen Leben“ aufgebaut ist. Da sollte man einmal vorbeigehen. Für den Aktionstag werden noch Praktikumsplätze gesucht.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 37 auf:

Bericht über die Aktivitäten zur Bekämpfung der Fremdenfeindlichkeit und des Rechtsextremismus

Landtagsbeschluss vom 16. November 2001
Drucksache 15/1306

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/1793

Ich will gern der Landesregierung das Wort erteilen, aber ich sehe, sie ist nicht sprechfähig.

(Ministerin Erdsiek-Rave: Der Aufruf war für heute Nachmittag vorgesehen! - Unruhe)

Wir werden aber nicht ohne eine entsprechende Berichterstattung durch die Landesregierung hier reden können. Deshalb gibt es eine kurze Zeit, um den Herrn Innenminister hierher zu beordern und ihn Bericht erstatten zu lassen.

(Unruhe)

- Zur Geschäftsordnung, Herr Abgeordneter Hay!

Lothar Hay [SPD]:

Ich bitte, den Tagesordnungspunkt, den Sie aufgerufen haben, mit dem Tagesordnungspunkt zu tauschen, der als nächster vorgesehen ist.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Die Fraktionen haben vereinbart, dass jetzt Tagesordnungspunkt 37 aufgerufen wird. Wir können einen Studententagesordnungspunkt nicht mehr aufrufen; das ist nicht mehr möglich.

(Heinz Maurus [CDU]: Wo ist denn der Innenminister? - Unruhe)

Meine Damen und Herren, wir können uns in dieser Situation nur helfen, wenn wir jetzt Tagesordnungspunkte ohne Aussprache aufrufen. - Herr Abgeordneter Kayenburg!

Martin Kayenburg [CDU]:

Die Tagesordnungspunkte ohne Aussprache sind erledigt. Meine Fraktion schlägt vor, dem Vorschlag des Kollegen Hay zu folgen und Tagesordnungspunkt 30 - Entwicklung der Gesamtschulen - vorzuziehen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Man scheint sich darauf verständigt zu haben. Ich stelle Tagesordnungspunkt 37 zunächst zurück und rufe erst einmal Tagesordnungspunkt 30 auf:

Entwicklung und Perspektiven der Gesamtschulen in Schleswig-Holstein

Landtagsbeschluss vom 13. Dezember 2001

Drucksache 15/1422

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/1660

Zur Berichterstattung erteile ich jetzt der Frau Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur das Wort.

(Claus Ehlers [CDU]: Gesamtschulen haben keine Perspektive! - Heinz Maurus [CDU]: Jetzt ist der Innenminister da!)

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege, es tut mir Leid, aber nun kommen Sie doch eine Minute zu spät.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, eigentlich sprechen die Schlagzeilen schon für sich. Ich zitiere: „Riesenrun auf die IGS“ - „Holsteinischer Courier“ vom 27. Februar - oder „PISA-Studie löst Ansturm auf Lübecks Gesamtschulen aus“ „LN“ vom 2. März -; und das waren keineswegs Sonderfälle, die ich hier zitiere. Landesweit übersteigt in diesem Jahr erstmals die Nachfrage nach **Gesamtschulplätzen** die vorhandenen Kapazitäten um ungefähr 50 %. Bisher waren es 40 %. In diesem Schuljahr besuchen rund 16.400 Schülerinnen und Schüler eine der 23 Gesamtschulen. Das sind 8 %. Mit 4.628 Schülern liegt die Zahl der Anmeldungen für das kommende Schuljahr um 438 höher als im letzten Jahr. Das sind die absoluten Zahlen.

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

Auffallend ist die 50-prozentige Steigerung bei den **gymnasialempfohlenen Schülerinnen und Schülern**, deren Anteil in den Eingangsklassen sich damit auf 21 % erhöht hat. Ich finde, das ist eine positive Entwicklung. Das gestiegene Elterninteresse an Gesamtschulplätzen spiegelt sich auch bei den Schulträgern wider. Kropp und Tornesch - Bad Bramstedt hat inzwischen anders entschieden - sind interessiert an der Einrichtung von Gesamtschulen. Ich füge hinzu: von kooperativen Gesamtschulen. Das scheint ein neuer Trend zu sein. In Reinfeld nimmt bereits im nächsten Jahr eine neue **kooperative Gesamtschule** ihren Betrieb auf. Es ist so, Gesamtschulen sind aus pädagogischer Sicht für viele Eltern attraktiv, sie sind es aber auch aus schulplanerischer Sicht dann, wenn es um einen effizienten Lehrereinsatz und eine effiziente Schulraumnutzung geht. Ich sehe das so, wenn ich mir das Beispiel Kropp ansehe oder eben andere Initiativen zur Errichtung von kooperativen Gesamtschulen: Man möchte einen Standort erhalten und man möchte gerne ein gymnasiales Angebot auch da, wo es für ein eigenständiges Gymnasium nicht reicht. Dies ist legitim und nachvollziehbar, und deswegen denke ich, dass sich der Trend zu kooperativen Gesamtschulinitiativen noch verstärken wird.

Bei der Elternentscheidung spielt offenbar auch gerade seit Veröffentlichung des PISA-Berichts das ausgezeichnete Abschneiden von Ländern mit integrierten Schulsystemen eine Rolle. Das lesen die Eltern, das nehmen sie wahr und dementsprechend glauben sie ihre Kinder dort gut aufgehoben.

Meine Damen und Herren, Schulen sind generell keine festen Systeme, sie müssen **flexible Lernorte** sein, und ich meine das im Doppelsinne, also Orte, an denen man lernt, und Orte, die selbst lernen und sich weiter entwickeln. Diese Dynamik - das muss man wirklich anerkennend und lobend feststellen - gilt für Gesamtschulen ganz besonders. Die Bereitschaft zum Beispiel, sich an Modellversuchen oder **innovativen Entwicklungen** zu beteiligen, ist an Gesamtschulen ganz besonders ausgeprägt. Die guten Ergebnisse wirken sich dann auch auf Qualität, Standard und Erfolg des Unterrichts aus. Wir werden in anderem Zusammenhang noch darüber sprechen. Der **ganzheitliche Bildungsbegriff** führt zu einer sehr engagierten Elternbeteiligung. Auch das ist gesamtschultypisch. Es ist natürlich nicht so, dass das an anderen Schulen nicht der Fall wäre, aber das Elternengagement ist an den Gesamtschulen besonders hoch, übrigens auch in ganz praktischen Fragen, etwa dem Betreiben von Cafeterien und Mittagstischen und anderen Angeboten im Rahmen des Ganztagsbetriebes.

17 von 23 Gesamtschulen sind **Ganztagschulen**. Dabei geht es den Eltern oft nicht nur um den Betreu-

ungsaspekt, sondern auch um besondere Förderkonzepte. Die Schüler steigen ohne Sitzenbleiben auf. Eine entsprechende Diagnostik führt zur angemessenen Eingruppierung in das sehr ausdifferenzierte System.

Die umfangreiche Datenerhebung des vorgelegten Berichts macht deutlich, dass die Arbeit der Gesamtschulen keineswegs stattfindet in einer Art konkurrenzfreiem Schonraum. Das ist nicht der Fall, im Gegenteil, nach wie vor ist diese Schulform einem hohen Rechtfertigungsdruck ausgesetzt.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Ja, natürlich, das wirkt sich im Grunde auch positiv aus, Herr Kayenburg. Das wirkt sich auf die Arbeit dort positiv aus, deswegen können sich die Gesamtschulen auch ohne Scheu dem gegliederten Schulsystem stellen. Die Leistungen können mithalten mit denen des dreigliedrigen Systems. Wenn Sie sich etwa die Ergebnisse der PISA-Studie ansehen, gibt es auch im dreigliedrigen System sehr viel Überschneidungen zwischen den Leistungen im oberen Segment der Realschulen und im unteren Segment der Gymnasien. Es gibt also sehr viel Überschneidung innerhalb der Systeme. Ich glaube, die einfachen Vorstellungen, die wir uns früher gemacht haben, müssen wir ein Stück revidieren.

Die **Schulversagerquote** an den Gesamtschulen ist sehr gering, und das offene System von Leistungs differenzierung führt zur erwünschten **Durchlässigkeit**. 30 % verbessern ihre Abschlüsse gegenüber dem Grundschulgutachten.

(Beifall der Abgeordneten Renate Gröpel [SPD])

Ich muss aber dazu sagen, Frau Kollegin, diese Verbesserung der Abschlüsse gegenüber der Prognose gilt auch in den anderen Schularten. Daraus kann man den Schluss ziehen, es gibt an der Gesamtschule nichts geschenkt. Auch an dieser Gesamtschule findet Verbesserung statt.

(Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, ich komme zum Schluss.

Auch beim Abitur bewegt sich das Leistungsspektrum, so will ich es formulieren, in derselben Bandbreite wie bei den Gymnasien. Für das Niveau der Grund- und Leistungskurse gilt dies auch. Es gibt umfangreiche Kooperationen zwischen den Oberstufen. Ich finde, das sollte noch zunehmen. Ich glaube, man kann als Fazit sagen, die Gesamtschulen können sich heute nicht nur selbstbewusst präsentieren, sondern sie stel-

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

len insgesamt auch eine Bereicherung unseres Schulsystems dar.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke der Frau Ministerin für den Bericht und eröffne jetzt die Aussprache und erteile zunächst das Wort Herrn Abgeordneten de Jager.

Jost de Jager [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Problem mit PISA ist, dass man jedes Argument daraus herleiten kann und im Regelfall auch das genaue Gegenteil. Die Grünen haben sich vorgenommen, als Antwort auf die PISA-Studie nun ausgerechnet den Ausbau des Gesamtschulwesens in Schleswig-Holstein zu fordern. Das ist der Hintergrund dieses Berichts, dafür wollten sie offenbar passendes Datenmaterial haben.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Den Bericht haben wir schon vor PISA gefordert!)

Mit diesem Bericht verhält es sich so wie mit der PISA-Studie, man kann alles daraus ableiten, eben auch das genaue Gegenteil. Der Bericht führt zum Beispiel an, dass es 40 % mehr **Anmeldungen** als Plätze an Gesamtschulen in Schleswig-Holstein gibt. Die Grünen werten das als Indiz für die große Attraktivität und den Erfolg der Gesamtschulen in Schleswig-Holstein. Zunächst gilt es aber festzuhalten, dass diese große Nachfrage bei weitem nicht flächendeckend besteht, sondern nur an einzelnen Gesamtschulen. Der **Bewerberandrang** unterscheidet sich von Schule zu Schule ganz erheblich. Es ist zwar richtig, dass etwa die Geschwister-Prenski-Schule in Lübeck drei Mal so viele Bewerber hat, wie sie aufnehmen kann, oder die IGS in Neumünster-Brachenfeld, die doppelt so viele Bewerber wie zur Verfügung stehende Plätze hat. Da gibt es aber auch Schulen wie Barsbüttel, wo es genauso viele angemeldete wie aufgenommene Schüler gibt. Von einem Bewerberandrang ist dort nicht zu sprechen, und ziemlich ähnlich ist das Bild auch in Trappenkamp, zumal die Anmeldezahlen allein noch gar kein Indikator an sich sind. Ein Schuh wird erst draus, wenn man die Anmeldezahlen ins Verhältnis zu den Schulartempfehlungen für die angemeldeten Schüler setzt und mit der Schulart der abgelehnten Schülerinnen und Schüler vergleicht. Dann ergibt sich ein ganz anderes Bild, zum Beispiel bei der bereits zitierten Geschwister-Prenski-Schule. Dort haben sich laut Kleiner Anfrage der Kollegin Eisenberg vom 1. September vergangenen Jahres, Drucksache 1217, im Schuljahr 2001/2002 zwar 144 Schüler mit Haupt-

schulabschluss angemeldet - das entspricht einem Anteil von 44 % -, aufgenommen wurden allerdings nur 29, und das entspricht einem Anteil von 29,6 %. Hingegen haben 41 Schüler eine Gymnasialempfehlung, also 12,5 %, aufgenommen wurden aber nur 32, was einem prozentualen Anteil der aufgenommenen Schüler von 32,7 % entspricht. Zusammenfassend ist als Trend zu beobachten, einen Bewerberüberhang an Gesamtschulen gibt es vor allem bei Schülerinnen und Schülern mit einer Hauptschul- beziehungsweise einer Realschulempfehlung.

Das bringt mich zu der von den Gesamtschulen selbst als Anspruch erhobenen **Dritteltung der Schularartempfehlung**. Annähernd erreicht wird diese nur bei den Gesamtschulen mit einem Bewerberüberhang, bei den anderen nicht. Zum Beispiel Barsbüttel: 55 % der im Schuljahr 2001/2002 aufgenommenen Schülerinnen und Schüler hatten eine Hauptschulempfehlung, lediglich 4,5 % eine Gymnasialempfehlung; oder Norderstedt: 58 % eine Hauptschulempfehlung, nur 4 % eine Gymnasialempfehlung; in Trappenkamp und in anderen Gesamtschulen findet sich ein ganz ähnliches Bild. Als Fazit kann man deshalb feststellen, dass Gesamtschulen insbesondere bei Schülerinnen und Schülern und ihren Eltern attraktiv sind, die hoffen, an einer Gesamtschule einen Schulabschluss erreichen zu können, der über der eigenen Schularartempfehlung liegt.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist das verwerflich?)

Das ist eine Hoffnung, die sich übrigens auch oft erfüllt. So haben im landesweiten Schnitt laut Bericht 18 % der Gesamtschüler bei ihrer Einschulung eine Gymnasialempfehlung, aber 27 % machen das Abitur. Das passt nicht zusammen. Dagegen haben bei der Einschulung 35 % eine Hauptschulempfehlung, aber nur 28 % machen tatsächlich einen Hauptschulabschluss. Ähnlich verhält es sich bei den Realschülern. Die Grünen ziehen daraus die bemerkenswerte Schlussfolgerung, dass 43 % der **Grundschulgutachten** falsch sind und dass man den Erfolg der Gesamtschulen daran erkennen kann, dass 30 % der Kinder einen höheren Abschluss erreichen als ursprünglich gedacht. Das ist Logik nach PISA.

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Wir ziehen haargenau den Umkehrschluss daraus. Für uns bestätigen diese Zahlen die schlimmsten Befürchtungen. Sie sind ein weiterer Grund, weshalb wir nicht nur Vergleichsarbeiten fordern, sondern auch zentrale Abschlussprüfungen für alle weiterführenden Schulararten.

(Beifall bei der CDU)

(Jost de Jager)

Es bleibt abzuwarten, ob diese Zahlen unter der Vorgabe der **zentralen Prüfung** tatsächlich Bestand haben werden. Die Aussagefähigkeit dieser Zahlen lässt sich nur mit echten Zulassungsvergleichen nach klaren Leistungskriterien einschätzen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich in der Kürze der verbliebenen Redezeit noch einen anderen Aspekt ansprechen. Wer wie die Grünen die Ausweitung des Gesamtschulangebots fordert, der muss immer auch an die **Kosten** denken. Eine Neugründung von Gesamtschulen belastet vor allem die kommunalen Haushalte in beträchtlicher Höhe. Als Beispiel dafür sei auf die rapide Kostenentwicklung der Gesamtschule in Pansdorf verwiesen. Der ursprünglich angesetzte Kostenrahmen von 15 Millionen bis 25 Millionen DM hat sich mittlerweile in einen Voranschlag von 23 Millionen € verwandelt. Das muss natürlich überwiegend vom Kreis bezahlt werden, immerhin 8 Millionen € aber auch vom Land.

Lassen Sie mich zum Schluss einen weiteren Gedanken hinzufügen: Wir brauchen auch deshalb keine neuen Gesamtschulen in Schleswig-Holstein, weil wir als CDU-Fraktion auch den Gemeinden davon abraten, die gern vor Ort ein eigenes Gymnasium oder eine eigene Realschule hätten. Das möchte ich in Bezug auf das anmerken, Frau Erdsiek-Rave, was Sie zu Kropp gesagt haben.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. - Die Gefahr, dass die Schulen leer stehen, wenn sie fertig sind, ist zu groß. Deshalb sagen wir aus schulpolitischen wie aus demografischen Gründen Nein zu weiteren Gesamtschulen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Höppner das Wort.

Dr. Henning Höppner [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zum Schuljahr 2001/2002 haben Eltern für 352 Kindern an der Gesamtschule in Brachenfeld Aufnahme beantragt. Das sind rund 200 mehr, als die Schule aufnehmen konnte. An der Geschwister-Prenski-Schule in Lübeck konnten im Jahre 2001 bei 328 Anmeldungen 98 Schülerinnen und Schüler aufgenommen werden. Für dieses Schuljahr haben sich an dieser Lübecker Gesamtschule mehr als 420 Schülerinnen und Schüler um Aufnahme beworben.

Insgesamt waren im Jahre 2001 die **Anmeldezahlen** mit 4.118 bei möglichen Aufnahmen von 2.428 Schülerinnen und Schüler so hoch wie nie zuvor. Dieses Jahr gab es noch eine weitere Steigerung. Man ist durchaus geneigt, dies als die Erfolgsstory der Gesamtschule zu beschreiben, wenn wir nicht andere Probleme - auch die im Zusammenhang mit der PISA-Studie - zu lösen hätten.

Einem Phänomen, das auch die PISA-Studie unserem Schulsystem insgesamt zuschreibt, nämlich der mangelhaften **Chancengleichheit** innerhalb des gegliederten Systems, begegnen die Gesamtschulen mit ihrem Konzept. Die Forderung nach einer Schule für alle Kinder ist aus diesen Gründen und nach den Ergebnissen der Studie durchaus nachdrücklich.

Wir haben zur Kenntnis zu nehmen, dass in der Orientierungsstufe eine **schulartübergreifende Kooperation** nicht stattfindet. Die Orientierungsstufe beschreibt heute in den unterschiedlichen Schularten de facto die Schulartklassen fünf und sechs und die Möglichkeit der Aussortierung nach unten. Dass dies zu einem großen Anteil aufgrund der Nichtbeachtung der Schulartempfehlung zustande kommt, wollen wir hier gar nicht leugnen. Aber Eltern wollen bei der Entscheidung für die weiterführende Schule für ihre Kinder eine möglichst offene Chance haben, eine Chance für das Kind, dessen Leistungsverhalten sich im Laufe seiner Entwicklung durchaus anders darstellen kann, als es zum Beispiel im Schulgutachten vorhergesagt ist.

Dass dies an den Gesamtschulen funktioniert, zeigen die erreichten **Abschlüsse**: In den Gesamtschulen erreichen im Vergleich zu den Schulartempfehlungen die Schülerinnen und Schüler zu 30 % höhere Abschlüsse, als nach dem Grundschulgutachten zu vermuten ist.

Einem Argument, das immer wieder angeführt wird, sollten wir hier begegnen: den mangelnden Anteil an Gymnasialempfehlungen. Wir haben zur Kenntnis zu nehmen, dass auch an den Realschulen viele sich für den Besuch der gymnasialen Oberstufe qualifizierten Schüler die Schule beenden.

(Beifall bei SPD und SSW)

Ansonsten hätten wir nicht die starken Fachgymnasien im Lande. Die Leistungsfähigkeit der Oberstufen an den integrierten Gesamtschulen wird wesentlich durch die Aspekte der schulartübergreifenden Kooperation bestimmt.

Die Ergebnisse der PISA-Studie lassen insbesondere aufgrund des Vergleichs mit den in der Rankingliste vor uns liegenden skandinavischen Staaten - Finnland, Schweden und Dänemark - mit ihren Einheitsschulen

(Dr. Henning Höppner)

bis zur Klasse neun den Ruf laut werden nach einer **Reform** unseres Bildungssystems in **Richtung Gesamtschulen**. Nun müssen wir feststellen, dass die skandinavischen Schulen die Einheitsschulen aus anderen Gründen vorhalten. Es sind vor allem die geografischen Bedingungen, die dünne Besiedlung und die riesigen Einzugsbereiche, die ein gegliedertes Schulwesen kaum zulassen. Die Ganztagsbetreuung der Schülerinnen und Schüler mit Beköstigung findet in Finnland und Schweden auch aus anderen Gründen statt.

Die Gesamtschulen sind aber auch aus diesem Grund - **Ganztagsbetreuung** - zu ausgesprochenen Wunschschulen der Eltern geworden. Das machen die Anmeldezahlen sehr deutlich. Nach den Anmeldezahlen könnten wir in diesem Land 17 Gesamtschulen mehr gebrauchen. Dennoch ist der Weg zur Gründung einer Gesamtschule für den Schulträger ausgesprochen schwierig und mit vielerlei zu überwindenden Hürden versehen. Hier hat sich der Verfahrensweg in den vergangenen drei Jahrzehnten nicht geändert. Nach wie vor muss der **Elternwille** zum Besuch der Gesamtschule durch entsprechende schriftliche Dokumentation erklärt werden. Selbst unter solchen Voraussetzungen funktioniert der Gründungsvorgang nur, wenn sich nach den entsprechenden schulgesetzlichen Regelungen auch ein Schulträger findet. Dennoch haben wir in der letzten Zeit ein gestiegenes Interesse an der Gründung von Gesamtschulen zu verzeichnen. So wird mit Schuljahresbeginn 2003/2004 in Reinfeld eine siebenzügige kooperative Gesamtschule entstehen. Das ist schon die sechste im Kreis Stormarn.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daneben prüfen die Gemeinden Tornesch und Kropp die Einrichtung einer kooperativen Gesamtschule. Die Stadt Bad Bramstedt prüft die Einrichtung einer integrierten Gesamtschule.

Der Stellenwert der Gesamtschule in Schleswig-Holstein steigt stetig. Sie sind ein fester Bestandteil unseres Schulsystems geworden.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich komme zum Schluss. - Die Gesamtschule wird ihre Position neben den dreigliedrigen Schulen in Zukunft ausbauen. Dies müssen auch konservative Bildungspolitiker zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im November 1998 habe ich für einen Burgfrieden im Streit um die Schulform plädiert. Meine Forderung lautete damals wie heute: Statt sich in endlosen Streitigkeiten zwischen Gesamtschulbefürwortern und Anhängern des gegliederten Schulsystems zu verzetteln, sollte sich die Politik im Schulbereich auf ein wichtigeres Ziel konzentrieren, nämlich darauf, die **Qualität der Bildung** in den einzelnen Schularten und Schulen zu verbessern.

(Beifall bei FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, diese von mir in Schleswig-Holstein Ende 1998 erstmals in der Bildungspolitik vertretene Position hat in der Folgezeit manche Unterstützung erhalten, was mich sehr gefreut hat. Von Frau Erdsiek-Rave kam Unterstützung, aber in der Sache auch von Volker Rühle, dem damaligen Spitzenkandidaten der Union. Es hatte kurz vorher einen CDU-Programmwurf gegeben, in dem noch von der eventuellen Schließung von Gesamtschulen im Falle eines Regierungswechsels die Rede war.

(Zurufe von der CDU)

Machen wir weiter im Sinne dieses Burgfriedens! Wir sollten uns hier nicht wie bei den Grabenkämpfen früherer Jahre streiten.

Die Gesamtschulen stehen im Wettbewerb der Schularten. Dass es an den Gesamtschulen in unserem Land auch hier und da Probleme gibt, an denen gearbeitet werden muss, wird niemand ernsthaft bestreiten können. Allerdings wissen wir, dass es an manchen Schulen anderer Schularten auch Probleme gibt, an denen gearbeitet werden muss. So einfach ist die Sache. Es gibt nach wie vor trotz des Anstiegs der gymnasialempfohlenen Schüler an einzelnen der integrierten Gesamtschulen eine so starke Unterrepräsentanz dieser Gruppe von Schülern, dass es für die Arbeit an den dortigen Schulen schwierig wird.

Wir haben Probleme - das ist aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage, die ich unlängst gestellt habe, deutlich geworden - etwa in der **Verteilung der Abiturfächer**. Wenn zum Beispiel der Anteil der Schüler, die Französisch als Leistungskurs gewählt haben, an Gymnasien im dritten Kurshalbjahr 2000/2001 bei 5 % lag, bei den Gesamtschulen hingegen bei nur 0,6 %, dann sehen wir das Verhältnis im Bereich der zweiten Fremdsprache weit auseinander klafft. Ähnlich sieht es auch in den Naturwissenschaften aus, wenn an den Gymnasien knapp 6,5 % der angehenden Abiturienten Leistungskurse im Fach Physik wählen, an den Gesamtschulen aber nur zu 2,8 %, also weniger als die Hälfte.

(Dr. Ekkehard Klug)

Da gibt es schon eine Auseinanderentwicklung, die durchaus auf Probleme hinweist.

Ich gebe Ihnen Recht, Frau Erdsiek-Rave, das Konzept der kooperativen Gesamtschule ist, wenn man denn eine Gesamtschule will, in vieler Hinsicht sehr viel attraktiver, weil es ja die Differenzierung in die einzelnen Schularten - Hauptschule, Realschule und Gymnasium - beibehält, beispielsweise in der kooperativen Gesamtschule Flensburg-Adelby, wo die Zusammenarbeit dann so eng miteinander verzahnt ist, dass der Wechsel von einer Schulart zur anderen leichter möglich ist. Das ist aus meiner Sicht ein durchaus interessantes Konzept.

Ich teile Ihre Einschätzung, dass die Ergebnisse der PISA-Studie vielleicht manche Eltern dazu bewegen haben, jetzt verstärkt an eine Anmeldung der Kinder an einer Gesamtschule zu denken. Das mag derzeit so sein, ich frage mich aber, ob es so bleiben wird, wenn Mitte des Jahres PISA - E, die Erweiterung für die Bundesländer - veröffentlicht werden wird. Wir wissen, dass die dann veröffentlichten Daten natürlich auch vor dem Hintergrund der Schulstrukturen in den einzelnen Bundesländern gelesen werden.

Ich nenne nur einen Punkt: In Sachsen gibt es keine einzige Gesamtschule beziehungsweise dort besuchen 0 % der Schüler Gesamtschulen; in Hessen sind es immerhin 47,5 % der Schüler. Die **Schulstruktur** ist inzwischen also von Bundesland zu Bundesland sehr unterschiedlich. Die Frage, ob die Einschätzung der Vorzüge des Gesamtschulmodells Mitte des Jahres noch genauso sein wird, sei also dahin gestellt.

Im Übrigen: Das dänische Schulwesen hat bei der Lesefähigkeit - das weiß Anke Spoorendonk sehr gut - gerade einmal drei Plätze vor uns belegt. Bei den naturwissenschaftlichen Kenntnissen liegen die dänischen Schulen im Schnitt sogar noch zwei Plätze hinter den deutschen.

Die Grundaussage, ein **Einheitsschulsystem** sei prinzipiell besser, kann man gerade an den PISA-Daten - das ist nun einmal so, wir haben es hier schon diskutiert - nicht ablesen, genauso wenig, wie daraus das Gegenteil hervorgeht, da es auch hervorragend funktionierende Gesamtschulsysteme in Skandinavien gibt.

(Beifall bei FDP und CDU sowie vereinzelt bei der SPD)

Lassen Sie mich noch einen letzten Punkt nennen: Natürlich sind die Gesamtschulen in einem gewissen Umfang, Frau Kollegin Birk, auch Aufsteigerschulen; da gebe ich Ihnen Recht, nur können Sie dies eben nicht in absoluter Unterscheidung vom gegliederten Schulsystem wieder als ausschließlichen Vorzug der Gesamtschulen herausstellen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Kommen Sie bitte zum Schluss!

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Die Realschulen - um einmal dieses Beispiel zu nennen - sind in gleicher Weise Aufsteigerschulen; denn ein Fünftel der Realschulabsolventen besucht anschließend ein Fachgymnasium, erreicht also das Abitur oder die Fachhochschulreife. Auch das muss genannt werden.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Birk das Wort.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident, ich möchte mich für meinen Temperamentsausbruch vorhin entschuldigen.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir haben hier einen interessanten Bericht vorliegen, den wir schon angefordert hatten, bevor die ersten PISA-Daten vorlagen, der aber erst hier zur Debatte kam, nachdem wir schon etwas mehr über PISA wussten. Deshalb rufe ich auch PISA noch einmal in Erinnerung.

Die Chancen von Akademikerkindern, auf ein Gymnasium zu kommen, ist bei gleicher kognitiver Fähigkeit laut PISA 3,4-mal so groß wie bei Arbeiterkindern. Entscheidende Scharnierfunktionen für die Zurückstellungen haben häufig schon die Einschulungen und dann natürlich die Wahl der weiterführenden Schulen. Gleich kluge Kinder sind auf dem Gymnasium im Alter von 15 Jahren erheblich weiter - 59 Punkte mehr Lesekompetenz -, als wenn sie auf die Hauptschule gegangen wären.

Die Wahl der Gesamtschule erfolgt - auch das kann man für Schleswig-Holstein sagen - durchaus auch von Eltern aus bildungsferneren Schichten. Die Gesamtschule ist eine Aufsteigerschule. Ich will nicht in Abrede stellen, dass die Realschule dies zum Teil auch ist, aber unsere Kritik richtet sich ja gerade an den Anteil des Gymnasiums, an den Zug des Gymnasiums, weshalb wir hier leider häufig von einer Aussortier- oder Absteigerschule sprechen müssen. Das ist eine Härte, die wir nicht wollen. Hier glauben wir, dass eine Schule für alle Kinder, so wie es beispielsweise in Finnland, aber auch anderen Ländern vorgesehen ist, der bessere Weg ist.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

(Angelika Birk)

Nun aber zu den Ergebnissen hier: Die Gesamtschulen stehen in einem **Wettbewerb**. Sie sind nicht die eine Schule für alle Kinder, weil sie sich natürlich auch an den Leistungskriterien und im Schulalltag auch an dem 45-Stunden-Takt messen müssen wie alle anderen Schulformen auch. Es wird also immer noch das gegliederte Schulsystem zum Maßstab für den Erfolg der Gesamtschule genommen statt umgekehrt.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Richtig!)

Wenn wir das als gegeben akzeptieren, ist es doch erfreulich zu sehen, dass immerhin 5 % der Kinder, die eine Hauptschulempfehlung hatten, aber auf die Gesamtschule kamen, das Abitur abgelegt haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Auch 48 % der Schüler mit Realschulempfehlung haben das Abitur abgelegt. Wir müssen uns über die Funktion der Grundschulgutachten noch einmal gründlich unterhalten; denn es kann nicht sein, dass sie als das Heilige gelten, wie es gerade von Herrn de Jager noch einmal deutlich vorgeführt wurde.

Meine Sorge ist, dass es, wenn die **Grundschulgutachten** für verbindlich erklärt werden, wie die CDU es will, zu einem Ansturm auf Gesamtschulen kommt, dem wir im Augenblick natürlich überhaupt nicht Rechnung tragen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben nämlich eine bemerkenswerte Verteilung von Gesamtschulen. Es gibt sie am Kieler Rand, in Eckernförde, Segeberg, Norderstedt, Trappenkamp, Neumünster-Rand, Plön, Ostholstein, Lübecker Rand, Pinneberg, Wedel, Elmshorn, Ratzeburg und selbstverständlich auch in Lübeck.

(Lothar Hay [SPD]: Und in Neumünster!)

- In Neumünster selbstredend auch, sogar zwei.

Es gibt sie nicht in Nordfriesland, Dithmarschen, Steinburg und Flensburg. Flensburg als Stadt hat wieder eine, der Kreis aber nicht.

Das ist, glaube ich, nicht ganz zufällig, wenn wir uns die Mehrheitsverhältnisse in den Kreistagen ansehen.

Wenn wir davon ausgehen, dass alle Eltern, die in diesen Kreisen wohnen, auch eine Wahl treffen möchten - aber keine Gesamtschule haben, wo sie dies tun könnten -, dann brauchten wir mindestens doppelt so viele Gesamtschulen. Wir können im Augenblick etwa 8 % der Kinder einen Gesamtschulplatz anbieten, brauchten aber für 15 % der Kinder einen Platz, um dem tatsächlichen Bedarf Rechnung zu tragen,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wenn man das zugrunde legt, was uns Frau Erdsiek-Rave hier vorgerechnet hat.

Ganz entscheidend, Herr de Jager, ist Folgendes: Gerade die Kooperation in der Oberstufe ...

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, etwas mehr Aufmerksamkeit bitte!

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Gerade die Kooperation in der Oberstufe mit vielen Gymnasien - bei immerhin 19 ist das der Fall - zeigt, dass die Gesamtschule offensichtlich - das bestätigt ja die Ministerin auch in ihrem Beitrag - im Leistungsspektrum mit den Gymnasien nicht nur mithalten kann, sondern man wirklich von einem gleichen Niveau sprechen kann. Das betrifft sowohl die Leistungs- als auch die Grundkurse.

Was folgt nun für uns daraus? Für uns folgt daraus: Die Gesamtschule ist für viele Kinder ein attraktives Schulangebot. Deshalb muss geprüft werden, ob und wie sichergestellt wird, dass dieses Angebot auch allen Kindern in allen Landesteilen zur Verfügung steht.

Die Gesamtschulen liefern eine Menge Erfahrungen bei der Weiterentwicklung des Schulsystems. Im Bericht steht ja auch viel über die Beteiligung an Modellversuchen. Da sind die Gesamtschulen Pionier gewesen. Auch das sollte noch mehr als bisher genutzt werden.

Die **Grundschulgutachten** werfen Probleme auf. Sie verstärken die soziale Auslese. Hier müssen wir, gerade auch, wenn wir über die Orientierungsstufe und die Kooperation zwischen Grundschule und weiterführenden Schulen sowie über die Kooperation der Schulen untereinander nachdenken, zu neuen Lösungen kommen. Wir hatten uns anlässlich der Hauptschuldebatte auch schon bezüglich erster Schritte verständigt.

Wir müssen auch noch einmal darüber nachdenken, was das **Sitzenbleiben** eigentlich bringen soll. Das Gesamtschulwesen kennt das Sitzenbleiben als genuines Element nicht.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir das Geld, das wir durch das Ersparen des Sitzenbleibens gewinnen, in Lehrerstunden, in Förderstunden umsetzen, damit die Kinder nicht sitzen bleiben, hätten wir für alle Schulen viel gewonnen. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem vorliegenden Bericht wird erstmals - wenigstens meines Wissens - zusammenhängend dargestellt, was die Gesamtschule in Schleswig-Holstein als Schulart leistet.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Dafür gilt es der antragstellenden Fraktion zu danken, was ich hiermit tue. Dank auch dem Bildungsministerium für den lesenswerten Bericht.

Wir begrüßen, dass dabei mit einigen Vorurteilen aufgeräumt wird; denn eine Konklusion dieses Berichtes könnte lauten, dass die Gesamtschule nicht besser gestellt ist als andere Schularten. Im Gegenteil. Bedenkt man, was geleistet wird, ist bemerkenswert, wie viel mit den eher begrenzten Ressourcen in gesellschaftlicher Hinsicht erreicht wird.

(Beifall der Abgeordneten Lars Harms [SSW] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Was auffällt, ist die Tatsache, dass die Gesamtschule kein **flächendeckendes Angebot** dargestellt. Das ist schon gesagt worden. Es gibt sie - das wissen wir jetzt auch - in den kreisfreien Städten und in erster Linie im südlichen Teil des Landes. Dennoch belegen Zahlen die Attraktivität der **Gesamtschule**. Auch, wenn es lokale Unterschiede gibt, steht fest, dass die Zahl der Anmeldungen in der Regel weit über den Aufnahmemöglichkeiten liegt.

In einer ausführlichen Pressemitteilung - als der Bericht vorlag - haben die Bündnisgrünen hervorgehoben, dass die Gesamtschule eine Aufsteigerschule ist und zu mehr **Chancengleichheit** führt. Diese Einschätzung teilt der SSW. Der Bericht belegt, dass die Gesamtschulen mittlerweile für den Übergang von Realschülerinnen und Realschülern auf das Gymnasium eine besondere Rolle spielen. Die Erklärung hierfür wird mitgeliefert. Aufgrund ihrer Stundentafel bieten die meisten Gesamtschulen Kurse in einer neu beginnenden zweiten Fremdsprachen ab Klasse 11 an. Solche Kurse - so heißt es weiter - werden an den Gymnasien in der Regel aus strukturellen Gründen nicht eingerichtet. Diesen Punkt könnte man sehr wohl hinterfragen. Er zeigt, dass es durchaus möglich ist, den Unterricht der gymnasialen Oberstufe so zu

strukturieren, dass der Aspekt Chancengleichheit besser berücksichtigt wird.

Weiter stellt der Bericht fest, dass die Abschlüsse der Gesamtschulen im Durchschnitt nicht anders aussehen als bei den Gymnasien. Auch hier gab es ein Vorurteil, das endlich aus der Welt geschafft werden kann!

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Der Bericht belegt eindrucksvoll, dass die Gesamtschulen vieles von dem, was jetzt in Zusammenhang mit der PISA-Studie im Gespräch ist, schon jahrelang vorgelebt haben. So sind 17 der 23 Gesamtschulen in Schleswig-Holstein **Ganztagsschulen** mit Mittagsverpflegung. Die schleswig-holsteinischen Gesamtschulen beteiligen sich sehr aktiv an pädagogischen Schulversuchen und anderen Modellvorhaben. Aus der Sicht des SSW ist es an der Zeit, dies alles einmal lobend zu erwähnen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich hoffe, dass der Schock über die PISA-Studie und der nun von allen Seiten erkannte Handlungsbedarf auch dazu beitragen, die Verteufelung der Gesamtschulen zu beenden, die in gewissen konservativen Kreisen seit Jahrzehnten gepflegt wird. Es würde der wichtigen schulpolitischen Debatte für die Zukunft jedenfalls gut zu Gesicht stehen, wenn man sich der Vorzüge dieser Schulart wieder stärker annimmt und einiges davon auf andere Schularten überträgt.

Das Fazit des SSW ist jedenfalls klar: Die Gesamtschulen in Schleswig-Holstein leisten eine gute Arbeit zum Wohl der Schülerinnen und Schüler hier im Land.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Ich könnte natürlich noch viel mehr über die Gesamtschule sagen. Sie kennen die Einstellung des SSW dazu. Sie wissen, dass ich mich immer herrlich darüber aufregen kann, wenn wir eine verbohrt Schuldiskussion führen,

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW] und vereinzelt bei der SPD)

in der es nur um die Vorzüge des gegliederten Schulwesens geht.

Ich stimme mit dem Kollegen Klug überein, dass wir keine weiteren Grabenkämpfe benötigen. Darum muss eine Pointe deutlich gemacht werden: Die Vorzüge der Gesamtschule oder - wie wir sagen - die Vorzüge der ungeteilten Schule bestehen ausschließlich darin, dass die Kinder gemeinsam unterrichtet werden, sodass man schneller und flexibler auf Probleme reagieren

(Anke Spoorendonk)

kann, sodass man Förderunterricht und Unterricht für hoch Begabte schneller hinkriegen kann. Man braucht sich nicht immer mit der Schulart auseinander zu setzen, man kann sich auf Sachprobleme, auf PISA-Probleme und auf die Kinder konzentrieren. Das ist der Vorteil der ungeteilten Schule - nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung. Ich schlage vor, den Bericht zur abschließenden Beratung in den Fachausschuss zu überweisen. Wer so verfahren will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann haben wir einstimmig so beschlossen.

Wir werden um 15 Uhr mit dem Tagesordnungspunkt 20, Qualitätssicherung an den Schulen, und anschließend Punkt 37, Extremismus, fortfahren.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 13:05 bis 15:01 Uhr)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 20 auf:

Maßnahmen zur Qualitätssicherung an den Schulen

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1820

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Es soll eine Berichterstattung geben, die jetzt erfolgen wird. Deswegen erteile ich das Wort der Frau Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur. Bitte, Frau Ministerin!

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Lebe, um zu lernen, lerne, um zu leben!“ Dieser alte und immer noch aktuelle Spruch wird uns wohl nicht so leicht aus dem Gedächtnis entschwinden. Er steht über dem Eingang zum Erfurter Gutenberg-Gymnasium. In diesem Zusammenhang ist er uns ins Gedächtnis zurückgerufen worden. Ich zitiere das aber nicht nur aus aktuellem Anlass, sondern auch deshalb, weil dieser Satz sehr gut den verbindlichen Kerngedanken von Bildung und Erziehung beschreibt. Kinder und Jugendliche mit

den Kompetenzen auszustatten, die sie für ein selbst bestimmtes Leben brauchen, ist Aufgabe jeder Schule.

Ich mache diese Vorbemerkung, weil sich der Bericht auf einen Ausschnitt dessen bezieht und weil er die Aufgabe von Schule natürlich nicht umfassend in den Blick nehmen kann. Insbesondere die Fragen von **Erziehung** und Wertevermittlung, die im Moment, wie ich finde, zu Recht wieder stark in den Mittelpunkt gerückt sind, werden nicht angesprochen. **Bildung** ist ein umfassender Begriff, allerdings sind die Art der Wissensvermittlung und ihre Nachhaltigkeit und Qualität darin von zentraler Bedeutung. Dies haben uns TIMSS und zuletzt PISA sehr deutlich vor Augen geführt.

Schulische Qualität ist also nichts, was von selbst entsteht, sondern muss kontinuierlich entwickelt und gesichert werden. Wir haben in der Vergangenheit eine ganze Reihe von qualitätssichernden Maßnahmen, also Verfahren der externen und internen Evaluation, für die Schulen in Schleswig-Holstein auf den Weg gebracht beziehungsweise sie sind in der Planung. Wir investieren zudem viel in Qualitätsentwicklung. In den meisten Fällen ist das eine vom anderen überhaupt nicht zu trennen. Die Ergebnisse qualitätssichernder Instrumentarien wie etwa TIMSS oder PISA unterstützen zugleich Maßnahmen der Qualitätsentwicklung, indem sie uns nämlich das nötige Wissen, das Steuerungswissen dafür bereitstellen.

Erlauben Sie mir, Ihnen die beiden Studien noch einmal ganz kurz ins Gedächtnis zu rufen. Die **PISA-Studie** untersuchte die Lesefähigkeit und die mathematisch-naturwissenschaftlichen Kenntnisse von 15-Jährigen, gekoppelt an eine Reihe von Faktoren wie Einkommen, Status der Eltern, soziales Umfeld und so weiter. TIMSS hatte - ebenfalls auf internationaler Ebene - in insgesamt drei Stufen die mathematisch-naturwissenschaftlichen Kompetenzen von Schülern gemessen. Deutschland hat sich nur an der zweiten und dritten Phase dieser Leistungsmessung beteiligt. Dort wurden die Fähigkeiten von Schülern der 7. und 8. Klasse sowie der 12. und 13. Klasse getestet.

Letztlich hat die TIMS-Studie schon angekündigt, was wir von PISA erwartet haben. Auch damals schon hatte Deutschland enttäuschend mittelmäßig abgeschnitten. Konsequenzen wurden gezogen. Wie PISA gezeigt hat, gibt es aber Anlass genug, noch intensiver, noch breiter und auch mit neuen Ansätzen an der Qualität zu arbeiten.

Seit der Veröffentlichung der ersten TIMSS-Ergebnisse zwischen 1996 und 1998 haben wir eine Reihe von Initiativen - zum Teil im Land, zum Teil im Gefolge bundesweiter Entwicklungen - ergriffen, um ein höheres Niveau und eine andere Unterrichtskultur,

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

insbesondere im Bereich von Mathematik und Naturwissenschaft, zu erreichen. Maßnahmen von Qualitätssicherung und -verbesserung bilden deshalb nicht erst im Licht von PISA einen festen Bestandteil bildungsplanerischer Arbeit. Es sind nachhaltige und auf Langfristigkeit angelegte Maßnahmen. Denn ich muss mit aller Deutlichkeit sagen: Qualitätsfördernde Schulentwicklung braucht Zeit. Um zu wissen, wohin die Reise geht und wo die Schwachstellen und Defizite liegen, braucht man Evaluierungsverfahren und -methoden. Das ist nicht immer leicht zu vermitteln. Manchem leuchtet das immer noch nicht ein; mancher neigt nach wie vor dazu, lieber den Spiegel, der einem die unliebsame Wahrheit vorhält, zu zerschlagen. Einer solchen Illusion dürfen wir uns aber nicht hingeben.

Ich will ein paar aktuelle Beispiele nennen und dann noch zurückblicken auf das, was bereits auf den Weg gebracht worden ist. Zum Aktuellen: Schleswig-Holstein und Bayern haben die Federführung in dem länderübergreifenden Projekt „Qualitätssicherung in Schulen“ übernommen. Dabei geht es um die Sicherung von **Qualitätsstandards** und ihre Überprüfung. Das ist eine gemeinsame Initiative der KMK. Schleswig-Holstein ist auch bei IGLU federführend, der internationalen Grundschul-Lese-Untersuchung, deren Ergebnisse im nächsten Jahr vorliegen werden. Zudem beteiligen wir uns an DESI, einer Vergleichsuntersuchung zum Leistungsstand im Englischen und in der aktiven Beherrschung der deutschen Sprache. Das sind die großen Projekte im nationalen und internationalen Kontext, von denen wir uns wichtige Impulse für die schulische Qualitätsentwicklung in der nächsten Zeit erwarten.

Darüber hinaus arbeiten wir an einem komplexen Maßnahmebündel zur Verbesserung der **Qualität** von **Unterricht**. Daraus will ich wenigstens die wichtigsten Punkte zitieren. Erstens. Seit 1998 verpflichtet das Schulgesetz alle Schulen, bis zum Ende dieses Schuljahres ihr besonderes Profil und die Akzente ihrer pädagogischen Arbeit in einem **Schulprogramm** zu formulieren. Schulprogramme sind Instrumente des Qualitätsmanagements. Mittlerweile ist das zum Glück unumstritten. Die Festlegung von Zielen und die Messung an diesen Zielen ist zum einen Aufgabe der einzelnen Schule. Darüber hinaus werden wir die Schulprogrammarbeit auch wissenschaftlich evaluieren. Es ist notwendig, Maßnahmen immer wieder auch auf ihre Wirkung hin zu überprüfen. Auch das Projekt „Schulentwicklung im Netzwerk“ gehört in diesen Zusammenhang. Bei dieser Gelegenheit betone ich noch einmal, dass die Schulprogrammarbeit der richtige Weg ist, Schulen mehr Selbstständigkeit und mehr Eigenständigkeit zu geben. Wie nötig das ist, betont

übrigens auch Andreas Schleicher von der OECD in Zusammenhang mit den PISA-Ergebnissen:

„Schulen schneiden im internationalen Vergleich umso besser ab, je autonomer sie sind.“

Ich denke, an diesem Punkt müssen wir in Schleswig-Holstein noch weiter kommen, als das bisher der Fall war.

(Beifall bei der SPD)

Eigenverantwortung und Autonomie der Einzelschule liegen gewissermaßen auf der einen Seite der Waagschale; auf der anderen liegen Lehrpläne, verbindliche Standards und die Überprüfung von außen.

Zweitens. Nach Inkraftsetzen der neuen **Lehrpläne** für die Grundschule und die Sekundarstufe I zum Schuljahr 1997/1998 sind nun auch die Lehrpläne für die gymnasiale Oberstufe und für die sonderpädagogische Förderung revidiert beziehungsweise neu erstellt worden. Wir haben also alle Lehrpläne von der 1. bis zur 13. Klasse stufen- und schulartübergreifend nach einem einheitlichen Grundkonzept umgestaltet. Die Richtschnur für diese Reform ist klar. Sie ist so modern, wie sie im Hinblick auf PISA nur sein kann, und braucht nicht umgestaltet zu werden. Sie lautet: Konzentration des Unterrichts auf den Erwerb von Kompetenzen, Auseinandersetzung mit Kernproblemen, Reduzierung der Stofffülle, Lernen in thematischen und problemorientierten Zusammenhängen, Förderung des fächerübergreifenden Lernens und des Projektlernens, Stärkung der Berufsorientierung.

Drittens. Schon vor PISA und verstärkt seit Vorliegen der Ergebnisse aus dieser Studie wurden und werden die Lehrpläne für zentrale Fächer und Schulstufen konkretisiert. Auf ihrer Grundlage entwickeln wir in Schleswig-Holstein praxisorientierte Umsetzungshilfen und unterrichtspraktische Standards in Form von Handreichungen und Beispielaufgaben. Für die 7. bis 9. Klasse der Hauptschule stehen diese Standards jetzt zur Verfügung. Sie werden von Beginn des folgenden Schuljahres an eingesetzt und am Ende des folgenden Schuljahres werden wir landesweit Stichproben zu den Ergebnissen erheben. Das bedeutet, dass wir eine Erfolgskontrolle über den Einsatz dieser Standards machen. Im darauf folgenden Schuljahr 2003/2004 werden wir eine verbindliche **Hauptschulabschlussprüfung** einführen.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, wir sind einen richtigen, behutsamen Weg gegangen, den die Schulen wirklich mitgehen können. Eine überstürzte, sofortige Einführung, Herr de Jager, wie Sie sie damals vorgeschlagen haben, habe ich

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

nicht für richtig gehalten. Es gibt viele Schulen, die sich erst auf diesen Weg machen mussten, mit höchst unterschiedlichen Voraussetzungen und Problemen. Aber die Bereitschaft ist erheblich gewachsen und es ist ein guter Zeitrahmen, den wir gesetzt haben.

Die Standards für die Klassenstufen 2 und 4 in der Grundschule und 6 am Ende der Orientierungsstufe - ebenfalls für Deutsch und Mathematik - werden derzeit erarbeitet. Wir streben dabei eine intensive länderübergreifende Zusammenarbeit an. Darüber, was Schüler in den Kernkompetenzen am Ende bestimmter Klassenstufen wissen und können müssen, muss eine möglichst bundesweite Verständigung gelingen.

(Beifall im ganzen Haus)

Für mich ist das eine Art Nagelprobe für den Föderalismus und den Fortbestand der Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern in der Bildungspolitik. Ich hoffe, dass dies unter dem Eindruck des Schocks von PISA jetzt wirklich auf einem guten Weg ist.

Viertens. Alle Aussagen aus großen internationalen **Leistungsvergleichsuntersuchungen** mit den jeweiligen nationalen Ergänzungen erheben - das liegt in der Natur der Sache - nur statistische Durchschnittswerte. Über die Leistungsfähigkeit der einzelnen Schule sagen sie nichts oder wenig aus. Wir müssen aber die Wirksamkeit pädagogischen Handelns systematisch vor Ort überprüfen. Deshalb werden wir eine neue Form der externen Evaluation für die Schule einführen - mögen Sie es Schul-TÜV nennen oder mit diesem Begriff belegen. Die Instrumente, Verfahren und Details werden zurzeit sorgfältig erarbeitet, sodass die entsprechenden Teams im Schuljahr 2002/3 ihre Arbeit aufnehmen können. Ich habe Ihnen diese Maßnahme bereits in der 21. Sitzung vorgestellt, sodass ich mich hier auf die knappen Hinweise beschränken kann.

Nicht nur die öffentliche Resonanz bestätigt mich in der Richtigkeit dieses Weges, sondern auch die bundesweite Entwicklung, die in dieselbe Richtung geht. Wir werden vermutlich unterschiedliche Verfahren in den Bundesländern haben, aber das ist in diesem Zusammenhang durchaus legitim.

Auch das Personalentwicklungskonzept für die Schulen ist im Kontext von Qualitätsentwicklung zu sehen. Qualitätsmanagement ist Aufgabe der **Schulleitung**. Eine Schule ist nur denkbar mit professioneller, motivierter und gut vorbereiteter Leitung. Deshalb ist Personalentwicklung auch im Schulbereich notwendig und wichtig.

Fünftens. Ein wichtiges Element von Qualitätsentwicklung sind **Modellversuchsprogramme**, vor allem, wenn sie in Zukunft noch stärker auf Breitenwirkung und Transfer angelegt sind. Schleswig-Holstein

beteiligt sich mit circa 90 Schulen an fast allen Modellversuchsprogrammen und hat für drei von ihnen die Federführung. Das wichtigste und erfolgreichste ist SINUS.

Sechstens. Wir unterstützen die Schulen darin, aus PISA zu lernen, indem wir spezielle Schulentwicklungsmoderatoren qualifizieren und sie vor Ort als Berater einsetzen, mindestens für die 96 Schulen, die in Schleswig-Holstein an der PISA-E-Studie teilgenommen haben.

(Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, ich komme zum Schluss.

Diese Aufzählung kann nicht vollständig sein, auch wegen der Kürze der Zeit. Vieles andere wäre zu nennen, insbesondere die intensive Qualitätsentwicklungsarbeit auf regionaler Ebene, von sich aus, wie etwa im Kreis Schleswig-Flensburg in hervorragender Weise. Die Arbeit ist nicht abgeschlossen. Wir werden mit den Folgeuntersuchungen von PISA immer wieder neues Wissen und weitere Erkenntnisse über Unterricht und Schule bekommen. Das wird nicht immer angenehm sein, aber ich sehe darin in erster Linie eine große Chance für eine nachhaltige Verbesserung der Qualität von Schule und Unterricht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke der Frau Ministerin für den Bericht. Bevor wir in die Aussprache gehen, begrüße ich auf der Tribüne Mitglieder des SPD-Ortsvereins Stockelsdorf sowie Schülerinnen und Schüler der Realschule Halstenbek mit ihren Lehrkräften. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, Tagesordnungspunkt 40 auf die Juni-Tagung zu vertagen.

Ich eröffne jetzt die Aussprache und erteile zunächst Herrn Abgeordneten de Jager das Wort.

Jost de Jager [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir eine kurze Vorbemerkung: Wir haben es hier meines Erachtens mit einem etwas rätselhaften Tagesordnungspunkt zu tun. Über Maßnahmen zur Qualitätssicherung an Schulen sollte die Ministerin berichten - das hat sie auch getan - und dieser Bericht war auf einmal so dringlich, dass er nicht wie sonst üblich in schriftlicher Form zur nächsten Sitzung vorgelegt werden soll, nein, dieser Bericht duldet offenbar nach

(Jost de Jager)

Ansicht der Antragsteller keinen Aufschub und er musste gleich mündlich gehalten werden.

Bei dieser plötzlichen Hektik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die auf einmal TIMSS entdeckt haben, eine doch schon etwas betagte Vergleichsstudie der Schulen in Europa und der westlichen Welt, ist die Präzision auf der Strecke geblieben. Was genau die Kollegen Birk und Höppner wissen wollten, bleibt im Unklaren und ich nehme dankbar die Gelegenheit zu einer Generaldebatte auf.

Meine Damen und Herren, interessant an diesem Thema ist vor allem, welche Maßnahmen zur **Qualitätssicherung** an den **Schulen** in Schleswig-Holstein die Ministerin und das Ministerium in der Vergangenheit nicht ergriffen haben beziehungsweise welche auch im Bericht nicht auftauchen, zum Beispiel in der **Unterrichtsversorgung**. Ich weiß, es ist so etwas wie ein ceterum censeo - klar ist, dass die beste Maßnahme zur Qualitätssicherung an Schulen immer noch eine gute Unterrichtsversorgung ist. Hier hapert es an allen Ecken und Enden. Ich könnte da aus den bekannten Statistiken zitieren - wir werden ja auch in diesem Jahr noch den Bericht zur Unterrichtsversorgung bekommen -, ich will aber viel lieber auf die Briefe eingehen, die uns in der CDU-Fraktion und alle anderen Kollegen im Hause auch von Elternvertretern, von Schülern und von Schulen insgesamt erreichen.

Wenn zum Beispiel - das ist wohl der aktuellste Brief, der uns vorliegt - die Fachschaft Sport an der Integrierten Gesamtschule in Eckernförde alle Fraktionen anschreibt und auf das große Dilemma des Sportunterrichts dort hinweist, ist das kein Einzelfall. Wir wissen von der Käthe-Kollwitz-Schule in Kiel, dass dort Abiturienten Sportunterricht nachholen mussten, weil sie sonst die Hochschulzulassung in einigen Bundesländern nicht bekommen hätten.

Wir lesen von dem Gymnasium Kronshagen in den „Kieler Nachrichten“, wo Eltern jetzt privat Musikunterricht finanzieren, weil er sonst nicht erteilt werden kann. Das passt lückenlos in ein Bild, wo Eltern aus ihrer Privatschatulle auch Englisch an den Grundschulen finanzieren, weil dieser Unterricht sonst nicht stattfindet. Wir kriegen Briefe von Eltern und Schülern, die nicht verstehen, dass auch und gerade im Hamburger Rand die Klassen immer voller und Lehrerstellen trotzdem abgezogen werden. Für diese besagten Eltern, Schülerinnen und Schüler klingen die Maßnahmen, die die Ministerin eben ausgeführt hat, wie Nachrichten aus einer fernen Welt. Sie wollen zunächst einmal, dass schlichtweg Unterricht erteilt wird.

Vor diesem Hintergrund ist es geradezu unterlassene Hilfeleistung, wenn das Ministerium 78 Planstellen,

für die eine Ermächtigung des Haushaltsgesetzgebers vorliegt, nicht an die Schulen weitergibt.

(Beifall der Abgeordneten Jutta Scheicht [CDU])

Dies können Sie den Betroffenen nicht vermitteln und wir werden Sie, Frau Erdsiek-Rave, an diese 78 Planstellen erinnern, bis sie am Ende doch noch in den Schulen ankommen.

(Beifall bei der CDU)

Eine weitere Unterlassungssünde in puncto Qualitätssicherung ist die verschleppte Einführung einer **Hauptschulabschlussprüfung**. Die CDU-Fraktion fordert dies in großer Übereinstimmung bei den ausbildenden Betrieben und mit vielen Verbänden im Lande schon seit Jahren. Im Jahr 2000 haben wir den Versuch einer interfraktionellen Initiative gestartet, bei der die anderen Fraktionen seinerzeit eher Desinteresse gezeigt haben. Im Jahr 2001 haben wir einen Landtagsantrag gestellt, der noch vor genau einem Jahr in der Mai-Tagung des vergangenen Jahres mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt wurde.

Frau Erdsiek-Rave, es ist keineswegs so, dass Sie in der Debatte nur die überstürzte Einführung einer Abschlussprüfung abgelehnt haben, sondern Sie haben sie insgesamt abgelehnt. Sie haben in der Debatte vor einem Jahr in diesem hohen Hause gesagt:

„Ich teile nun nicht Ihre Auffassung - das wissen Sie -, dass eine Qualitätsverbesserung allein durch eine Abschlussprüfung erreicht wird, die für alle zum selben Zeitpunkt von oben verantwortet wird.“

(Holger Astrup [SPD]: Der Satz stimmt immer noch!)

Siehe da: Haargenau ein Jahr später schlagen Sie dies vor, Frau Erdsiek-Rave. Sie schlagen die Einführung einer Hauptschulabschlussprüfung vor, die exakt unseren Vorstellungen entspricht, nämlich jeweils einen schriftlichen Prüfungsanteil in den Fächern Mathematik und Deutsch sowie eine dritte Prüfung, die durch eine praktische Arbeit oder nach unseren Vorstellungen auch durch eine mündliche Prüfung abgelegt werden kann.

Frau Erdsiek-Rave, wenn Sie heute sagen, dass damals die Zeit noch nicht reif gewesen sei, dass sich die Akzeptanz erst langsam aufgebaut habe, sage ich Ihnen: Ohne unsere Initiativen hätte es diese Akzeptanz in diesem Jahr überhaupt nicht gegeben.

(Beifall bei der CDU - Holger Astrup [SPD]: Meine alte Schule macht das seit 15 Jahren, Herr Kollege!)

(Jost de Jager)

Insofern hätten Sie das, was Sie heute einführen wollen und was Sie heute als den Erfolg Ihrer Regierungspolitik verkaufen, bereits vor ein bis zwei Jahren haben können.

Nun freut sich bekanntlich das Himmelreich mehr über einen reuigen Sünder als über 99 Gerechte. Dennoch fragt man sich, warum bei Ihnen die Einsichtsfähigkeit immer so lange braucht, Frau Erdsiek-Rave. Das Motto Ihrer Bildungspolitik, Frau Erdsiek-Rave, lässt sich zunehmend in den drei Z zusammenfassen: zögern, zaudern, zeitversetzt umsetzen.

Es ist offensichtlich, dass Qualitätssicherung etwas mit Qualitätsmessung und Leistungsfeststellung zu tun hat. Dies kann durch Prüfung einzelner Schüler geschehen, wie das etwa auch in Form der Abschlussprüfungen an den Hauptschulen geschehen soll, das kann und sollte aber auch durch den Leistungsvergleich von Schulen geschehen. **Leistungsvergleiche** haben seit PISA Konjunktur und auch die Ministerin hat die Debatte durch einen Vorschlag bereichert, indem sie vor einigen Wochen oder Monaten einen Schul-TÜV vorgeschlagen hat. Dieser Vorschlag zäumt das Pferd von hinten auf, weshalb der Vorschlag zu Recht gerade von den Lehrkräften und den Schulen als eine Zumutung empfunden wurde. Denn bevor die Schulen zum TÜV müssen, gehört zunächst einmal die rot-grüne Bildungspolitik zum TÜV.

(Beifall bei der CDU)

Allein die Idee des Schul-TÜVs zeigt auch, dass Sie das Thema Leistungsvergleiche von Schulen mit einer ganz falschen Konzeption angehen. Ein Schul-TÜV nämlich, bei dem eine Gutachtergruppe von drei Personen, von denen für zwei die Schulaufsicht sowieso das tägliche Geschäft ist, Schulen nach Kriterien begutachten soll, die bisher niemand kennt, und mit Ergebnissen, die niemand erfährt, schafft am Ende mehr Probleme, als er tatsächlich löst. Das Ergebnis wird wie bei vielen Evaluationen, die im Bildungsbereich in den vergangenen Jahren geschaffen wurden, eher in der Beschaffung einer Beurteilungsbürokratie liegen, in der viel passiert, aber wenig geschieht. Es ist am Ende nicht sehr viel mehr als Aktionismus.

Die CDU-Landtagsfraktion ist keineswegs gegen Schulleistungsvergleiche, im Gegenteil, es ist auch so, dass Schulleistungsvergleiche logischerweise die andere Seite der Medaille sind, die darin besteht, dass Sie eine Politik der zunehmenden Autonomie betreiben. Wenn man auf der einen Seite die Standards für die Schulen weiter freigibt und autonome Entwicklungen zulässt, muss man zentrale Elemente schaffen, mit denen man am Ende die Ergebnisse, die Vergleichbarkeit und die Ergebnisorientierung für Bildung auch abprüfen kann. Insofern sind Schulleistungsvergleiche

die zwingende Voraussetzung einer solchen Politik und einer Entwicklung, die ohnehin dahin geht, dass sich Schulen stärker in einzelne Richtungen entwickeln werden. Wir müssen nur das Raster schaffen, wir müssen den Kitt schaffen, der diese Schulen noch zusammenhält und das sind nun einmal Schulleistungsvergleiche.

Wir sind dafür, aber wir wollen Bedingungen. Erstens. Solche Schulleistungsvergleiche müssen klar sein. Nach unserer Vorstellung muss die Basis von Schulleistungsvergleichen in **zentralen Prüfungen** bestehen, deren Voraussetzungen wiederum Lehrpläne mit einem höheren Grad an verlässlichen und verbindlichen Inhalten sind. Man mag über das Für und Wider zentraler Prüfungen streiten, klar ist aber, dass die Hälfte der Bundesländer, darunter auch sehr viele SPD-geführte Bundesländer, solche zentralen Prüfungen ablehnen. Ebenso offenkundig sind zentrale Prüfungen noch immer das klarste Kriterium für Schulleistungsvergleiche.

Zweitens. **Schulleistungsvergleiche** müssen nach unserer Auffassung öffentlich sein, das heißt, die Ergebnisse, auch die Ergebnisse der zentralen Prüfungen, müssen öffentlich gemacht werden. Sie können unserer Auffassung nach auch in Form eines **Ranking** veröffentlicht werden. Dieses Ranking ist dann zu ergänzen durch so genannte **Schulportraits**, in denen die Schule die Möglichkeit hat, alle schulrelevanten Daten bekannt zu machen und alle Angebote und Leistungen, die die Schule darüber hinaus bereithält, von Arbeitsgemeinschaften bis Schulpartnerschaften, besondere Profile und Schwerpunkte. Diese Schulportraits nehmen insofern etwas auf und da ist man manchmal doch etwas dichter beieinander, als es scheint, was ja auch Sie mit den Schulprogrammen und Schulprofilen schon angesprochen haben. Wir wollen, dass über die Schulportraits die Möglichkeit geboten wird, das Forum und die Bühne, so etwas wirklich bekannt zu machen und über das Internet oder über den Landesbildungsserver, wie auch immer, anzubieten.

Wir glauben, dass in solchen öffentlichen Schulleistungsvergleichen tatsächlich ein Mittel liegt, Leistung von Schulen zu vergleichen und einen Anhalt zu schaffen für eine Steigerung der Leistung von denjenigen Schulen, die dabei nicht so gut abgeschnitten haben. Leistungsvergleiche, Rankings sind für uns kein System, bei dem der Schlechte bestraft werden soll, sondern ein System, bei dem man die Schlechten erst einmal herausfindet und ihnen in besonderer Weise dann auch unter die Arme greifen muss.

Es kann nicht sein, dass wir auf Dauer auf die Ergebnisse internationaler Vergleichsstudien angewiesen sind, um den Zustand unseres Schulwesens zu erfassen.

(Jost de Jager)

sen. Aus diesem Grunde brauchen wir Schulleistungsvergleiche unter anderem auch als ein Frühwarnsystem, wo es unter Umständen problematische Entwicklungen gibt und wie wir sie schulpolitisch rechtzeitig erkennen und korrigieren.

Meine Damen und Herren, ich kenne natürlich die Gegenargumente und die politisch korrekten Effekte gegen zentrale Prüfungen und auch gegen Rankings. Die sind Ihnen zuhauf in den vergangenen Wochen begegnet. Ein Gegenargument heißt immer wieder, Leistung sei individuell und die Schüler seien viel zu unterschiedlich, um am Ende verglichen zu werden. Aber im Sinne einer Ergebnisorientierung muss natürlich die Leistung von Schülern, wenn sie die Schulen verlassen haben, sehr wohl vergleichbar sein. Das bedeutet auch, dass die Leistungsstandards innerhalb der Schulen vergleichbar sein müssen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wir glauben darüber hinaus, dass Schüler und Eltern ein Recht darauf haben zu wissen, wo die Schule steht, wo ihr Kind gerade hingeht. Machen wir uns nichts vor, natürlich vergleichen Schülerinnen und Schüler, natürlich vergleichen Eltern die Schulen. Was derzeit läuft, ist ein Ranking im Selbstbausatz. Wir wollen dagegen, dass es einen klaren Schulleistungsvergleich nach klaren Kriterien gibt, der der einzelnen Schule auch tatsächlich gerecht wird. Sie wissen, dass das eine Maßnahme sein wird, auf die Gegenreaktionen erfolgen werden. Wer aber glaubt, er könne nach PISA ausschließlich Konsequenzen ziehen, die niemandem wehtun, der hat nicht begriffen, was in dieser Studie steht.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Höppner das Wort.

Dr. Henning Höppner [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die öffentliche Diskussion um den Unterricht an unseren Schulen ist vielfach vom quantitativen Aspekt der Unterrichtsversorgung bestimmt, getreu dem Motto, möglichst viel Unterricht ist das, was eine gute Schule ausmacht, und wir werden vor Ort in den Podiumsdiskussionen sehr häufig mit Meinungsbildern konfrontiert, die sich verkürzen auf Formeln wie: „Junge Lehrer sind die besseren Lehrer, alte Lehrer bedeutet krankheitsanfällige Lehrer, Unterrichtsausfallverursacher, altbackener Unterricht, minderwertige Unterrichtsqualität.“ Ich kann, das muss ich Ihnen an dieser Stelle offen gestehen, derartige Schlichturteile nur

noch schwer ertragen, weil sie generell einfach nicht zutreffend sind.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Ich kann daneben aber auch bei allem Verständnis für die Schwere des Lehrerberufes die Haltung von einigen Lehrerverbänden hinsichtlich ihrer Bedenkenträgerschaft gegenüber allen Formen der Evaluierung von Unterricht mit dem Hinweis auf die Überforderung dieses Berufsstandes ebenso wenig nachvollziehen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Schleswig-Holstein ist, abgesehen von den neuen Ländern, die unter einem dramatischen Bevölkerungsverlust und einem ebensolchen Schülerrückgang leiden, das Bundesland mit den niedrigsten Klassenfrequenzen in fast allen Schularten. Auch die Arbeitszeiten der Lehrerinnen und Lehrer sind trotz der Erhöhung um 0,5 Wochenstunden bei den Gymnasien und beruflichen Schulen immer noch geringer als in fast allen anderen Bundesländern. Schauen Sie sich bitte die seinerzeitige Antwort auf die Anfrage der Kollegin Heinold an! Meines Erachtens ist Zeit für Evaluation, EVA, Schulprogramme und SCHILF in den Schulen vorhanden und sie ist notwendig.

Wir haben uns im vorangegangenen Tagesordnungspunkt mit der Gewinnung von Lehrkräften auseinander gesetzt. Sie haben uns, sehr geehrte Kollegin Eisenberg, sehr deutlich gezeigt, dass sich bei Ihnen ein Bild von einer Schullandschaft verfestigt hat, das eigentlich der Wirklichkeit so nicht mehr entspricht. Wir unterhalten uns an dieser Stelle über 13 nicht besetzte Referendarstellen bei insgesamt 23.800 Lehrerinnen und Lehrern im Land. Wenn man das einmal in die richtigen Verhältnisse rückt, dann wäre das so, dass sich der Plöner Kreistag mit dem Kollegen Kalinka mit dem Problem der Besetzung einer 12-Stunden-Teilzeitstelle beschäftigen müsste.

(Thomas Stritzl [CDU]: Sind alle Lehrer Referendare?)

Die Problemfelder sind kleiner geworden, nur wenn man dann die Lupe ansetzt, sieht man das Gleiche und muss das Gleiche beschreiben.

(Thomas Stritzl [CDU]: Wie viel Referendare?)

Nun kommen ja nicht nur aus den neuen Bundesländern wie Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg neue Botschaften, sondern auch aus der Hansestadt Hamburg mit Sparpaketen und beabsichtigten Schulschließungen. Hier in Schleswig-Holstein, liebe Kolleginnen und Kollegen, fühlt sich die **Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft** aufgefordert, mit einer

(Dr. Henning Höppner)

Plakataktion von einer Stellenlüge der Bildungsministerin zu sprechen. In ihrem Plakat versucht die GEW den Eindruck zu erwecken, dass von den 200 zugesagten Lehrerstellen 78, da sie nicht ausfinanziert seien, abzuziehen seien. Diese Aktion der GEW ist nicht nur befremdlich, sondern sie ist eine gezielte Desinformation ihrer Kollegen in den Schulen und für die Eltern.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich denke, dass sich die GEW einmal Gedanken über ihre derzeitige Position machen muss, in der sie versucht, eine bessere Opposition zu sein als Sie. Das trifft auch auf einige Personalvertretungen zu, die sich nach meiner Auffassung durchaus mehr an die Grundsätze der Mitbestimmung halten sollten; ich meine die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Dienststelle.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, üblicherweise gehen wir Abgeordnete mit den auf uns einregnenden Informationen etwas oberflächlich um.

(Zurufe von CDU und FDP)

Hierzu zählen sicher auch die mehr als hundert Kurzmitten mitteilungen des Statistischen Landesamtes. Aber ich möchte, dass Sie Ihr Augenmerk trotzdem auf zwei Kurzinformationen des Amtes legen, nämlich auf Nummer 54 vom 16. April und Nummer 58 vom 2. Mai dieses Jahres. Beide beziehen sich auf die zahlenmäßige Entwicklung der Versorgung des Landes mit Lehrerinnen und Lehrern und die **Unterrichtsversorgung**. So ist die Zahl der Lehrerinnen und Lehrer an den allgemein bildenden Schulen unseres Landes im Schuljahr 2000/2001 um 237 gestiegen und im Schuljahr 2001/2002 - jetzt - um weitere 227. Bei den beruflichen Schulen stieg die Anzahl der Lehrkräfte im laufenden Schuljahr um 65. Das macht einen Zuwachs von zusammen 292 Lehrerinnen und Lehrern im Schuljahr 2001/2002 aus. Das sind, liebe Kollegin Birk, Lehrkräfte aus Fleisch und Blut, so wie Sie sie in einer Presseerklärung einmal gefordert haben.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Höppner, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten de Jager?

Dr. Henning Höppner [SPD]:

Ja.

Jost de Jager [CDU]: Herr Kollege Höppner, würden Sie mir die Frage beantworten, warum Sie einen mündlichen Bericht der Ministerin beantragen, wenn Sie hier nicht darauf eingehen?

- Ich werde schon darauf eingehen. Ich habe noch ein bisschen Redezeit. Vielen Dank für die Erinnerung!

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, ich muss den Eltern, den Schülerinnen und Schülern in Schleswig-Holstein an dieser Stelle deutlich machen: Die rot-grüne Landesregierung hat in den vergangenen beiden Schuljahren Wort gehalten und das im Jahr 2000 in der Regierungserklärung formulierte Ziel von 200 zusätzlichen Vollzeitlehrerstellen konsequent erreicht.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wer selbst Kinder in der Schule hat, sieht sich wie diese über viele Jahre mit Fragen der Qualität von Unterricht konfrontiert. - Jetzt sind wir bei diesem Thema. - Nicht so sehr die Schule im Allgemeinen und der eigentliche Unterrichtsstoff oder die Menge des Unterrichtsstoffs sind für die Eltern das zentrale Problemfeld in der Schule, sondern in starkem Maße die **Qualität des Unterrichts**, die wesentlich durch die Lehrkräfte bestimmt ist. Es sind dies Fragen nach den pädagogischen Fähigkeiten und der fachlichen Autorität des Lehrers, nach der Form der altersgemäßen Vermittlung des Unterrichtsstoffs und ganz wesentlich auch die Frage nach einer gerechten Behandlung der Schülerinnen und Schüler und einer gerechten Beurteilung der einzelnen Schüler.

Es gibt in den Lehrerkollegien diesbezüglich nämlich nach wie vor ungeheure Bandbreiten. Es gibt sie, die vielen, vielen engagierten Lehrer, die es verstehen, Unterricht auf dem aktuellen Stand des Wissens zu vermitteln und Schülerinnen und Schüler zu begeistern. Es gibt aber auch nach wie vor - die kennen alle - und unvermeidbar diejenigen in den Lehrerkollegien, die den Eltern und den Elternkonferenzen als Schwachstellen bekannt sind und die - das zeigt sich immer wieder - Kommunikationsprobleme mit Schülern und Eltern haben. Die Qualität von Unterricht ist eben sehr stark und in überwiegendem Maß von den individuellen Eigenschaften der Lehrkräfte bestimmt.

Die TIMS-Studie und auch PISA haben im Lehrerkollegium zu einer neuen und intensiven Diskussion um die Verbesserung der Unterrichtsqualität geführt. Dies betrifft unterrichtsorganisatorische Veränderungen genauso wie die Verbesserung der Kommunikation zwischen Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern und Elternhäusern. Die Schulen sind angesichts der Erkenntnisse und Ergebnisse der **PISA-Studie** genauso nachdenklich geworden wie wir Bildungspolitiker.

Vieles, was wir oder die Schulen früher als Selbstverständnis beschrieben haben, als sicheres und unverrückbares Prinzip, das, was als unantastbar galt, wird heute angesichts des internationalen Vergleichs häufig

(Dr. Henning Höppner)

durchaus anders betrachtet. Ich denke, dies trifft vor allem auf die Schulprogrammarbeit zu. Vor kurzem noch mit eher spitzen Fingern angefasst, sieht man heute durchaus Chancen, über das **Schulprogramm** zu einem wichtigen Instrument der Zielsetzung und Entwicklung der Schule zu kommen -

(Beifall bei SPD)

so, wie wir und die Schulen uns das im Sinne der Stärkung der Eigenverantwortung der Schulen wünschen.

Ich kann allen Bildungsinteressierten hier im Hause - wir sind jetzt noch sehr viele - nur empfehlen, die Ausgabe „Schule aktuell“ vom März dieses Jahres in die Hand zu nehmen und den Bericht der Heinrich-Heine-Schule aus Heikendorf über ihre Schulprogrammarbeit zu lesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die PISA-Studie hat uns aufgefordert, die Qualitätsstandards von Schule und Unterricht neu zu bestimmen. Nach dem Bericht der Ministerin bin ich mir sicher, dass uns dies in Schleswig-Holstein gelingen wird. Wir sind auf dem richtigen Dampfer und im richtigen Fahrwasser.

Ich danke der Frau Ministerin für ihren Bericht.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die rot-grüne Landesregierung bereitet den Schulen leider eher Qual als Qualität. Ein Beispiel dafür ist der Schnellschuss, mit dem das Kultusministerium auf die **PISA-Studie** reagiert hat, nämlich mit der Ankündigung, einen so genannten **Schul-TÜV** einzuführen. Ich habe dazu in der letzten Tagung schon einmal Stellung genommen und möchte das zusammenfassen. Reisende Schul-TÜV-Prüfgruppen, bestehend aus einem Schulleiter, einem Schulentwicklungsberater und einem Schulleiter, die von Schule zu Schule reisen, führen mit ihrer Tätigkeit nach meiner festen Überzeugung nicht zu mehr Qualität der schulischen Arbeit, sondern binden in erheblichem Umfang Personalkapazität, die man angesichts knapper Kassen anderweitig besser einsetzen kann.

Wenn sich drei Schul-TÜV-Prüfer mit jeder Schule des Landes drei Tage lang beschäftigen - das ist für Vorbereitung, Schulbesuch und Nachbereitung gewiss nicht zu hoch angesetzt -, so bindet dies bei rund 1.200 Schulen und einem jährlichen Check die volle Arbeitskapazität von 40 Stellen des öffentlichen Dien-

stes. Bei einem zweijährigen Schul-TÜV wären es noch immer 20 Stellen. Ich finde, dies ist eine Verschwendung von knappen Personalressourcen, die nichts bringt. Ich bleibe bei der Aussage: Eine Wiederauferstehung des preußischen Oberschulrats auf Inspektionsreise durch die Provinz wird die Qualität unserer Schule nicht heben.

(Beifall bei der FDP)

Ich teile aber ausdrücklich das, was Frau Erdsiek-Rave vorhin zum Thema „Setzen von Standards“ ausgeführt hat, Stichwort: **Vergleichsarbeiten**. Das ist ein vernünftiger Weg, dass man bestimmte Standards für bestimmte Schulen und Klassenstufen ermittelt und dann über Vergleichsarbeiten landesweit - und nach Möglichkeit, auch da teile ich Ihre Auffassung, auch bundesweit im Rahmen der KMK abstimmt, damit man sich an einheitlichen Maßstäben orientieren kann - den Leistungsstand der einzelnen Schulen testet, überprüft. Dies ist ein vernünftiger Ansatz. Man gewinnt auf diese Weise einen objektivierten Überblick über den Leistungsstand an den Schulen und kann gegebenenfalls, und zwar möglichst frühzeitig, korrigierend eingreifen, um Mängel abzustellen. Auf diesem Weg, Frau Erdsiek-Rave, möchten wir Sie ausdrücklich unterstützen.

Dass der jeweils an den Schulen erreichte Leistungsstand nicht das einzige Kriterium für die **Qualität der Schulen** ist, versteht sich aus meiner Sicht von selbst. Zur Qualität der Schulen gehört ebenso, dass und in welchem Maße sie mündige junge Staatsbürger hervorbringen. Erfolgreiche Arbeit in den Schulen setzt bei allen Beteiligten Anstrengungs- und Leistungsbereitschaft voraus. Dies zu erreichen kann nicht allein Aufgabe der Lehrer sein. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, eine Aufgabe, der sich alle Beteiligten im System Schule stellen müssen.

Die Hauptaufgabe der Schulpolitik im Bereich der Qualitätssicherung liegt im Übrigen nicht allein und nicht einmal vorrangig in der Kontrolle erreichter Qualität. Die Schulpolitik ist vor allem gefordert, für Rahmenbedingungen zu sorgen, unter denen Qualität von Bildung gesteigert werden kann. Wenn man, wie dies heute in Schleswig-Holstein der Fall ist, als Hauptschüler im Durchschnitt 25 Wochenstunden Unterricht erhält, vor zehn Jahren in dieser Schulart, der Hauptschule, aber im Schnitt 30 Wochenstunden üblich waren, dann lässt sich allein aus einer derartigen Schrumpfung des Unterrichtsangebots unschwer eine deutliche Verschlechterung der Rahmenbedingungen ablesen. Auch vor dem Hintergrund der Probleme, die die **Hauptschulen** nicht zuletzt durch diese Entwicklung bekommen haben, halte ich den Weg, den

(Dr. Ekkehard Klug)

Frau Erdsiek-Rave zeitlich gestaffelt zur Hauptschule beschrieben hat, für den richtigen.

Indem man bei der gegebenen Situation einfach Knall auf Fall eine Prüfung obendrauf setzt, wird man die Qualität, Herr Kollege de Jager, nicht erhöhen können. Dies muss eine abgestimmte Entwicklung sein, wo vor allem an den Schulen mehr bezüglich Unterrichtsangebot und Ausstattung der Schulen unterfüttert wird. Das ist eine zentrale Aufgabe. Die Schulen müssen so gestärkt werden, dass sie dem Schüler auf dem Weg zur Abschlussprüfung und damit auf seinem weiteren Bildungs- und Lebensweg wirklich helfen können, anstatt mit einer solchen Einführung Schulversager in großer Zahl zu produzieren.

Gute Schulen brauchen gute Lehrer. Was ein guter Lehrer ist, erweist sich an der Qualität seines Unterrichts. Seine oder ihre Liebe zum Fach, die Bereitschaft zu eigenen Leistungen in fachlicher und pädagogischer Hinsicht sind dabei von zentraler Bedeutung. Wer diese Voraussetzungen nicht selbst erfüllt, kann von den Schülern nicht glaubwürdig Leistung einfordern. Ein guter Lehrer, eine gute Lehrerin will Kindern und Jugendlichen Bildung vermitteln. Er beziehungsweise sie arbeitet gern mit Kindern und Jugendlichen in der Schule - eine entscheidende Voraussetzung dafür, ein guter Lehrer, eine gute Lehrerin zu sein.

Die Eignung der Lehrer für ihren Beruf und die von ihnen in Studium, Referendariat und Fortbildung erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten sind daher eine wesentliche Voraussetzung für eine hohe Qualität von Schule. Daher kommt es auf die **Lehrerbildung** und die Personalauswahl ganz entscheidend an. Wir werden hier heute Nachmittag noch einmal im Zusammenhang mit dem Thema „Weiterentwicklung des IPTS“ über Lehrerbildung sprechen. Hier sehe ich durchaus erhebliche Probleme auf das Land, auf die Schulen Schleswig-Holsteins zukommen, wenn die Landesregierung bei ihren bisherigen Plänen bleibt.

Zur Lehrerbildung gehört auch die Fortbildung. Wenn man sich die Ausstattung für Fortbildungsmaßnahmen im Landeshaushalt anschaut, muss man feststellen, dass im Durchschnitt pro Lehrkraft im Jahr gerade einmal 10 € dafür zur Verfügung stehen. Auch das ist nicht unbedingt förderlich für die Weiterentwicklung von Qualität im Sinne von Stärkung der Fortbildung.

Das Kultusministerium sucht leider vielfach sein Heil im Aufbau einer schönen Fassade. Das allerletzte Beispiel dieser Art ist das Bestreben des Ministeriums, nun auch den Schulleitern eine Zielvereinbarung schmackhaft zu machen. Den Inhalt dieser Zielvereinbarung finden viele Schulleiter aber entweder grotesk oder sehen darin eine offene Misstrauenserklärung.

Wenn sich die Schulleiter künftig dazu verpflichten sollen, all das einzuhalten, was ohnehin bereits in Erlassen oder Dienstanweisungen geregelt ist - übrigens im Gegenzug für die geradezu grandiose Zusage des Kultusministeriums, man werde dafür alle vom Landtag bewilligten Stellen ordnungsgemäß an die Schulen verteilen -, dann ist dies etwas, was bei den Betroffenen an den Schulen schlicht und ergreifend auf Unverständnis stößt. Zielvereinbarungen über pure Selbstverständlichkeiten, die der staunenden Öffentlichkeit vielleicht bald auch noch als grandioser Beitrag zur Qualitätssicherung verkauft werden, sind eher eine politische Realsatire aus dem Kultusministerium als ein echter Beitrag zur Verbesserung der Situation an den Schulen.

Auf der einen Seite Schönrederei, auf der anderen Seite ist den Schulleitungen von ihren Vorgesetzten im Ministerium und in den Schulämtern die Anweisung erteilt worden, den Elternvertretern nur dann Angaben zum **Stundenfehl** mitzuteilen, wenn dieses über eine zehnpromtente Abweichung von der Stundentafel hinausgeht. Zum Schönreden der Lage kommt also die Verkleisterung von Problemen. Das Stundenfehl darf ein Schulleiter seinem Elternbeirat nur dann bekannt geben, wenn es im Einzelfall 10 % übersteigt.

Es ist kein Wunder, wenn die Unruhe an den Schulen immer mehr wächst, wenn Elternvertreter und Schüler immer öfter mit Protesten reagieren, zum Beispiel an der Kurt-Tucholsky-Schule in Flensburg, wo die meisten der über 1.400 Schüler in der vergangenen Woche für mehr Unterricht demonstriert haben. Das „Flensburger Tageblatt“ zitierte in seinem Bericht die Schülerin einer 7. Realschulklasse:

„Bei uns fallen eigentlich schon seit der 5. Klasse regelmäßig Mathe und Physik aus.“

So nachzulesen im „Flensburger Tageblatt“ vom 7. Mai 2002. Herr Kollege Höppner, sind Sie wirklich der Meinung, dass diese Fakten in Übereinstimmung stehen mit dem, was Sie zu der angeblich so großartigen UNTERRICHTSVERSORGUNG im Lande Schleswig-Holstein gesagt haben? Meine Damen und Herren, ich kann nur an Sie appellieren: Nehmen Sie die Realität an den Schulen endlich wahr, anstatt sie schönzureden!

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Birk das Wort.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Leistungsfähigkeit und Solidarität - beides

(Angelika Birk)

brauchen wir an unseren Schulen. Zu beiden haben Landtag und Regierung auf der Grundlage rot-grüner Anträge in den letzten Jahren weitgehende Reformschritte eingeleitet und wir werden diesen Prozess, wenn wir die PISA-Ergebnisse noch eingehender diskutiert haben, fortsetzen.

Schleswig-Holstein hat schon vor Veröffentlichung der **PISA-Ergebnisse**, nämlich seit Beginn der rot-grünen Regierungsarbeit, mit der strukturellen Qualitätssicherung begonnen: mehr Schulautonomie, mehr Selbststeuerung der Schulen, mehr Kommunikation zwischen Schulen, um voneinander zu lernen, Netzwerkbildung, damit gute Modelle im wahrsten Sinne des Wortes Schule machen, Revision der Lehrpläne, um Schlüsselqualifikationen und das selbstständige Problemlösen der Kinder und Jugendlichen zu fördern.

Genau die **Schulreform**, die die PISA-Ergebnisse nahe legen, wurde in den letzten Jahren - und ich möchte hier deutlich sagen: gegen den erbitterten Widerstand der Opposition - mit breiter pädagogischer Beteiligung seitens der Landesregierung umgesetzt. Ich finde, das verdient hier - bei all den Schwierigkeiten, mit denen wir uns natürlich angesichts der Haushaltsenge konfrontiert sehen - einmal festgehalten zu werden. Hier ist angesichts der knappen Mittel gut gewirtschaftet worden, was diesen Reformprozess betrifft.

Er ist nicht leicht, er kann nicht geradlinig gehen, braucht manchmal kreisende Bewegungen, braucht auch die Reibungsfläche und den Widerstand und er kann nicht gegen die Menschen erfolgen; denn Reformen gerade im pädagogischen Bereich gehen nur mit den Menschen und nicht gegen sie. Insofern ist es richtig, wenn die Ministerin darauf verweist: Allein schon von der Umsetzung her brauchen solche Dinge auch bei optimaler Unterstützung Zeit. Es geht ja immerhin um Erziehungsprozesse und Kinder funktionieren nun einmal nicht auf Knopfdruck - Erwachsene Gott sei Dank auch nicht.

Andererseits möchte ich an dieser Stelle vor dem warnen, was hier vonseiten der Opposition kam, dass mehr Leistungsdruck, mehr zentrale Prüfungen das Heil seien, mit dem wir auf die Probleme, die uns PISA aufgezeigt hat, antworten können. Erst recht, wenn wir uns die Ereignisse von Erfurt vor Augen halten, an die die Ministerin, wie ich finde, sehr deutlich und sehr angemessen, wenn man sich einmal das Motto dieses Geleitworts vor Augen hält, erinnert hat. Dann muss uns deutlich werden, dass Leistungsdruck nicht automatisch mehr Leistung erzeugt, sondern erst einmal Angst.

Gerade Schleswig-Holstein kann sich bundesweit an seinen **Modellversuchen** messen lassen und steht im

Vergleich mit anderen Bundesländern gut da. 90 Schulen nehmen an Bund-Länder-finanzierten Modellversuchen teil und die Ministerin hat darauf hingewiesen, dass bei bundesweiten und internationalen Qualitätssicherungsprogrammen Schleswig-Holstein sogar federführend tätig ist.

Ich freue mich insbesondere auch, dass an der von Ihnen genannten Untersuchung IGLU - ein schöner Name, um die Grundschullesefähigkeit zu testen - Schleswig-Holstein offensichtlich nicht nur teilnimmt, sondern sich vorgenommen hat, gestaltend am Untersuchungsablauf mitzuwirken. Das ist wichtig, gerade wenn wir uns vor Augen halten, dass die Lesefähigkeit ja nun das zentrale Thema für alle Fächer ist und die Bundesrepublik gerade hier Defizite auszugleichen hat.

Also insgesamt gute Nachrichten. Unser Dank gilt hier ausdrücklich den Pädagoginnen und Pädagogen, die sich mit viel Engagement an diesem Reformprozess beteiligen. Es ist keine Selbstverständlichkeit, dies zu tun, obwohl es natürlich zum Berufsbild des Lehrers und Erziehers gehört, für Neues, für die neue Generation offen zu sein. Trotzdem bedarf es immer wieder einer eigenen Anstrengung, die nicht zu diktieren ist, die immer aus einem eigenen Impuls heraus kommen muss.

Für die Zukunft wünschen wir uns allerdings noch mehr systematische und sichtbare Zusammenarbeit zwischen den Schulen und unseren landeseigenen Hochschulen bei der Qualitätsentwicklung im Schulwesen. Hierzu sollte die anstehende Neustrukturierung des Instituts für Praxis und Theorie der Schule Anreize geben. Wir werden später noch Gelegenheit haben, ausführlich über die Möglichkeiten zu sprechen.

Ich möchte jetzt noch einmal aus Anlass der internen Schulreform auf das eingehen, was aus meiner Sicht zentral ist, an Leitbild zu überwinden. Qualitätssicherung heißt in diesem Fall, die **Qualität des Unterrichts** zu verbessern, aber auch die Einbettung der Schule in die Kommune und die Zusammenarbeit zwischen anderen Institutionen und der Schule - wir sind verschiedentlich hierauf eingegangen -, die Zusammenarbeit zwischen **Jugendhilfe** und Schule, die Weiterentwicklung der Schule zu einem Kommunikationszentrum, in dem sich das Geleitwort des Erfurter Gutenberg-Gymnasiums realisiert, im Leben und Lernen nicht auseinander fallen zu lassen, sondern Schule auch als Lebensort erfahrbar zu machen.

Das Leitbild, das wir überwinden müssen, ist das der Lehrerin oder des Lehrers, die oder der als Einzelkämpferin oder als Einzelkämpfer vor einer Klasse steht und versucht, im fragenden, entwickelnden Unterricht halbwegs zu unterhalten. Wenn das misslingt,

(Angelika Birk)

werden die Fragen immer kleinschrittiger und die Antworten immer einsilbiger. Meistens setzen sie keinen großen Lern-, sondern eher einen Rateprozess der Schülerinnen und Schüler voraus.

Es mag sein, dass diese pädagogische Methode zu Platons Zeiten einmal eine neue Erfindung war. Aber als einzige Methode im Unterricht, wie sie vielfach in Deutschland Tradition hat, ist sie nicht mehr sinngebend. Wir brauchen stattdessen eine große **Binnendifferenzierung**. Unterschiedliche Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler sollten im Unterricht genutzt werden, damit die Kinder und Jugendlichen auch voneinander lernen. Das bedeutet auch eine Kooperation zwischen Pädagoginnen und Pädagogen untereinander über Fachgrenzen hinweg und über die Ängste hinweg, die es auslöst, die eigenen Schwächen in der Kollegenschaft offen zu besprechen und sich gegebenenfalls einer professionellen Supervision zu stellen. Das Ganze ist natürlich nicht zum Nulltarif zu haben. Wir werden uns über die Kosten für die Fortbildung noch Gedanken machen müssen.

Logischerweise kann ein solches Leitbild eines Lehrers, der möglichst eine leistungshomogene Gruppe vor sich hat, nicht dazu führen, dass wir dahin kommen, diese Binnendifferenzierung tatsächlich zu praktizieren. Im Grunde genommen streben alle Lehrerinnen und Lehrer immer wieder zu dieser homogenen Gruppe. Dann wissen alle das Gleiche. Wenn wir dann auch noch zentralistische Prüfungen haben, ist das Leitbild auf die Spitze getrieben.

Wir brauchen das Gegenteil. Wir brauchen eine Kultur, die Differenzen aushält. Das gilt nicht nur für ethnische Differenzen. Das gilt nicht nur für die **Integration** von Kindern mit Handicaps, sondern das gilt auch im Hinblick auf unterschiedliches Lerntempo und das gilt auch im Hinblick auf die unterschiedlichen Schulprofile. Insofern begrüße ich es sehr, dass nicht nur einzelne Modellversuche gemacht werden, sondern es tatsächlich gelungen ist, ein Netzwerk von Schulentwicklung zu schaffen. Das ist tatsächlich eine kleine Revolution, dass wir erst einmal Schulen haben, die Neues ausprobieren, die sich der Evaluationsarbeit stellen, sie selber mit entwickeln und dies dann auf Schulen ihrer Umgebung übertragen. Hierzu lohnte es sich, sich im Ausschuss einmal genauer über diese Erfahrungen berichten zu lassen.

Nicht erwähnt haben Sie, Frau Ministerin, die Arbeitszeitsituation, die wir im Moment modellhaft in einer Überprüfung haben. Das gehört auch zur **Evaluation** dazu, nämlich sich darüber klar zu werden, womit Lehrerinnen und Lehrer ihre Zeit verbringen, wie sie effizienter genutzt werden könnte, welche Räumlichkeiten wir an Schule brauchen, damit die

Kooperation zwischen Lehrerinnen und Lehrern, zwischen Eltern und Lehrerschaft, zwischen Schülerschaft und Lehrerschaft und außenstehenden Institutionen wirklich gelingt.

Ich habe mir viele Lehrerzimmer angeschaut. Als ehemalige Referendarin kann ich sagen: Es ist schon merkwürdig, dass wir immer sagen, Lehrerinnen und Lehrer sollten mehr an der Schule sein, aber die Aufenthaltsorte, die sie dort vorfinden, ihre Arbeitsplätze sind oft nicht sehr geeignet, diesen Aufenthaltsort angenehm und vor allem für das Arbeiten effizient zu machen. Ich will jetzt nicht sagen, dass jeder seinen eigenen Schreibtisch und sein 20-Quadratmeter-Zimmer in der Schule haben soll. Das ist sicherlich nicht möglich und nicht wünschenswert. Aber ich glaube, auch hier müssen wir uns darüber Gedanken machen, wie wir das, was wir an neuem Leitbild für die Arbeit haben, mit entsprechenden pädagogischen Rahmenbedingungen versehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die so genannte TIMS-Studie erregte 1998 nicht annähernd so viel Aufsehen wie die **PISA-Studie** im Dezember letzten Jahres. Dabei deuteten auch in dieser Studie die Testleistungen deutscher Schülerinnen und Schüler auf große Defizite hin. Insbesondere bestand eine große Diskrepanz zwischen den Kompetenzen, die im Rahmen einer mathematisch-naturwissenschaftlichen Grundbildung angestrebt und erwartet wurden, und dem am Ende eines Ausbildungsgangs in der Sekundarstufe II erreichten Niveau der Fähigkeiten. Obwohl damals Leistungsvergleiche von einer halben Million Schülerinnen und Schülern aus rund 15.000 Schulen in 46 Ländern ermittelt wurden und die Bundesrepublik dabei unterdurchschnittlich abschnitt, gab es erhebliche Zweifel an der wissenschaftlichen Aussagekraft der Ergebnisse. Das führte dazu, dass die öffentlichen Diskussionen nach kurzer Zeit verstummten. Seit PISA wissen wir, dass die TIMS-Studie bei allen Vorbehalten solchen internationalen Vergleichsstudien gegenüber vielleicht doch einige Anhaltspunkte über den Zustand unseres Schulwesens gab.

Heute befinden wir uns in der Situation, dass das schlechte Abschneiden Deutschlands bei der PISA-Studie immer mehr zum Wahlkampfthema wird - siehe

(Anke Spoorendonk)

zum Beispiel die aktuelle Ausgabe des „Spiegel“. Dabei droht in Vergessenheit zu geraten, was wir zumindest seit TIMSS wissen, dass nämlich Reformen erst nach einer gewissen Zeit zu wirken beginnen. Im Umkehrschluss heißt das auch, dass wir ohne Konzepte überhaupt nicht weiterkommen. Aus Einzelmaßnahmen lässt sich überhaupt keine Reform zusammenstricken. Neu an der jetzigen Situation ist, dass diese Problematik endlich auch von der Öffentlichkeit wahrgenommen wird.

Wer die **Qualität von Schule** verbessern will, muss deshalb vor allem klären, was zu lernen eigentlich wichtig ist, welches der unverzichtbare Bestand an Kernwissen und an Basisqualifikation überhaupt sein soll. Geklärt werden muss auch, welche Aufgaben Schule erfüllen soll. Sollen Schulen in der Hauptsache Lernorte sein oder auch Lebensräume?

Von der Entscheidung dieser Frage hängt ab, was alles für die Qualität einer Schule bedeutsam sein soll, wie viel Personal mit welcher Ausbildung benötigt wird und welche Kosten damit verbunden sind.

Die Bildungsministerin hat dargelegt, welche Maßnahmen seit 1998 - so lautete der Auftrag - zur Verbesserung der Unterrichtsqualität an den schleswig-holsteinischen Schulen in Angriff genommen worden sind. Für mich ist dabei der Zeitpunkt nicht entscheidend. Wichtig ist allein, was getan wird. Da hat das Ministerium seit Anfang des Jahres einige - so finde ich - viel versprechende Initiativen in Gang gesetzt, auf die man weiter bauen kann.

So soll die Zusammenarbeit zwischen vorschulischen Einrichtungen und der **Grundschule** in Zukunft verbindlich geregelt werden. Beide Institutionen sollen enger zusammenarbeiten, beispielsweise damit Lehrkräfte der Grundschule schon im vorschulischen Bereich sprachliche Defizite erkennen und, wenn möglich, auch beheben können. Dieser Ansatz ist richtig. Es ist kein Geheimnis, dass bereits im Kindergartenalter oft die Weichen für die späteren schulischen Leistungen gelegt werden.

Auch bei den Lehrplänen will das Bildungsministerium ansetzen. Dazu hat die Ministerin heute Ausführungen gemacht. Wir haben gehört, dass im Bereich der Hauptschule im Rahmen der Qualitätsoffensive Hauptschule die **Lehrpläne** in Form von Handreichungen und Beispielaufgaben konkretisiert werden sollen. In einem nächsten Schritt geht es dann um Handreichungen und Beispielaufgaben als Standardsetzungen für die Orientierungsstufe und für die Grundschule.

Auch die geplante **externe Evaluation** der schulischen Arbeit, ein Verfahren zur Überprüfung der Wirksamkeit des pädagogischen Handelns sieht der SSW

durchweg positiv. Für uns ist aber entscheidend - das möchte ich unterstreichen -, dass dadurch die Selbstevaluation von Schulen gestärkt wird; denn dies ist vermutlich die sinnvollste Form der Qualitätskontrolle. Die will aber gelernt sein. Eine Schule kann sich nicht mal eben selbst evaluieren. Die Ziele der Evaluation müssen klar, akzeptiert und auch überschaubar sein und es muss eine reale Chance geben, aus den Ergebnissen praktikable Schlussfolgerungen zu ziehen.

Alles das könnte mithilfe von externen Beratern erarbeitet werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, nur so macht aus unserer Sicht der so genannte Schul-TÜV überhaupt Sinn.

Noch etwas, weil heute ja auch einiges zum Thema Schulranking, Schulleistungsvergleich gesagt worden ist: Soll ein Ranking - das ist die Frage - gegebenenfalls zur freien Schulwahl führen? Ich finde, diese Frage müsste erörtert werden. Oder soll das so verstanden werden, dass nur die Gymnasien „gerankt“ werden sollen, weil hier vielleicht sogar die stärkste Elternlobby sitzt? Was passiert dann mit den anderen Schulen?

Noch eines möchte ich hinzufügen: Von der Einführung verbindlicher Hauptschulprüfungen sind wir längst noch nicht überzeugt. Es mag sein, dass diese Prüfungen letztlich doch Sinn machen, wenn sie richtig gehandhabt werden. Aber einfach so von oben solche Prüfungen zu diktieren, bitte schön, jetzt macht einmal eine verbindliche Hauptschulprüfung, das ergibt überhaupt keinen Sinn.

Noch eines: Wer meint, Qualität an Schulen sei in erster Linie mit Leistungstests und mit Vergleichsarbeiten zu erreichen, muss sich auch die Frage gefallen lassen, ob dadurch im Grunde genommen etwas für die Motivation der Betroffenen gemacht wird, ob dadurch die Motivation gestärkt wird.

(Beifall der Abgeordneten Lars Harms [SSW] und Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Denn Motivation sollte eigentlich gern von innen kommen und Motivation sollte auch dazu führen, dass - ich sage es einmal ganz platt - nicht fürs Berufsleben, sondern wirklich fürs Leben gelernt wird.

(Beifall der Abgeordneten Lars Harms [SSW] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wie sieht denn die Situation an den Schulen aus? In unseren Schulen ist es doch heute schon so, dass viel zu viele Arbeiten geschrieben werden, Arbeiten, die vorbereitet werden müssen, die benotet werden müssen und die dann hinterher ganz schnell wieder vergessen

(Anke Spoorendonk)

werden, weil man sich dann erst einmal von diesem Kraftakt erholen muss - so sind Schülerinnen und Schüler, so waren wir auch selbst, möchte ich einmal behaupten -, und man kann bei Psychologen nachfragen, wie sich dann die Lernkurve entwickelt.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Es ist also naiv zu glauben, dass man einfach etwas erreichen kann, indem man sagt: Noch mehr von allem, noch mehr Leistungstests. Das wird so nicht machbar sein. Man müsste stattdessen wirklich das mündliche Arbeiten in der Schule - ich sage das auch noch einmal -, im Team stärken.

Auch bei den Lehrplänen will das Bildungsministerium ansetzen. Das haben wir gehört. Wir haben von dieser Qualitätsinitiative Hauptschule gehört, wir haben auch davon gehört, dass gerade die ausländischen Schülerinnen und Schüler, die in der PISA-Studie besonders schwach abschneiden, besser gefördert werden sollen. Das macht Sinn; denn das ist ja etwas, was gerade durch die PISA-Studie deutlich geworden ist, dass das deutsche Schulwesen hier wirklich ein riesiges Problem hat.

Zu guter Letzt wird man sich auch noch mit der Lehrerfortbildung beschäftigen müssen. Wir werden das im Rahmen eines späteren Tagesordnungspunktes ja auch noch diskutieren.

Aber eines steht fest: Für alle Maßnahmen zur **Qualitätssicherung** gilt, dass sich die Qualität der Schule nachhaltig nur mit qualifiziertem und motiviertem Personal sichern und steigern lässt. Darum noch einmal: Wer meint, Qualitätssteigerung, Qualitätsentwicklung sei nur mit Tests zu machen, ist auf dem Holzweg.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung. Es ist nicht ausdrücklich eine Ausschussüberweisung verlangt worden. Ich schlage deshalb vor, den Bericht für erledigt zu erklären, oder wird Ausschussbehandlung gewünscht?

(Lothar Hay [SPD]: Erledigung ist richtig!)

- Ausschussüberweisung wird also nicht gewünscht. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 37 auf:

Bericht über die Aktivitäten zur Bekämpfung der Fremdenfeindlichkeit und des Rechtsextremismus

Landtagsbeschluss vom 16. November 2001

Drucksache 15/1306

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/1793

Für den Bericht erteile Herrn Innenminister Klaus Buß das Wort.

Klaus Buß, Innenminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung ist auch zu diesem Punkt sprechfähig; sie wäre es auch vorhin gewesen, wenn sie nicht allzu sehr auf den auch dem Innenminister vorliegenden Ablaufplan für diese Tagung vertraut hätte. Aber wir sind ja lernfähig.

(Lothar Hay [SPD]: Wir haben auf den Innenminister als Sportminister vertraut!)

Meine Damen und Herren, in dem Bericht werden die vielfältigen Aktivitäten der Landesregierung zur Förderung der Toleranz sowie der repressiven und präventiven Bekämpfung von Gewalt dargestellt. Beispielsweise weise ich auf das gesellschaftliche Bündnis gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sowie auf die Maßnahmen zur konsequenten Strafverfolgung hin.

Außerdem sind hervorzuheben die Programme zur Gewaltprävention an Schulen, Prävention im Team - PiT I und II -, die bereits in der Grundschule zu Wertediskussionen anregen sollen und die, Frau Kollegin, ja in der Schule mit großem Erfolg praktiziert werden.

Neben PiT ist ein Konzept zur Bekämpfung von Kinder- und Jugenddelinquenz erarbeitet worden. Da die Problematik auffälliger Jugendlicher nicht nur auf die Schule bezogen ist, wurde ein Konzept zur Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule erstellt.

Aktuell untersucht eine Arbeitsgruppe die Möglichkeiten zur Prävention von Gewalt und Sucht im kommunalen Raum. Der Landesrat für Kriminalitätsverhütung plant die Erarbeitung des Themas Schulabzertismus, weil auch im Umfeld dieses Bereichs mögliche Ursachen zu erhöhter Gewaltbereitschaft eine wesentliche Rolle spielen.

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund des tragischen Ereignisses in Erfurt wird deutlich, alle Verantwortlichen in Staat und Gesellschaft sind dazu aufgerufen, ihre Aktivitäten so auszurichten, dass die möglichen **Ursachen von Gewalt** reduziert werden und so ein wirksamer Beitrag zur Prävention geleistet wird. Dabei ist Aktionismus Fehl am Platz. Vielmehr muss es darum gehen, gefährdete Jugendliche und Heranwachsende

(Minister Klaus Buß)

dauerhaft aus ihrer Ausgrenzung herauszuholen und ihnen Perspektiven zu geben.

Die Fähigkeit zur gewaltfreien Konfliktlösung muss vermittelt werden. Das Recht auf körperliche und auch seelische Unversehrtheit ist dabei Richtschnur unseres Handelns.

Neben den vielfältigen Anstrengungen der Ressorts durch die vorliegenden Programme und Konzepte wird die Landesregierung auch künftig neue Möglichkeiten zur Gewaltprävention initiieren, begleiten und unterstützen; denn die Landesregierung sieht unabhängig von der jeweils aktuellen Medienberichterstattung in der Bekämpfung von Gewalt eine ihrer wichtigsten Aufgaben und das sehe ich persönlich in ganz besonderem Maße so.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Geißler.

Thorsten Geißler [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Extremismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und jeglicher Form von Gewalt muss weiterhin mit allen rechtsstaatlichen Mitteln entgegengetreten werden.

(Beifall des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Wer die Würde anderer Menschen missachtet, wer Menschen bedroht, einschüchtert, angreift oder gar tötet, stellt sich außerhalb der Werte des Grundgesetzes. Auf solches Handeln werden Staat und Gesellschaft schnell, unmissverständlich und eindeutig reagieren.

Dies ist der Kerngedanke, der vor zwei Jahren am 28. September beschlossenen und von allen Fraktionen des Landtages getragenen Resolution gegen Rechtsextremismus und für ein tolerantes Schleswig-Holstein. Es stellt einen Handlungsauftrag an alle da, die in diesem Land politische Verantwortung tragen, und ist zugleich eine Ermahnung zur Zivilcourage an alle Bürgerinnen und Bürger.

Der Bericht der Landesregierung stellt die Aktivitäten beziehungsweise Projekte gegen Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz, Gewalt, Rassenhass oder Extremismus dar, die von der Regierung oder mit finanzieller Förderung durch das Land von anderen Organisationen und Institutionen durchgeführt werden.

Es ist ein breites Spektrum; es umfasst justizielle Reaktionsmöglichkeiten ebenso wie Maßnahmen der politischen Jugendbildung, Vorhaben zur Abwehr von Gewaltorientierung, Förderung der interkulturellen Bildung, Veranstaltungen der Volkshochschulen - um das nur beispielhaft aufzuzählen.

Es engagieren sich Vereine und Verbände, Kirchen und soziale Gruppierungen. Es mangelt nicht an Ansätzen der unterschiedlichsten Art. Dieses Engagement verdient Anerkennung, Respekt und Würdigung.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und SSW)

Der Bericht hat aber auch ein Manko. Leider wird an kaum einer Stelle aufgezeigt, wie viele Menschen denn von den einzelnen Projekten und Maßnahmen erreicht wurden.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: So ist es!)

Fast durchweg fehlen konkrete Angaben zu den eingesetzten Mitteln, zu messbaren Erfolgen oder auch zu Misserfolgen. Natürlich verkenne ich nicht, dass es extremistischen Gruppierungen, gleich welcher Art, nicht gelungen ist, in breite Bevölkerungsschichten einzudringen. Die Menschen in unserem Land werden sich auch zu Recht vor einem pauschalen Vorwurf der **Fremdenfeindlichkeit** verwahren. Es herrscht kein solches Klima in diesem Land. Die Mehrzahl ist tolerant und ausländerfreundlich.

(Beifall bei CDU, SPD und SSW)

Ich verweise aber auf den Verfassungsschutzbericht des Innenministers für das Jahr 2001, der in dieser Landtagstagung ebenfalls behandelt wird. Darin heißt es:

„Die Gesamtzahl der Angehörigen der rechts-extremistischen Szene ist konstant geblieben, rund 1.450. Das Spektrum hat sich aber weiter zu den Kräften hin verschoben, die grundsätzlich politische Gewalt akzeptieren. Im Einzelnen: Die Anzahl der Gewaltbereiten, insbesondere der rechtsextremistischen Skinheads - also überwiegend jugendlicher Neonazis - hat sich von 300 im Jahr 1999 auf 470 im Jahre 2001 erhöht.“

Niemand, der sich im schulischen oder außerschulischen Bereich gegen Rechtsextremismus engagiert, soll durch die Nennung dieser Fakten entmutigt oder demotiviert werden. Vielleicht ist durch viele Projekte Schlimmeres verhindert worden. Diese Angaben zeigen aber auch deutlich, Herr Innenminister: Einen durchschlagenden Erfolg bei der Bekämpfung gewaltbereiter **Rechtsextremisten** hat es in Schleswig-Holstein bisher leider nicht gegeben. Die Landesregierung

(Thorsten Geißler)

ist daher aufgefordert, ihre Bemühungen zu intensivieren und fortzusetzen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir müssen uns mit den Ursachen von Extremismus beschäftigen. Bezüglich des Kapitels Rechtsextremismus verweist die Forschung seit Jahren darauf, dass individuelle und gesamtgesellschaftliche Ursachen des Rechtsextremismus einen einheitlichen Wirkungszusammenhang bilden, wie er in zahlreichen Studien dargestellt wird. Wenn rascher sozialer Wandel und technologische Modernisierung mit anhaltend hoher Arbeitslosigkeit einhergehen, sind diejenigen für rechtsextremistische Parolen empfänglich, die fürchten, bei diesem Transformationsprozess zu den Verlierern zu gehören. Wenn in der schulischen und außerschulischen Bildung nicht konsequent Werte vorgelebt und vermittelt werden, entsteht ein Vakuum, das von Rechtsextremisten gern gefüllt wird. Nicht einzelne Modellprojekte helfen insofern weiter. Vielmehr müssen wir versuchen, darüber einen Konsens unter allen demokratischen Kräften zu erzielen. Ich hoffe, dass die neuerliche Aufgeschlossenheit, auch gerade der politischen Linken, gegenüber den jahrelangen Forderungen meiner Partei nach einer stärkeren Werteorientierung in der Bildung nicht nur vorübergehender Natur sein wird.

(Beifall bei der CDU)

Ein Letztes! In mehreren **westeuropäischen Ländern** haben rechtspopulistische Parteien in der jüngeren Vergangenheit spektakuläre Erfolge erzielt. Die Ursachen dafür mögen unterschiedlich sein. Dennoch dürfte feststehen: Wenn die öffentliche Erörterung bestimmter Themen, die die Bevölkerung bewegen, von den Protagonisten der Political Correctness unterbunden und nicht von den demokratischen Parteien geführt wird, dann nutzen rechtspopulistische Parteien dies aus und schlagen daraus Kapital. Das müssen Sie erkennen!

(Beifall bei CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Daher hat die Resolution des Schleswig-Holsteinischen Landtages vom 28. September 2000 weiterhin Gültigkeit; sie muss weiterhin mit Leben erfüllt werden. Das ist der Handlungsauftrag an die Landesregierung, aber auch an alle anderen, die Verantwortung tragen. Das ist ein Handlungsauftrag an alle gesellschaftlichen Kräfte.

(Beifall bei CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich möchte jetzt zunächst auf der Tribüne die neuen Besucher begrüßen. Ich begrüße die Besuchergruppe der Waffentauchergruppe Eckernförde, des SSW Kiel-Holtenau auf der Tribüne und in der Loge die SPD-Ortsvereinsmitglieder aus dem Wahlkreis Rendsburg-Ost.

(Beifall)

Jetzt erteile ich dem Herrn Abgeordneten Rother das Wort.

Thomas Rother [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Bericht über die Aktivitäten zur Bekämpfung der Fremdenfeindlichkeit und des Rechtsextremismus hat die Landesregierung eine Vorlage erarbeitet, die in wirklich hervorragender Weise wiedergibt, welche Maßnahmen eingeleitet wurden. Wir erhalten einen wirklich guten Überblick über Art, Ziel, Erfolg und Zukunft der Maßnahmen. Die Aufgabe ist richtigerweise als **Querschnittsaufgabe** begriffen worden. Es sind nämlich sechs von neun Ressorts mit dem Thema befasst. Der Maßnahmenbogen - der Innenminister hat es beschrieben - reicht von Information, Beratung, Prävention über konsequente Strafverfolgung bis hin zu Perspektiven für Täter und mögliche Täter auch nach der Strafverbüßung. Es gibt kein Gewurschtele gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, sondern eine ausgefeilte Strategie, die mit einzelnen Maßnahmen praktisch umgesetzt wird und ihre Fortsetzung findet.

Auch der ergänzende Charakter der Maßnahmen wird durch den Bericht deutlich. Projekte werden vergleichbar, vor allem mit denen anderer Bundesländer. Insofern ist der Bericht - das hat Herr Geißler angesprochen - eine kluge Ergänzung zum Präventionsbericht, den wir vor ein paar Wochen beraten haben. Die im Bericht geschilderten Aktivitäten sind somit gleichzeitig Grundlage und Ergänzung der Maßnahmen, die von vielen Organisationen und Initiativen in großer Anzahl und Vielfalt im ganzen Land durchgeführt werden. Der Landesrat für Kriminalitätsverhütung beispielsweise hat einen hervorragenden Leitfaden gegen Rechts herausgegeben, der kommunale Aktionen und Initiativen gegen Rechtsextremismus beschreibt.

Auch wenn es um das Thema Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in den **Medien** ja etwas ruhiger geworden ist, so besteht immer noch kein Grund für eine Entwarnung. Im Verfassungsschutzbericht - das ist schon vorgetragen worden - ist angegeben, dass die Zahl der auffälligen Rechtsextremisten in Schleswig-Holstein mit 1.450 vergleichsweise stabil ist. Positiv

(Thomas Rother)

kann man vielleicht aber auch sagen, dass die Zahl stagniert, denn schließlich sind es in der letzten Zeit auch nicht mehr geworden. Allerdings ist die Zahl der Gewaltbereiten stetig gestiegen und liegt jetzt bei 470; während es 1999 nur 300 waren. Die Zahl der Gewalttaten selbst wird auf einer neuen statischen Grundlage ermittelt und ist somit gegenwärtig nur bedingt aussagekräftig. Der Rückgang der Straftaten mit politischem Hintergrund - wenn man die Jahre 2000 auf 2001 betrachtet, ist das bundesweit rund ein Drittel - weist jedoch auf einen positiven Trend hin, der sicherlich auch durch die Maßnahmen aller Institutionen gegen extremistische Gewalt und Fremdenfeindlichkeit begründet ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es bleibt allerdings immer noch Besorgnis erregend, dass in den ersten drei Monaten dieses Jahres 127 Fälle antisemitischer Übergriffe und Hetze in Deutschland zu zählen waren. Das sind genau 127 zu viel. Es gibt also auch gegenwärtig wenig Grund zur Gelassenheit bei dieser Frage. Ich denke, nicht umsonst warnten Tony Blair und Gerhard Schröder gerade in diesen Tagen vor einem Rechtsruck in Europa. Die beiden haben bei ihren Treffen sicherlich eine Menge wichtiger Themen zu beraten. Das Thema Rechtsextremismus haben sie aber - man muss sich nur einmal die Wahlergebnisse in Europa, gerade jetzt in Holland, anschauen - nicht ohne Anlass gewählt. Gerhard Schröder selbst hat vorgestern noch einmal nachgelegt. Ich sehe allerdings abweichend von Schröder die Verantwortung für die Bekämpfung des Rechtsextremismus nicht nur bei den Liberalen und Konservativen, sondern natürlich auch bei den Linken und den Grünen. Ich denke, an diesem Punkt greift seine Aussage etwas zu kurz.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lothar Hay [SPD]: Ja! Sehr wahr!)

Denn alle Parlamentarier stehen in einer besonderen Verantwortung, Themen wie Globalisierung, Zuwanderung, europäische Integration oder Kriminalitätsbekämpfung nicht klein zu reden, sondern glaubhafte **politische Konzepte** dazu vorzulegen. Dabei darf man nicht bei der „alten“ oder „neuen“ Rechten abschreiben und mit solchen Positionen kokettieren. Das ist - insofern hat Schröder wieder Recht - genauso wenig hinzunehmen wie politische Substanzlosigkeit, die den Gag in den Vordergrund stellt und über mangelnde Inhalte hinwegtäuscht. Wenn man das macht, darf man sich auch nicht wundern, dass die Rechtsextremisten Zulauf haben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Nach der Niederlage der Schill-Partei in Sachsen-Anhalt sollten wir nicht zu sicher sein, dass der Rechtspopulismus schon wieder am Ende ist und als Betriebsunfall abzutun ist. Denn die Zahl von 10 bis 15 % an Menschen mit rechtsextremem Weltbild wird in der Forschung weiter genannt. Es käme einer Kapitulation der demokratischen, solidarischen und weltoffenen Gesellschaft gleich, sich mit dieser Situation abzufinden.

Einen Beitrag dazu, etwas zu verändern, leistet der vorliegende Bericht, der hoffentlich viele Leserinnen und Leser außerhalb dieses Parlaments findet. Er ist ein guter Ratgeber für alle, die handeln wollen und dabei nach Anregungen suchen. Herr Geißler, es ist natürlich immer eine hervorragende Sache, wenn die Opposition Vorschläge unterbreitet. Die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit gehört ja zum Themenbereich der **inneren Sicherheit**. Wenn Sie das zu seinem Schwerpunkt machen, dann sind wir für jede Anregung dankbar.

Ich beantrage, den Bericht an die den berichtenden Ministerien zugeordneten Ausschüssen zur abschließenden Beratung zu überweisen. Das ist notwendig, um die Erfolgskontrolle, die Evaluation der einzelnen Maßnahmen zu betreiben. Denn es soll sichergestellt werden, dass die vorhandenen Mittel auch wirksam eingesetzt werden. Da gebe ich Herrn Geißler Recht. Über Details können wir dann in den Ausschussberatungen sprechen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Bevor ich Ihnen den vorbereiteten Redebeitrag von Günther Hildebrand zum Besten gebe, gestatten Sie mir eine persönliche Vorbemerkung, auch wenn der Kollege Geißler das im Prinzip schon angesprochen hat. Leute wie Fortuyn oder dessen Liste, Le Pen in Frankreich, Haider oder auch Ronald Schill in Hamburg sind erst möglich geworden, weil weite Teile der so genannten etablierten Parteien - damit meine ich uns alle - die Ängste bestimmter Bevölkerungskreise nicht ernst genommen beziehungsweise vermittelt haben, sie würden sie nicht ernst nehmen. Political Correctness darf nicht länger heißen, dass man über die Ängste und Ablehnungen gegenüber allem, was einem fremd vorkommt, einfach hinweggeht.

(Dr. Heiner Garg)

Dabei spielt es überhaupt keine Rolle, ob Sie oder ich eine solche Haltung als dümmlich, dumpf oder unbegründet einschätzen. Tatsache ist, dass in Europa bis zu 20 % der Menschen - Herr Kollege Rother - so denken. Wenn wir alle diese Ängste in Zukunft nicht wirklich ernst nehmen, wird es immer andere geben, die auf diesen Zug aufspringen und so tun, als hätten sie einfache Patentrezepte. Genau diese anderen gilt es zu verhindern.

(Beifall im ganzen Haus)

Liebe Kollegen, seit über zehn Jahren stößt die Landesregierung immer wieder Projekte an. Der Anteil der **Jugendlichen** mit rechtsextremer Neigung blieb aber über die Jahre mit circa 13 bis 15 % konstant. Ich verweise hierzu nur auf die Große Anfrage zu diesem Thema aus dem Jahr 2000. Dabei wird die Landesregierung in der Aufzählung ihrer Projekte gegen Rechts immer phantasievoller, Herr Minister. Viele der im Bericht vorgetragenen Konzepte, die unter dem Titel der Bekämpfung des **Rechtsextremismus** und der **Ausländerfeindlichkeit** stehen, sind Dinge, die nur am Rande etwas mit der Bekämpfung dieses spezifischen Problems zu tun haben. So sprechen Sie im Bericht unter dem Abschnitt des Justizministeriums das Thema Öffentlichkeitsarbeit an. Ich zitiere einmal von Seite 10:

„Durch die Darstellung konsequenter Strafverfolgung und schneller Ahndung fremdenfeindlicher und extremistischer Taten kann generalpräventive Wirkung in der Öffentlichkeit erzielt werden.“

Herr Minister, das ist zwar richtig, gilt aber für alle Straftäter. Wir begrüßen das Vorhaben, Straftäter schnell zu fassen und abzuurteilen. Wir werden gespannt darauf achten, ob im **Justizbereich** die entsprechenden Vorkehrungen hierfür getroffen werden beziehungsweise bei der Polizei die sächlichen und personellen Voraussetzungen für einen schnellen Zugriff gegeben sind.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Schließlich kann in der Öffentlichkeit über eine schnelle Aburteilung nur dann berichtet werden, wenn sie auch erfolgt ist.

Auch das im Bericht umschriebene Projekt des **Täter-Opfer-Ausgleichs** kann nicht nur für Straftaten mit rechtsextremen Hintergrund gelten. Wie wollen Sie ansonsten einem Opfer erklären, dass der so genannte Täter-Opfer-Ausgleich nachrangig behandelt wird, weil der Täter gerade nicht mit rechtsextremer Gesinnung handelte?

Interessant sind auch die im Bericht realisierten Maßnahmen im Jugendvollzug, wie die dezentrale Unterkunft von Gefangenen mit rechtsextremistischen Einstellungen gemeinsam mit ausländischen Gefangenen. Wir hätten uns aber gewünscht, etwas über die Ergebnisse dieser anscheinend bereits erfolgten Maßnahmen zu erfahren. Im Bericht steht dazu leider nichts.

Mit Interesse haben wir die Projekte des Bildungsministeriums zur Kenntnis genommen. Auf Seite 31 steht der völlig richtige Satz:

„Identitätsfindung und Stärkung des Selbstbewusstseins mit einer beruflichen und persönlichen Perspektive tragen entscheidend zur Verringerung von Aggression und Gewaltbereitschaft bei.“

Das sind wahre und völlig richtige Worte. Mit Kabarettveranstaltungen, die Sie zur Förderung des interkulturellen Verständnisses weiter fördern wollen, kommen Sie diesem Ziel nicht näher.

(Zuruf der Abgeordneten Renate Gröpel [SPD])

- Frau Gröpel, ich sage das ausdrücklich, weil ich Sie schon gesehen habe. - Ich finde es ganz toll, Frau Birk, dass Sie sich so darüber amüsieren. - Das Problem ist nur, dass die, die Sie in solche Veranstaltungen eigentlich kriegen müssten, in solche Veranstaltungen gerade eben nicht kriegen. Das ist das eigentliche Problem.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wir brauchen eine **Schulpolitik**, die sicherstellt, dass die Jugendlichen mit einer guten Ausbildung für den späteren Arbeitsmarkt qualifiziert werden, und wir brauchen eine Wirtschaftspolitik, die Anreize bietet, Stellen zu schaffen und Jugendliche nach deren Ausbildung in Arbeitsverhältnisse zu übernehmen. Identitätsfindung und Selbstbewusstsein finden nämlich dann statt, wenn sich junge Menschen in der Schule und in ihrem Job bestätigt und benötigt fühlen, weil ihre Leistungsbereitschaft anerkannt wird und sich sobald wie möglich in einem Arbeitsverhältnis konkretisiert.

Unsere Aufgabe ist es, den Jugendlichen die Rahmenbedingungen hierfür zu geben, statt in ewiger Selbstanalyse Selbstzweifel vorzutragen.

(Beifall bei FDP und CDU - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie bei manchen Veranstaltern!)

- Ja. - Zweifel daran, dass uns der Inhalt dieses Berichts in der Bekämpfung des Rechtsextremismus be-

(Dr. Heiner Garg)

sonders weiterbringt, sind allerdings durchaus angebracht.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile jetzt der Frau Abgeordneten Fröhlich das Wort.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ach Graus!)

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Garg, eines vielleicht vorweg: Wenn man hier den europäischen Rechtsruck zitiert, sollte man doch sorgfältig darauf achten, wie, wo, was passiert ist. Zum Beispiel ist die Wahl in Holland anders zu bewerten als das Durchfallen Jospins in Frankreich und dadurch der automatische Sieg Le Pens in Frankreich. Das sollte man sich sehr detailliert angucken, um nicht ein Gespenst aufzubauen. Ich finde nicht, dass es ein Gespenst ist, das in Europa umgeht. Wir müssen allerdings alles Augenmerk darauf richten, was da passiert. Ich glaube aber nicht, dass damit geholfen ist, das zu einem Gespenst aufzubauen.

Der erstmals von der Landesregierung vorgelegte Bericht macht deutlich, dass es die Landesregierung mit dem Ziel ernst meint, sich dem Rechtsextremismus entgegenzustellen - Herr Innenminister, das beruhigt uns -, für ein tolerantes Schleswig-Holstein zu werben und zu sorgen. Die vielen Maßnahmen in diesem Land unterstreichen dies sehr deutlich. **Prävention** - das wissen wir auch aus den Debatten, die wir vorher hier schon geführt haben, das wird auch im Bericht deutlich - ist jedoch ein langwieriger Prozess. Ich plädiere deshalb dafür, dass wir die zurzeit laufenden Projekte und die noch geplanten Projekte besonders im Kinder- und Jugendbereich intensiv beobachten und verfolgen, wie weit sie an diesem Punkt tatsächlich erfolgreich sind und greifen. Sie mögen ja in anderen Beziehungen erfolgreich sein, aber vielleicht nicht unbedingt auf das Problem Rechtsextremismus bezogen. Das müssen wir schauen.

Eine wichtige Erkenntnis der **PISA-Studie** ist, dass es in kaum einem anderem Bildungssystem als im deutschen so sehr auf die soziale Herkunft ankommt, die Jugendliche mitbringen, und so sehr das soziale Umfeld, aus dem sie kommen, ihre Schulbildung prägt. Ich finde es deshalb nicht verwunderlich, wenn Kinder und Jugendliche, die aus einem schwierigen sozialen Umfeld kommen, vielleicht auch aus einem bildungsfernen Elternhaus, in der Schule den Anschluss verpassen, weil die Lern- und Betreuungssituation unzureichend

ist. Aus einer Frustsituation heraus finden sie deshalb schnell Kontakt zu Gewalt verherrlichenden Medien und das ist dann ganz schnell der Zugang zu rechtsextremistischen und ausländerfeindlichen Gruppierungen.

Deshalb ist es nicht nur notwendig, dass wir uns an eine Reform des **Bildungssystems** heranmachen - dazu haben wir uns ja auf den Weg gemacht und werden konkrete Vorschläge vorlegen -, sondern dass wir auch im außerschulischen Bereich stärker auf die Vermittlung positiver Werte wie soziales und ökologisches, ehrenamtliches Engagement, Frieden und Gewaltfreiheit und soziale Kompetenz besinnen. Übrigens haben wir gestern in diesem Zusammenhang über das FÖJ diskutiert und werden nachher hoffentlich auch noch dazu kommen, das unter den Stichworten Entwicklungsarbeit, interkulturelle Aktivitäten und Nachhaltigkeit weiter zu vertiefen. Dass wir es im linken politischen Spektrum nicht mit Werten zu tun hätten, ist eine Unterschätzung.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf die aktuelle Diskussion eingehen, nämlich die **Novellierung des Waffengesetzes**. Ich möchte darauf verweisen, dass gerade für rechts- und fremdenfeindliche Gruppierungen Waffen ein Imagesymbol sind, die leider häufig nicht nur für die Bildung des Images eingesetzt werden, sondern auch benutzt werden wollen. Es finden Übungen statt und so weiter.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Bei vielen Ausländergruppen auch, Frau Fröhlich!)

Es ist deshalb nur konsequent, wenn wir über Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus reden, auch daran zu denken, dass wir den Zugang zu Waffen, Gas- und Schreckschusswaffen sehr viel schwieriger machen.

Ich habe eben die Vermittlung sozialer Kompetenzen angesprochen, die ich in dieser Debatte für sehr wichtig halte. Für genauso wichtig halte ich die Vermittlung von interkultureller Kompetenz. Ich finde es schon schade, dass **interkulturelle Kompetenz** kein Einstellungskriterium für den öffentlichen Dienst oder im Bereich des Kultusministeriums ist. Ich bin auch enttäuscht darüber, dass interkulturelle Kompetenz nicht nur bei der pädagogischen Hochschulausbildung, sondern auch im Bericht der Landesregierung und somit offensichtlich auch in der Fortbildung von Behördenbediensteten eine sehr untergeordnete Rolle spielt. Es ist deshalb sehr wichtig, dass bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst nicht nur negative Einstellungskriterien berücksichtigt werden wie zum Beispiel Verfehlungen im Rechts- und fremdenfeindlichen Bereich, sondern auch positive wie zum Beispiel die Qualifikation in interkultureller Kompetenz. Dazu ist es aber auch notwendig, die Qualifikationen sehr

(Irene Fröhlich)

viel stärker zu fördern, denn fehlende interkulturelle Kompetenz führt zu Diskriminierungen.

Ich möchte als positive Beispiele noch herausgreifen, was auf den Seiten 42/43 steht, wo besonders die **Polizei** erwähnt ist und wo die Landespolizei **Projekte zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Extremismus** entwickelt hat. Auch die Polizei hat dieses Doppelgesicht, wie ich einmal sagen möchte. Für die Linken ist sie bedauerlicherweise, was ich völlig verkehrt finde, sozusagen der Feind, den die Linken meinen bekämpfen zu müssen, womit sie völlig schief liegen, aber für die Rechten werden Polizisten, weil sie Uniformträger und auch Waffenträger sind, sehr häufig zu Vorbildern, ohne dass die Polizisten das wollen. Deswegen finde ich besonders bedeutend und wichtig, was die Polizei in diesem Bereich leistet. Ich verweise auf die Veranstaltungsreihe „Staatsgewalt ohne Moral - Täter und Opfer unter dem Hakenkreuz“, auf die Ausstellung zum Gedenken an Wilhelm Krützfeld gegen das Vergessen und auf das Buchprojekt „Täter und Opfer unter dem Hakenkreuz - eine Landespolizei stellt sich der Geschichte“, was sie ja übrigens schon früher getan hat, indem sie die Geschichte der ehemaligen Gestapo-Zentrale von Schleswig-Holstein deutlich herausgestellt hat und auch das Polizeirevier Nummer 1 entsprechend gekennzeichnet hat. Das alles trägt mit dazu bei, dass Jugendliche erfahren, wie erwachsene Menschen in dieser Gesellschaft mit dieser bedrohlichen Vergangenheit und diesen bedrohlichen und in die Gegenwart hineinreichenden Symbolen umgehen können. Das halte ich für sehr positiv und unserer besonderen Aufmerksamkeit empfohlen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Hinrichsen das Wort.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn wir darüber debattieren, wie wir dem Hass gegen das Fremde begegnen sollen, dann hat dies immer einen konkreten Hintergrund. Der Sommer des Jahres 2000 mit dem Bombenanschlag von Düsseldorf war ein Fanal. Er hat uns alle dazu bewogen, mehr gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus tun zu wollen. Die Vorbeugung von Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt setzt früh an und umfasst nahezu alle Lebensbereiche. Wenn wir die Politik der Landesregierung beurteilen sollen, ist aber entscheidend, was seit dem Sommer 2000 bewusst gegen Rechts unternommen wurde. Nach diesem Maßstab würde der Bericht der Landesregierung um einiges

dünn ausfallen. Maßnahmen wie die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, die LSE oder die kulturelle Förderung der Sinti und Roma hätten hoffentlich auch ohne die besondere Initiative gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus stattgefunden.

Wir erkennen an, dass die Regierung sich in den verschiedenen Ressorts mit den Problemen auseinander gesetzt und gute Maßnahmen ergriffen hat. Allerdings fehlt ein wesentlicher Bereich gänzlich. Der Bericht der Landesregierung macht deutlich, dass man so gut wie ausschließlich auf die **Vorbeugung bei Kindern und Jugendlichen** und die **Strafverfolgung von Rechtsextremen** setzt. Eine Auseinandersetzung mit der Fremdenfeindlichkeit bei Erwachsenen findet kaum statt. Sie sind allenfalls die Zielgruppe, wenn es um historische Ausstellungen oder Strafverfolgung geht.

Diese Schwäche in der Politik spiegelt sich auch im Bericht wider. Gleich auf den ersten Seiten fällt auf, die Bilanz der Staatskanzlei fällt ziemlich schmal aus, obwohl fast jede Pressemitteilung erwähnt wird. Es reicht auch nicht aus, darauf zu verweisen, dass die Ministerpräsidentin wie auch das Kabinett in öffentlichen Reden Passagen zur Fremdenfeindlichkeit aufnehmen. Frau Simonis hat mit ihrem Engagement für ein gesellschaftliches Bündnis gegen Rechts anerkannt, dass in der Staatskanzlei eine besondere übergreifende Verantwortung liegt.

Diese Verantwortung hat sich aber offensichtlich auf den Sommer 2000 beschränkt, denn die Bilanz des Bündnisses selbst fällt nach unserer Ansicht mager aus. Zugegeben, der Schüleraktionstag im Januar 2001 war ein wertvoller Beitrag. Die Aktionswoche im letzten Herbst gab den verschiedenen Teilnehmern des Bündnisses eine Plattform, um gegen Fremdenfeindlichkeit Flagge zu zeigen. Auch das Mahnmal in Oldenswort war ein guter Gedanke. Aber war das alles? Das ist nach unserer Ansicht etwas zu wenig. Das Bündnis hätte immer wieder durch Worte und Taten das Signal senden müssen, dass die großen gesellschaftlichen Gruppen in dieser Frage an einem Strang ziehen, dass sie entschlossen und geschlossen die Fremdenfeindlichkeit und die Gewalt bekämpfen. Dies blieb aus.

Es hat Ideen des Bündnisses gegeben. Der SSW hat hierzu seinen bescheidenen Beitrag geleistet, leider aber bis heute keine Antwort erhalten. Wir haben nämlich darauf hingewiesen, dass man in Dänemark die so genannten Stafettenkonferenzen durchgeführt hat. Auf diesen Konferenzen nahmen jedes Jahr neue Institutionen, Organisationen und Unternehmen den gesellschaftlichen Auftrag entgegen, in ihrem Wirkungsbereich etwas gegen die Fremdenfeindlichkeit zu

(Silke Hinrichsen)

tun. Nach jeweils einem Jahr erstatten sie dann Bericht und die Stafette wird weitergegeben. So etwas wäre auch für Schleswig-Holstein gut. Wir haben deshalb auf diese Konferenzen aufmerksam gemacht, Einladungen weitergeleitet und auch sprachliche Assistenz geboten.

Der SSW hat auch angeregt, dass das Bündnis die Argumente der Fremdenfeinde offen aufgreift und sich damit seriös auseinandersetzt, dass man öffentlichkeitswirksam die Mythen über schmarotzende Ausländer mit Fakten widerlegt. Auch darauf haben wir keine Antwort erhalten.

Wir müssen uns aber endlich ernsthaft und sachlich mit den **Erwachsenen** auseinandersetzen, die bereits **fremdenfeindlich** denken. Gegenwärtig sind überall in Europa Rechtspopulisten auf dem Vormarsch. Wer sehen will, wie so etwas aussieht, werfe einen Blick über die nördliche Grenze oder verfolge jetzt die Berichterstattung nach der niederländischen Parlamentswahl. Es wird Zeit, dass wir uns zusammensetzen und herausfinden, wie wir gemeinsam diesen Feinden der pluralistischen Demokratie den Wind aus den Segeln nehmen. Wenn wir erst hier im Landtag rechtspopulistische Kollegen sitzen haben, welche, die sich vielleicht schlauer anstellen als die Unglücklichen von der DLVH, dann ist es zu spät.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile dem Herrn Innenminister Buß das Wort.

Klaus Buß, Innenminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich danke Ihnen allen für Ihre Beiträge und gestatte mir einige wenige Anmerkungen. Der Bericht - ich wende mich da vor allem Herrn Dr. Garg zu - zeigt nach meiner Überzeugung ein Bündel von Maßnahmen, die geeignet sind, **Fremdenfeindlichkeit** und **Rechtsextremismus** einzudämmen und zu bekämpfen. Einzelne davon, Herr Dr. Garg, herauszugreifen, zu bekritteln und in Zweifel zu ziehen, ist sehr wenig hilfreich. Die Landesregierung hat sich nach meiner Überzeugung im Rahmen ihrer Möglichkeiten dieses Problems wirklich engagiert angenommen und das getan, was sie tun kann.

(Beifall bei der SPD)

Frau Hinrichsen, Ihr Hinweis auf die Stafettenkonferenzen in Dänemark, die so ganz toll sein sollen, überzeugt mich nicht so ganz, wenn ich das Wahlergebnis in Dänemark sehe, um das einmal ganz deutlich zu sagen.

(Zuruf: Das war daneben! - Weitere Zurufe)

- Das sehe ich nicht so ganz.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Er darf auch sagen, was er denkt!)

Herr Geißler, Sie haben völlig zu Recht auf den **Verfassungsschutzbericht** hingewiesen. Die Gewaltbereitschaft bei Rechten ist gestiegen, völlig richtig, aber die Zahl insgesamt nicht. Wenn man die Tendenzen sieht, die auch von Ihnen angesprochen worden sind, dann glaube ich, dass das auch schon ein Erfolg aller gesellschaftlichen Bemühungen ist, das Problem zumindest einzudämmen. Ich sehe es jedenfalls so.

Sie haben zu Recht gesagt, die Landesregierung muss intensivieren. Das ist immer richtig, kann man immer sagen, es muss immer noch mehr sein als das, was man versucht hat. Wir werden uns weiterhin im Rahmen unserer Möglichkeiten engagiert diesem Problem zuwenden. Ich möchte aber auch sagen, dass das, was Sie angedeutet haben, die Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus, ein gesamtgesellschaftliches Problem ist. Vielleicht ist dieser von der Landesregierung vorgelegte Bericht auch Anlass für die politischen Kräfte im Land, die Parteien und die Fraktionen, einmal darüber nachzudenken und in Berichtsform zu Papier zu bringen, was sie denn an Problemlösungen beigetragen haben, damit man vielleicht die Einzelmaßnahmen, die dort sicherlich auch zahlreich sein werden, miteinander abgleichen kann.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Zu einem Kurzbeitrag nach § 58 Abs. 2 erteile ich dem Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist ein sehr ernstes Thema, das hier debattiert wird und das wir in diesem Hause dankenswerterweise bereits mehrfach erörtert haben. Ich möchte trotzdem darum bitten, dass wir uns die Differenzierungsfähigkeit erhalten, weil ich glaube, dass wir uns mit Aussicht auf Erfolg dem Problem nicht anders nähern können, Rechtsextremismus, Neonazismus und gewaltbereite Fremdenfeindlichkeit in die Schranken zu weisen.

Ich habe früher schon einmal gesagt, dass man aufpassen muss, **Rechtspopulisten** nicht mit Rechtsextremisten, mit Neonazis oder anderen gleichzusetzen. In dieser Debatte beispielsweise Fortuyn und Le Pen auf eine Ebene zu stellen, bedeutet mangelnde Differen-

(Wolfgang Kubicki)

zierungsfähigkeit. In diesem Zusammenhang halte ich beispielsweise - man erlaube mir, das zu sagen, Kollege Hay - Sätze aus dem Munde des Bundeskanzlers wie den, dass die Haiderisierung der FDP voranschreite und sie deshalb als Partner nicht mehr infrage komme, für extrem gefährlich.

(Caroline Schwarz [CDU]: Der kann eben auch nicht differenzieren!)

- Frau Schwarz, ich habe viel Verständnis für das Geschehen im Wahlkampf. Aber den Leuten, um die es geht, die wir erreichen wollen, haben wir in der Vergangenheit überwiegend vor den Kopf gestoßen, jedenfalls die, die die Rechtspopulisten gewählt haben, weil wir alle versucht haben, ihnen zu erklären, sie müssten sich dafür schämen, dass sie Angst haben. Die Angst mag unbegründet sein. Aber wir müssen die Menschen da abholen, wo sie sind. Wir dürfen ihnen nicht mit der moralischen Keule kommen wie einer älteren Dame, die, wenn sie auf eine Gruppe von Menschen trifft, die anders aussehen, als Menschen nach ihrem Vorstellungsbild normalerweise aussehen, Angst hat und ihr sagen, sie dürfe keine Angst haben, weil das ein Ausweis von Fremdenfeindlichkeit sei.

Bei dem Beitrag von Frau Fröhlich - den fand ich wirklich bemerkenswert; das meine ich im positiven Sinne - fehlte mir eines: Selbstverständlich müssen wir aufpassen, dass Rechtsradikale, die zu Gewalt bereit sind, nicht auch noch Waffen tragen dürfen. Aber wir müssen in gleicher Weise aufpassen, dass ausländische Jugendliche oder Jugendliche der zweiten oder dritten Generation, die in Deutschland nicht ausreichend integriert sind, Waffen tragen. Das Problem ist momentan gravierender als das Problem von Waffen tragenden Rechtsextremisten. Das heißt, wir müssen ebenso diskutieren, wie wir der **mangelnden Integration** und der **Gewaltbereitschaft** begegnen können. Sonst werden wir das Phänomen nicht begreifen, das Menschen dazu treibt, in einer Größenordnung von bis zu 20 oder 25 % andere Parteien zu wählen als die, von denen wir sagen, sie seien demokratisch.

Deshalb meine herzliche Bitte, in diesem Prozess nicht dazu überzugehen, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus gleichzusetzen und mit dieser moralischen Keule aufeinander loszuschlagen nach der Devise, wer zuerst schreit, man sei gegen Rechts, sei der bessere, aufrechtere Demokrat. - Wir sind dabei!

Das gleiche Phänomen haben wir momentan bei der Debatte, ob das Verhalten der jetzigen Staatsführung in Israel im Nahen Osten antisemitisch ist oder nicht. Ich habe mir gar keine Gedanken darüber gemacht, was das mit Antisemitismus zu tun hat, ob ich die Politik von Herrn Sharon gut finde oder nicht. Aber wenn das jetzt als moralische Keule benutzt wird,

schaden wir der Sache mehr, als dass wir ihr dienen. Deshalb ist meine herzliche Bitte auch in dieses Haus hinein, das in dieser Frage bisher mit sehr hoher Qualität diskutiert hat, nicht auch während des Bundestagswahlkampfes auf diese atavistische Form der Auseinandersetzung zurückzugreifen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 58 Abs. 2 hat Frau Abgeordnete Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich soll es nicht so sein, dass jedes Wort auf die Goldwaage gelegt wird. Das ist jetzt auch nicht mein Anliegen. Aber ich möchte trotzdem noch einmal deutlich machen, warum wir vom SSW der Meinung sind, dass die Idee einer **Konferenz** als solche gut ist und dass diese Idee eigentlich auch bei uns umgesetzt werden könnte. Denn mit dieser Idee ist nicht nur eine Konferenz verbunden, sondern auch die Tatsache, dass sich Institutionen, Medien, Verbände, Organisationen dazu verpflichten, in einem Jahr konkrete Maßnahmen gegen Rassismus, gegen Diskriminierung von Ausländern, für Integration zu ergreifen. Das heißt, man nimmt eine Verpflichtung an. Die Polizei verpflichtet sich zum Beispiel dazu, mehr Mitarbeiter, mehr Polizeibeamte mit einem anderen ethnischen Hintergrund einzustellen. Das sind konkrete Maßnahmen, die umgesetzt werden können. Das ist eine sehr konstruktive und sehr positive Art, mit dem Problem der Fremdenfeindlichkeit umzugehen.

Diese Idee hatten wir natürlich auch der Staatskanzlei mitgeteilt. Da darf man doch wohl sagen, dass es enttäuschend ist, wenn man darauf nicht einmal eine Antwort bekommt.

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die neue dänische Regierung, zu der ich mich mehrfach kritisch geäußert habe, hat den Rat für ethnische Gleichstellung inzwischen aufgelöst. Das kommt natürlich vor, wenn sich Mehrheiten in Parlamenten ändern. Aber gerade daher ist es wichtig, zu sagen: Auch hier gilt das Prinzip der Nachhaltigkeit. Je mehr Institutionen, je mehr Organisationen in der Gesellschaft die Ideen der Gleichstellung aufgreifen und gegen Diskriminierung angehen, desto wichtiger und

(Anke Spoorendonk)

richtiger. Darum, Herr Minister, war das vielleicht ein Schnellschuss. Ich lasse es dabei.

(Beifall beim SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort erteile ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Hay.

Lothar Hay [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Debatte, die zu diesem Tagesordnungspunkt bisher gelaufen ist, war durch sehr große Differenziertheit, Ausgewogenheit und auch Selbstkritik gekennzeichnet. Ich glaube, wir tun gut daran, Le Pen, Berlusconi, Fortuyn und Haider nicht in einen Topf zu werfen, sondern sehr stark zu differenzieren

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

und vor allen Dingen die Ängste der Menschen in dieser Diskussion ernst zu nehmen und zu benennen.

Ich habe am Montag im „Deutschlandradio“ einen Kommentar des „Zeit“-Journalisten Richard Herzinger gehört, der sagte, dass das, was wir im Augenblick erleben - das war ganz gezielt auf Fortuyn bezogen -, der neue Typus des autoritären Liberalisierers sei, den er für besonders gefährlich halte, weil er nichts mit historischen, totalitären Ideologien zu tun hatte, sondern weil er moderne, zeitgenössische Dilemmata zum Ausdruck bringe. Er bezog das auf das - vor allen Dingen aus seiner Sicht - **Scheitern des Konsensmodells**, mit dem westliche Demokratien in den vergangenen Jahrzehnten innere Konflikte überspielten und eine scheinbare Harmonie des Interessenausgleichs erzielten. Die bricht jetzt auf. Da stellt sich für mich als Vertreter einer großen demokratischen Partei die Frage: Wie gehen wir denn mit den Ängsten von vielen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland um, wenn wir sie nicht benennen, sondern tabuisieren?

Ich glaube, nach dem 11. September 2001 sind einige Dinge aufgebrochen, die wir offen benennen müssen. Wenn in den arabischen Staaten ein Islam vorherrscht, für den Homosexualität ein Verbrechen ist, für den Frauen eine mindere Rolle spielen, dann müssen wir dies auch benennen, um nur ein Beispiel zu nennen, wie wir mit Ängsten von Menschen umgehen müssen.

(Beifall im ganzen Haus)

Dass wir dieses Thema so fortführen ist, glaube ich, die einzige Chance, die demokratische Parteien haben. Dass es in Schleswig-Holstein und in der gesamten Bundesrepublik nicht möglich ist, dass Menschen, ob sie Berlusconi, Haider oder sonst wie heißen, eine akzeptable politische Größe erreichen, hängt von unse-

rem Handeln ab, hängt davon ab, ob wir das ernst nehmen, was viele Menschen denken und fühlen. Nur das ist der Weg in die Zukunft, für eine stabile Demokratie in Schleswig-Holstein und darüber hinaus.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung dem Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dies ist einstimmig so angenommen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 32:

Weiterentwicklung der Kulturpolitik des Landes Schleswig-Holstein

Landtagsbeschluss vom 23. Januar 2002

Drucksache 15/1513

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/1712

Das Wort erteile ich jetzt der Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur, Frau Ministerin Erdsiek-Rave.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kultur ist ja in einem sehr weiten Sinne Teil einer umfassenden Bildung und, wie ich finde, auch Merkmal einer zivilisierten Gesellschaft. Ich glaube, gerade vor dem Hintergrund der Debatte, die wir soeben geführt haben, muss man das in aller Deutlichkeit feststellen. Kulturlosigkeit und auch Geschichtslosigkeit führen zu Intoleranz und Barbarei.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb ist Kulturpolitik unter dem Vorzeichen einer demokratischen Teilhabe aller Menschen daran so ungeheuer wichtig und keine Nebensache von Politik.

Kultur muss also in diesem so verstandenen Sinne eine Lebensweise für alle sein. Das heißt, **staatliche Kulturpolitik** - staatliche Kulturförderung zumal - ist zu rechtfertigen unter dem Vorzeichen der **Demokratisierung**. Darunter verstehe ich zum einen, begabten Künstlern eine Chance zu geben, Kulturschaffende zu unterstützen, deren Arbeit anzuerkennen und zu fördern. Darunter verstehe ich zum anderen, einen Beitrag dazu zu leisten, dass sich gerade die so genannte hohe Kunst einem breiten Publikum öffnen kann. Das

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

geschieht durch eine allgemeine Kulturförderung genauso wie durch Maßnahmen wie offene Museen, Tage der offenen Tür, Museumspädagogik zumal.

Drittens gilt es nachdrücklich, die Kunstdisziplinen zu fördern, die eben nicht zum klassischen Kanon, zu den hergebrachten Kulturdisziplinen, gehören, die sozusagen nicht die antiken Weihen haben, aber Ausdruck eines dynamischen Kulturbegriffs sind. Darunter verstehe ich die Soziokultur, darunter verstehe ich alle neuen Formen von Kunst, Film, Video, Kunst in den neuen Medien.

Wir haben lange Zeit ein Prinzip definiert, das hieß: Wir fördern, was es schwer hat. - Dies bedarf der Aktualisierung, denke ich, in dem Sinne, dass wir sagen: Wir fördern Kultur von und mit allen. Deshalb würden starre, formalisierte Förderrichtlinien - das sage ich in Bezug auf den Antragsteller dieses Berichtes - diesem offenen Ansatz und dem zeitgenössischen und flexiblen Kulturverständnis zuwiderlaufen.

Gegenüber unserer Antwort auf die Große Anfrage aus dem Jahre 1996, die damals eine umfassende Bestandsaufnahme der Kulturpolitik war, haben sich die **Rahmenbedingungen für Kulturförderung** geändert. Die Übergänge zwischen den Bereichen des öffentlichen und des gemeinnützig finanzierten Kulturlebens zum einen und dem privatwirtschaftlich und kommerziell organisierten zum anderen sind fließender geworden, sind unschärfer geworden. Nicht selten stehen beide Sektoren sogar in Konkurrenz miteinander, wenn Sie etwa an die öffentlichen und privaten Musikschulen denken.

Die Begründungszusammenhänge für öffentliche Kulturförderung sind nicht mehr in dem Maße politisch gesichert, wie es noch vor wenigen Jahren der Fall war. Denken Sie etwa an die Diskussion um Theater- und Opernsubventionen. Öffentliche Kulturförderung muss sich immer wieder im Wettbewerb mit allen Politikfeldern behaupten und wir müssen den hohen Stellenwert von Kultur auch politisch durchsetzen. Das wird uns umso besser gelingen, als wir auch konsequent mit modernen Methoden Kulturpolitik machen, das heißt, auch mit modernen Managementmethoden.

Der Bericht, der Ihnen vorliegt und für den ich hier herzlich wenig Zeit zur Verfügung habe, versteht sich als Zwischenbilanz der Arbeitsgruppe „Evaluation der Kulturförderung“. Sie hat Mitte des Jahres 2000 die Arbeit aufgenommen. Der Abschlussbericht wird im Jahr 2003 vorliegen.

Diese Arbeitsgruppe konzentrierte sich auf den Abgleich inhaltlicher Angebote und Ziele der Kultur, auf die notwendigen Strukturen und Finanzierungen, auf

individuelle und kollektive Nachfrage und auf die Möglichkeit einer Effizienzsteigerung öffentlicher Kulturförderung. Gerade in Zeiten sehr enger Finanzspielräume kann dies nur in direkter Kooperation mit den Institutionen selbst und mit den Initiativen geschehen. Gleiche Augenhöhe also zwischen dem Ministerium und den Einrichtungen. Der offene Dialog ist dabei Prinzip.

Was wollen wir erreichen? - Einen umfassenden Zugang zu Kunst und Kultur für alle Bürgerinnen und Bürger, Qualitätssicherung auch hier also durch Profilierung und durch Verbesserung der Vermittlung und einen effizienten Einsatz öffentlicher Mittel.

Ich kann Ihnen diesbezüglich bereits eine Reihe von sehr guten Beispielen nennen, etwa den Kultursommer mit dem Festival im Zentrum, ergänzt aber durch den Literatursommer und den Museumssommer - übrigens auch in touristischer Hinsicht, auch im Sinne der Standortstärkung wichtig.

Ich kann Ihnen die Ars Baltica als multilaterale kulturelle Kooperation nennen oder - als jüngstes Beispiel - die Bürgerstiftung der schleswig-holsteinischen Gedenkstätten, die sehr erfolgreich - zum Glück erfolgreich - angelaufen ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei der SPD)

Auch die Zusammenführung und das Überführen von Einrichtungen in neue Rechtsformen wie Stiftungen generell sind, glaube ich, ein viel versprechender und richtiger Weg.

Ich will auch auf **neue Kulturmarketingmethoden** verweisen, die wir eingeführt haben, zum Beispiel auf das sehr nachgefragte Internetprojekt Kulturnetz. Zurzeit etablieren wir darüber hinaus eine Arbeitsgruppe Kultur und Tourismus, in die das Wirtschaftsministerium und das Ministerium für ländliche Räume mit dem Tourismusreferat eingebunden sind. Auch dazu werden wir in Kürze ein umfassendes Arbeits- und Konzeptpapier vorlegen.

Indirekt habe ich damit, Frau Spoorendonk, die Frage nach der Einrichtung eines kulturellen Innovationsfonds bereits beantwortet. Wir verstehen die gesamte Projektförderung als kulturellen Innovationsfond. Sie setzt Impulse und Akzente, wie ich denke, für ein vielschichtiges und lebendiges kulturelles Angebot in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Frau Abgeordnete Spoorendonk.

(Zurufe von der CDU): Frau Schwarz!

Nein, die Antragstellerin hat zunächst das Wort, es sei denn, die Fraktionen einigen sich. Aber dies ist so üblich, daher erteile ich Ihnen, Frau Spoorendonk, das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst kommt das Fressen, dann die Kultur - könnte man heute in Abwandlung des Brecht-Klassikers sagen. In Zeiten, in denen die Politik nicht genug Mittel hat, um Armut und Arbeitslosigkeit zu verhindern, steht die Kultur selten ganz oben auf der Prioritätenliste. Trotzdem brauchen wir Kultur für ein menschliches Leben. Es stellt sich also die Frage, ob und wie wir heute eine **öffentliche Kulturpolitik** gestalten sollen. Die Ministerin sprach dieses Thema eben an.

Die Kulturpolitik steht heute angesichts der gesellschaftlichen Situation vor großen Herausforderungen. Für uns steht aber außer Zweifel, dass es weiterhin eine öffentliche Kulturförderung geben muss. Kultur zu fördern ist eine staatliche Aufgabe, die durch private Initiative bereichert, aber nicht ersetzt werden kann.

Aus dem Bericht geht hervor, dass die Landesregierung es genauso sieht. Das begrüßen wir. Auch das ist heute schon gesagt worden.

Trotzdem ist auch klar: Die **öffentlichen Gelder** für Kultur können nicht mehr erhöht werden, sie müssen vielerorts sogar zurückgefahren werden. Gleichzeitig müssen wir aber feststellen, dass das Interesse an Kultur steigt. Die Nachfrage ist rasant gestiegen und wird von einem immer vielfältigeren Angebot begleitet. Auch die Wirtschaft hat die Kultur als Marketinginstrument entdeckt. Die Grenzen zwischen öffentlich geförderter Kultur und kommerziellem Event verschwinden zusehends. Was machen wir da also mit der Kulturpolitik?

Wir sind in einer paradoxen Situation. Einerseits erschwert diese zunehmende Unschärfe die Diskussion über Struktur, Inhalte und Finanzierung der Kultur, andererseits ermöglicht erst diese Diskussion die seit langem überfällige Auseinandersetzung über einen **Strukturwandel** in der **Kulturförderung**; denn die einzige Antwort auf die knappen Mittel und die hohe Nachfrage ist eine Änderung von Strukturen. Nur ein intelligenter Umgang mit dem wenigen Geld kann verhindern, dass die Vielfalt leidet.

Für uns als Parlament stellt sich die Frage, wie wir im Dreieck von öffentlichem Sektor, gemeinnützigem Bereich und Privatwirtschaft am ehesten unserem Anspruch als Gesetzgeber gerecht werden.

Aus Sicht des SSW tun wir dies am besten, indem wir uns einmischen. Kunst ist schön, macht aber viel Arbeit, sagte Karl Valentin. Wir sollten also die Ärmel aufkrepeln.

Es war unser Anliegen, mit diesem Berichtsantrag den Ball auf die Spielfeldhälfte des Landtages zu holen, und wir hoffen auf viele engagierte Mitspieler.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der vorliegende Bericht zur Weiterentwicklung der Kulturpolitik ist - auch das ist gesagt - ein Zwischenbericht. Seit Mitte des Jahres 2000 arbeitet eine von der Bildungsministerin eingesetzte Arbeitsgruppe an der Evaluation der Kulturförderung. Deren Tätigkeit wird erst Ende des I. Quartals 2003 abgeschlossen sein. Das Arbeitsergebnis wird dann Grundlage für weitere Beratungen des Landtages sein können. Aber der Zwischenbericht gibt schon jetzt wichtige Fingerzeige dafür, wohin die Reise geht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich verzichte darauf, mich jetzt im Detail mit den Ausführungen des Berichts zu befassen. Gerade weil wir in Erwartung des Ergebnisses der interministeriellen Arbeitsgruppe das Thema nicht schnell abhandeln müssen, sollten wir uns Zeit für vertiefende Gespräche und auch konkrete Nachfragen nehmen.

Themen gibt es reichlich. Ich erwähne beispielhaft nur Ars Baltica, die Nordischen Filmtage, das Schleswig-Holstein Musikfestival und die neuen Zielvereinbarungen mit den Volkshochschulen. Ich möchte auch noch einmal das Problem des Innovationsfonds aufgreifen. Ich denke, das könnte man präziser formulieren. Es ist vielleicht ein bisschen einfach zu sagen, alles sei Innovation. Nicht zuletzt ist auch eine verstärkte Kooperation zwischen Land und Kommunen wichtig.

Wir meinen, dass der Landtag schon jetzt seine Auseinandersetzung über die Zukunft der Kulturpolitik beginnen muss. Bei der **Weiterentwicklung der Kulturförderung** geht es nicht allein um die Reformierung von Fördermodalitäten. Solche strukturellen Änderungen bedürfen auch einer kulturpolitischen Diskussion, denn andere Finanzierungsinstrumente wirken sich auch auf die Inhalte und Programme aus. Deshalb hoffe ich, dass die Kulturpolitikerinnen und Kulturpolitiker hier im Haus unsere Vorlage dafür nutzen, in eine Debatte über die zukünftige Kulturpolitik des

(Anke Spoorendonk)

Landes einzusteigen. Ich hoffe auf ebenso konstruktive wie kontroverse Ausschussberatungen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort erteile ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Dr. von Hielmcrone.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herzlichen Dank, Anke Spoorendonk, für die Anfrage. Immerhin wird jedenfalls wieder einmal ein Stein ins Wasser geworfen. Er sollte Kreise ziehen. Um die grundsätzliche Kulturpolitik war es in der letzten Zeit etwas ruhig geworden.

Ich bin auch der Landesregierung für ihre Antwort dankbar. Sie rückt einiges ins rechte Licht. **Koordination** und **Kooperation** sind wichtig. Sie sind ressourcensparend, was in Zeiten knapper Kassen wesentlich ist. Die Regierung hat aber auch eines deutlich gemacht, nämlich dass auch sie weiterhin die Freiheit von Kunst und Kultur in den Mittelpunkt stellt und deswegen Kooperationen nur Hilfestellung geben kann und keinen Einfluss auf Inhalte üben darf. Hier schien mir die Anfrage - mit Verlaub - etwas diffus zu sein.

Die Antwort der Regierung weist aber auch auf eine erschreckend andere Entwicklung hin. Der Konsens über **kulturelle Grundvorstellungen** geht anscheinend verloren. Die Erlebnis- und Eventkultur verdrängt die herkömmliche Kultur. Innovation und Qualität, auch Unbequemlichkeit werden unwichtiger. Was zählt, ist der Reiz, ist der Kick auf breitem, wenn auch niedrigerem Niveau.

Wenn wir diese Feststellung der Regierung zu Ende denken, bedeutet das, auf Dauer verlieren wir einen wichtigen Garanten unserer Identität, aber auch unserer geistigen Mobilität. Gerade unser bisheriger Kulturbegriff war Motor, Movens und Agens für neue, innovative Entwicklungen, die sich zuerst in Kunst und Kultur, schließlich in Wirtschaft und vor allen Dingen in Wissenschaften niedergeschlagen haben. Eine gewisse Wissenschaftsfeindlichkeit, also der grundsätzlichen Einstellung gegenüber der Naturwissenschaft, könnte vielleicht der Vorläufer einer kommenden Kulturfeindlichkeit insgesamt sein.

Wenn sich nun unser Begriff von Kultur ändert, hat dies weit reichende Folgen, die wir noch nicht überblicken können. Dieser Vorfall fällt außerdem zusammen mit den für uns sehr alarmierenden Feststellungen der PISA-Studie. Wenn wir deutlich merken, dass das Interesse an Kultur und der Konsens über Kultur

schwinden, wie im Bericht nachzulesen ist, so ist bereits jetzt wissenschaftlich belegt, dass auch die Beherrschung von **Kulturtechniken** in den Schulen dramatisch zurückgeht. Mit der Kulturtechnik verschwindet auch die Kultur.

Hier bestehen offenbar Zusammenhänge. Wer kein Interesse mehr am Lesen hat, wird auch sonst kein Interesse an Kultur entwickeln. Die verbreitet mangelnde Bereitschaft, Kenntnisse in Mathematik, Physik, Chemie und Biologie zu erwerben, wird unseren Rang als Wissenschaftsnation gefährden.

Wenn wir in Zukunft unsere Identität erhalten und unsere Lebensqualität sichern wollen, müssen wir handeln. Insofern kommt die Große Anfrage zur rechten Zeit.

Kulturpessimismus ist jedoch auch nicht angesagt. Wir müssen die Probleme optimistisch angehen und sie erkennen. Hier spielt die Diskussion um PISA eine große Rolle. Dabei sollten wir ein Missverständnis dringend vermeiden, nämlich das, dass wir Bildung und bloße Wissensvermittlung verwechseln. Wir brauchen Bildung. Wenn wir sie vernachlässigen, wird der „schiefe Turm von PISA“ gänzlich umkippen. Im realen Pisa ist das vermieden worden. In unserem PISA, in unserem PISA-Problem sollten wir es vermeiden.

Wie aber sollte Bildung heute aussehen?

(Baulärm - Heiterkeit)

- Es wird alles abgebrochen.

(Lothar Hay [SPD]: Das ist auch Kultur!)

Über 2 Millionen Eintragungen in der Google-Suchmaschine geben hier durchaus keine schlüssige Antwort. Dennoch wird dieser Diskurs in der Gesellschaft zu führen sein. Wie also sollte sich heute das Individuum geistig und seelisch ausbilden, seine Werte und Anlagen vervollkommen? Diese Antwort wird über die Zukunft - nicht nur, aber auch - der Kultur und dem Rang unserer Nation entscheiden.

Im Übrigen werden die Antworten, die wir bis heute gegeben haben, morgen nicht mehr unbedingt gelten können. Ich fordere uns zu diesem Diskurs über Bildung und Kultur auf und freue mich über die Beratung im Ausschuss.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Was die Lautstärke angeht - der Protest ist auf dem Weg.

(Lothar Hay [SPD]: Vielleicht könnte man das generell regeln!)

Ich hoffe, dass er gleich ankommt.

Das Wort hat Frau Abgeordnete Schwarz.

Caroline Schwarz [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Normalerweise bedanke ich mich in einer Debatte über einen Bericht - es war übrigens ein Berichtsantrag, keine Große Anfrage, Herr Kollege - als Erstes bei denen, die ihn erstellt haben. Das will ich auch heute - -

(Baulärm)

- Das gibt es doch wohl nicht.

(Lothar Hay [SPD]: Wir hören im Moment nicht mal den Lautsprecher! - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gleich sind sie hier drin!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter Hay, es tut uns allen sehr Leid. Sie wissen genau, dass niemand von uns es im Moment ändern kann.

(Lothar Hay [SPD]: Der Lautsprecher von Frau Schwarz war nicht an!)

- Das allerdings lässt sich ändern.

Caroline Schwarz [CDU]:

Wenn ich jetzt noch einmal anfangen - - Jetzt sind aber schon 30 Sekunden vorbei.

(Heiterkeit)

Also, noch einmal: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Normalerweise - wollte ich sagen - bedanke ich mich in einer Debatte über einen Bericht als Erstes bei denen, die diesen Bericht erstellt haben. Das will ich auch heute gern tun,

(Baulärm)

allerdings mit der Einschränkung, dass ich mich gefreut hätte, wenn der Bericht etwas leiser

(Heiterkeit und Beifall im ganzen Haus)

- leichter zu lesen gewesen wäre. Passagenweise hat man es bei diesem Bericht mit schwierigsten zu verstehenden Satzgebilden zu tun, mit Verschachtelungen,

Aneinanderreihungen von Ausdrücken, die viel, aber auch gar nichts bedeuten können.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war ein Test für die Kulturtechnik!)

- Das wird es wahrscheinlich sein. - Kurz gesagt: Die Lektüre war nicht unbedingt vergnügungssteuerpflichtig. Frau Ministerin, Ihre Rede hat mir viel besser gefallen, vom Satzbau, von der Verständlichkeit und - so muss ich sagen - auch vom Inhalt her.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie hatte mit dem Bericht nämlich eigentlich nicht viel zu tun.

(Baulärm)

Nichtsdestoweniger - soll ich noch weiter überschreien? - möchte ich zum Inhalt des Berichtes kommen.

(Baulärm - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Frauen können auch laut sprechen! - Klaus Schlie [CDU]: Das geht nicht! Das ist völlig undenkbar! - Lothar Hay [SPD]: Das geht nicht!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Die Mitteilung ist auf dem Weg. Ich höre gerade, es ist eine Sache von Sekunden, bis der Lärm abgestellt ist. Wir warten noch 3 Sekunden. Wenn der Lärm abgestellt ist, werden wir fortfahren. Sonst werden wir unterbrechen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das waren 3 Sekunden, Frau Präsidentin! - Heiterkeit - Baulärm)

Ich stelle anheim, 5 Minuten zu unterbrechen. - Gut.

Wir treffen uns in 5 Minuten wieder. Frau Schwarz, Sie erhalten volle 5 Minuten Redezeit.

(Beifall)

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 17:09 Uhr bis 17:17 Uhr)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte die Sitzung wieder eröffnen. Es wäre nett, wenn die Abgeordneten ihre Plätze einnehmen würden.

Frau Abgeordnete Schwarz, Sie haben wieder das Wort.

Caroline Schwarz [CDU]:

Frau Präsidentin, geht jetzt wenigstens das Mikrofon? - Wunderbar. Ich gehe einfach davon aus, dass Sie damit einverstanden sind, dass ich mit meiner Rede nicht noch einmal von vorn anfangen.

(Zuruf: Schade! Sehr schade!)

Ich möchte jetzt nämlich zum Inhalt des Berichts kommen. Dabei möchte ich auch noch einmal an das Motto erinnern - die Ministerin hat es schon gesagt -, unter das die Vorvorgängerin dieser Ministerin ihre Kulturpolitik gestellt hat. Dieses Motto hat sinngemäß den Inhalt: Gefördert werden muss, was es schwer hat.

Wir als CDU-Fraktion waren inhaltlich nie hundertprozentig mit dieser Handlungsmaxime der Ministerin einverstanden, weil sie unserer Meinung nach ein Miteinander von Kultur für viele und Kultur für wenige in der Unterstützung durch die öffentliche Hand fast ausschloss.

Die jetzige Kultusministerin hat diesem Grundsatz ihrer Vorvorgängerin mit dem vorliegenden Bericht - ich muss jetzt eigentlich zwischen Bericht und Rede unterscheiden - zur Weiterentwicklung der Kulturpolitik des Landes endgültig goodbye! gesagt. Sie haben von einer **Aktualisierung** in der **Kulturpolitik** gesprochen. Ich würde sagen, das ist doch ein bisschen euphemistisch; denn eines wird an vielen Stellen deutlich: Für die Landesregierung zählt offenbar nur noch die Quote. Das Land will nur an den Stellen kulturell mitspielen, wo es massenhaft Akzeptanz gibt.

Maßstab für gute oder schlechte **Kultur**, für förderungswürdige und förderungsunwürdige Kultur scheint künftig nur noch die Zahl der verkauften Eintrittskarten zu sein. Eventkultur, Massenveranstaltungen haben die Sympathie und Unterstützung der Landesregierung.

Der Bericht zeugt darüber hinaus von einer offensichtlich großen Unsicherheit, was künftig im Bereich Kultur gemacht werden soll und wie es gemacht werden soll. Das Papier ist unscharf und richtig anfangen kann man damit eigentlich nichts.

(Günter Neugebauer [SPD]: Wo bleiben Ihre Vorschläge?)

- Herr Neugebauer, ich bin auf Ihre Vorschläge ganz gespannt. Das wird sicherlich ganz lustig.

Man ist sich zum Beispiel offensichtlich unsicher, wie man es als Landesregierung mit der im Grundgesetz garantierten **Freiheit von Kunst und Kultur** hält. Wenn man an den von der Kultusministerin und der Ministerpräsidentin ins Leben gerufenen Initiativkreis Kultur denkt - erwähnt auf Seite 8 des Berichts -, in dem die beiden mit Kulturverantwortlichen und Füh-

rungskräften aus aller Sparten und aus der kulturinteressierten Wirtschaft diskutieren, dann drängt sich - vorsichtig ausgedrückt - der Verdacht des Einmischens auf. Auch die eigenen Netze der Landesregierung wie das Ars-Baltica-Netzwerk oder das Kulturnetz haben einen starken staatlichen Verwaltungsansatz.

An dieser Stelle kann ich mir nicht verkneifen, die Meinung des ehemaligen Ministerpräsidenten Björn Engholm zum Internet in Verbindung mit Kunst und Kultur kundzutun, die er im ersten Forum Ellerbek äußerte, das unser Kollege Günther Hildebrand, der heute leider nicht da ist, im November des letzten Jahres organisierte:

„Es“

- damit meinte er das Internet -

„ist der größte Schrottplatz, der je erfunden wurde. Wenn die Fast-Food-Anhänger die Kulturwelt damit beherrschen, dann hat die Zivilisation aufgehört zu existieren.“

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Noch eine Frage zum Thema staatliche Einmischung in Kulturarbeit: Ist es die ureigenste Aufgabe der Landesregierung, so frage ich mich, Marketing für Kunst und Kultur zu machen? Oder greift das nicht auch zu sehr in die Freiheit der Kulturarbeit ein?

Auf Seite 11 des Berichts stehen dagegen richtig gute Sachen:

„Bürokratie beengt das Kulturleben und ist wenig hilfreich für ein lebendiges Kulturge-schehen.“

Richtig, genauso ist es.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Weiter lesen wir:

„Kooperation und Koordination können nicht verordnet werden, sondern müssen in dichten, kommunikativen Prozessen an den Interessen der anderen Beteiligten anknüpfen.“

Auch das ist richtig. Nur stehen diese Aussagen in ziemlichem Widerspruch zu dem vorher Gesagten, bei dem immer wieder durchscheint, dass **Koordination** und **Kooperation** - und das auch noch spartenübergreifend - Vorbedingung für eine staatliche Förderung sind. Zusammen mit der offensichtlich fast zur Regel werdenden Projektförderung ergibt das dann den Goldenen Zügel, der die Freiheit von Kunst und Kultur ersticken lässt. Solange Zusammenarbeit und Abstimmung freiwillig sind und von den Akteuren selbst ausgehen, sind sie sehr zu begrüßen. Wir wissen aber alle: Das passiert doch schon. Die Kunst und Kultur

(Caroline Schwarz)

Schaffenden in unserem Land wissen doch selbst, dass sie mit einer engen Abstimmung viel mehr erreichen als allein.

Vieles in dem Bericht Gesagte riecht nach Einmischung und Druck von oben. Das Bemühen, die Quadratur des Kreises zu schaffen, wird an vielen Stellen deutlich. Ich vermute, dass man sich im Haus von Frau Erdsiek-Rave in vielen Punkten nicht ganz einig ist, wie sich die Kulturpolitik im Land weiterentwickeln lässt. Nun haben wir aber auch gehört, dass es nur ein Zwischenbericht ist. Vielleicht kommt ja noch die große Erhellung.

Diejenigen aber, die sich in Schleswig-Holstein in der und für die Kultur engagieren und viel Herzblut dabei investieren, haben ein Recht darauf zu wissen, woran sie sind. Dass diese Menschen in größtmöglicher Freiheit handeln können, soll die Maxime unserer Beratung im Ausschuss sein.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Jetzt erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit großer Bewunderung habe ich eben gehört, wie die Kollegin Caroline Schwarz diesen Bericht mit dem Zorn der Gerechten angegangen ist. Ich muss offen gestehen, dass ich mich bei der Lektüre dieses Berichtes auch das eine oder andere Mal gefragt habe, was uns der Dichter damit eigentlich sagen wollte. Das ist aber kein Vorwurf an die Adresse der Landesregierung, Frau Erdsiek-Rave. Ich habe mich nämlich auch gefragt, was eigentlich die Kolleginnen und Kollegen vom SSW dazu veranlasst hat, einen Berichtsauftrag dieser eingeschränkten Art zu erteilen. Wir haben in der Vergangenheit zum Bereich der Kulturpolitik einige inhaltlich durchaus substanzielle Dinge diskutiert. Ich denke an das Haus der Geschichte und den Museumsbericht. In diesem Bericht nun aber lesen wir etwa:

„Die Landesregierung betrachtet Kultur in einem umfassenden Sinne und legt dabei der Beantwortung dieses Berichtsantrages einen weiten Kulturbegriff zugrunde.“

Es ist ja schon einmal gut, dass die Landesregierung keinen engen **Kulturbegriff** zugrunde legt. Wir lesen in dem Bericht dann vieles über Institutionen und Verbände. So lesen wir etwas über den Friesenrat. Frau Kollegin Schwarz, mir ist nicht bekannt, dass der Friesenrat Massenveranstaltungen organisiert.

(Widerspruch bei SPD und SSW)

- Okay, das mag ein Irrtum gewesen sein. Jedenfalls ist mir das aber bislang nicht bekannt gewesen, wofür ich mich - auch bei Kollegen Harms, der im Moment nicht da ist - entschuldige. Es werden also sämtliche Institutionen, die im Kulturbereich tätig sind, aufgelistet. Das gehört dann also zu den großen Neuigkeiten, die wir diesem Bericht entnehmen können.

Ansonsten habe ich, ganz ehrlich gesagt, nicht so viel mit den bedeutenden Informationen, die darin enthalten sind, anfangen können. Das mag allerdings auch an mir liegen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Aber wir werden diesen Bericht auf Vorschlag der Kolleginnen Schwarz und Spoorendonk ja noch eingehend im Kulturausschuss des Landtages diskutieren.

Erlauben Sie mir noch einen Hinweis, denn zumindest an einer Stelle wird etwas Aktuelles angesprochen, was im Kulturbereich dann doch einer Diskussion bedarf. Am Ende des Berichts wird nämlich auf die Mittel aus dem Verkauf von Schloss Plön hingewiesen.

(Zuruf von der CDU: Haben die schon gezahlt? - Zurufe von der CDU: Nein!)

Diese **Mittel** sollen der **Kulturstiftung** bedeutende weitere Aktivitäten in nächster Zeit ermöglichen. Aus einer Kleinen Anfrage, die Herr Kollege Kalinka gestellt hat und die kürzlich vorgelegt worden ist, geht hervor,

(Beifall bei FDP und CDU)

dass nun - innerhalb von anderthalb Jahren, nachdem der Verkauf angekündigt worden ist - zum 1. Mai die Summe fällig war. Allerdings ist die Kaufsumme erst 20 Tage nach Fälligkeit zu zahlen. Zum Zeitpunkt der Beantwortung der Anfrage am 14. Mai war das Geld noch nicht da. Einige von den Dingen, die das Land im Kulturbereich gern bewegen möchte, sind - wir haben die knappen Kassen ja eben schon angesprochen - finanziell sehr dürftig unterlegt. Es gibt dabei so einiges - sowohl mit Blick auf die Kulturstiftung als auch mit Blick auf Salzbau -, das man durchaus einmal diskutieren könnte. So werden allein für die Miete plus Nebenkosten 660.000 € im Jahr hingebblättert.

(Klaus Schlie [CDU]: Nicht zu fassen!)

Das ist immerhin doppelt so viel, wie für Personal- und Sachmittel für Kulturveranstaltungen zur Verfügung steht. Es ist also unzweifelhaft eine gewisse Unwucht bei den Ausgaben festzustellen.

Interessant fand ich auch Folgendes. Vor anderthalb Jahren haben wir gehört, dass Schloss Plön verkauft

(Dr. Ekkehard Klug)

werden soll und dass aus dem Erlös eine Modernisierung in Salzaue finanziert werden soll. Jetzt aber - nachdem das also seit anderthalb Jahren bekannt ist - wird mitgeteilt, dass - Kollege Kalinka, ich hoffe ich darf das zitieren -

(Beifall und Heiterkeit bei FDP und CDU)

die Kulturabteilung des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur sich für den weiteren Entwicklungsprozess für Salzaue eines professionellen Projektmanagements bedienen wird. Erste Weichen stellende Ergebnisse werden im September 2002 erwartet.

(Caroline Schwarz [CDU]: Sie müssen etwas über den Bericht sagen! - Heiterkeit bei der CDU)

- Der Bericht sagt doch auch etwas über den Verkaufserlös.

(Beifall und Heiterkeit bei FDP und CDU)

Ich hielt es denn doch für angemessen, die wirklich sehr interessanten Informationen,

(Heiterkeit bei FDP und CDU)

die Kollege Kalinka durch seine Anfrage zutage gefördert hat,

(Heiterkeit bei FDP und CDU)

zumindest gesprächsweise in die Debatte einzubringen.

(Heiterkeit bei FDP und CDU)

Wo der Bericht doch selber schon nicht allzu viel bietet!

(Heiterkeit und Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Bevor ich der Frau Abgeordneten Birk das Wort erteile, möchte ich auf der Tribüne eine weitere Besuchergruppe begrüßen, und zwar die Mitglieder der Skatsparte des Einwohnerversams in Henstedt-Rhen.

(Beifall)

Frau Abgeordnete Birk, Sie haben das Wort.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In Abwandlung eines bekannten Bonmots kann man sagen: Kultur ist, wenn man trotzdem lacht. - Spaß beiseite!

(Widerspruch bei der CDU)

Wir haben in diesem Bericht - zumindest wurde das gerade gesagt - eine ernsthafte Aufzählung aller **Kultureinrichtungen** beziehungsweise -vereinigungen des Landes. Dagegen möchte ich deutlich protestieren. Da ist sicherlich eine Reihe sehr wichtiger Einrichtungen genannt worden, aber nicht alle, die ich für erwähnenswert halte. Vielleicht war das ja auch nicht die Aufgabe.

Frau Spoorendonk, es ist dankenswert, dass Sie auf diese Weise dieses Thema einmal in das Parlament geholt haben. Ich hätte mir allerdings gewünscht, dass das zu einer Stunde passiert wäre, in der etwas mehr Aufmerksamkeit herrschen würde. Aber darauf haben Sie allein natürlich keinen Einfluss.

Wir haben nämlich folgendes Phänomen vor uns: So wunderbar es ist, dass Stiftungen, GmbHs, die Förderung des NDR oder auch die Mittel, die uns aus den Privatmedien zufließen, zur Existenz von Kulturereignissen beitragen, so schwierig ist es natürlich, wenn es um Demokratie, Transparenz und parlamentarischen Einfluss geht. Zumindest für die kleinen Fraktionen - insofern hat nicht von ungefähr der SSW diesen Antrag gestellt - ist eine Einsicht, eine Einflussnahme nur sehr indirekt möglich. Das ist natürlich ein wichtiger Demokratieverlust, den wir der Kultur eigentlich nicht wünschen, den wir nur in Kauf nehmen, damit Kultur überhaupt noch stattfindet, weil beispielsweise über die steuerlichen Erleichterungen, die ja auch durch die rot-grüne Bundesregierung gerade gegenüber Stiftungen verstärkt ermöglicht werden, die Kultur am Leben bleibt, jedenfalls was das Finanzielle betrifft.

Wir haben - darauf sind Herr von Hielmcrone und andere dankenswerterweise eingegangen - ein zunehmendes Auseinanderfallen von unterschiedlichen Kulturen: Kultur einer akademischen Elite - wenn ich das einmal so sagen darf - und diejenigen, die nur sehr schwer Zugang zu wichtigen Kulturereignissen und Kulturdokumenten finden, weil Elternhaus und Schule hierzu nicht so beitragen, wie wir uns das wünschen. Sich dieser Aufgabe zu stellen, ist tatsächlich eine wichtige bildungs- und kulturpolitische Aufgabe und darüber erfahren wir in diesem Bericht relativ wenig.

Wenn wir einmal von den Institutionen ausgehen, die hier genannt sind, und von der Problematisierung der Finanzierung, möchte ich an dieser Stelle zumindest anticken, dass einiges aus meiner Sicht etwas unwichtig dargestellt ist beziehungsweise fehlt. **Baukultur** kommt in dem nicht Bericht vor, obwohl wir doch gerade in Schleswig-Holstein zusätzlich das Thema Archäologie und Bodendenkmäler zu Recht als ein sehr reichhaltiges behandeln können. Hier ist offensichtlich die Abteilung im Ministerium nicht darauf geeicht. Wo bleibt das? Wo wird das behandelt, geför-

(Angelika Birk)

dert, bearbeitet? Das wird es natürlich, aber das ist im Bericht offensichtlich nicht erwähnenswert.

Die **Nordischen Filmtage** als ein nicht ganz unwichtiges, auch landesweites Ereignis sind irgendwo in einer Fußnote vorhanden. Andere Einrichtungen, die sich nicht staatlicher Unterstützung erfreuen, aber nichtsdestotrotz nicht ganz unbedeutend sind, wenn ich als Lübeckerin einmal auf die großen Ausstellungen und Diskussionen und Konzerte in der Petrikerche hinweisen darf, fehlen auch. Gucken wir als Staat nur dahin, wo wir viel Geld geben beziehungsweise wo die Landesregierung und die Kieler Nähe als Hauptstadt gegeben ist?

Ebenfalls ist die Frage wichtig, wer über die **Kulturförderung** entscheidet. Ich bin dankbar dafür, dass eine Evaluation stattfindet. Allerdings hat es in der Vergangenheit, weil zwischendurch immer wieder Entscheidungen getroffen werden müssen, hier in jedem Bundesland den durchaus üblichen Ärger gegeben. Wenn beispielsweise der Konsens getroffen wird, dass freie Theatergruppen selber in der Jury sitzen, die über Gelder entscheidet, die abwechselnd mal die eine, mal die andere Theatergruppe erfreuen, dann eine antragstellende Gruppe den Raum verlässt und so weiter, ist das immer wieder Grund für diejenigen, die nicht in dem illustren Kreis sitzen, gleichwohl sie hoffnungsvolle Kulturschaffende sind, sich darüber zu beschweren und von „Schiebung“ zu sprechen.

Wie man diesem Problem Herr werden kann und welche neuen Möglichkeiten der **Kulturevaluation** es gibt, darauf dürfen wir gespannt sein. Es ist vielleicht angemessen, schon vor der endgültigen Berichterstattung im Jahr 2003 hierüber im Ausschuss zu sprechen. Insofern finde ich es keine Drohung, Herr Kollege Weber, sondern durchaus eine angemessene Ankündigung, wenn sich Frau Spoorendonk auf diese Debatte freut.

Nicht zuletzt weil Kultur inzwischen auch ein Ereignis des Tourismus geworden ist und wir in Schleswig-Holstein gerade hiervon besonders profitieren können, sollten wir uns Gedanken machen, welche kulturellen Bündelungen wir vornehmen, an welchen Stellen wir aufpassen müssen, dass wir zarte Pflänzchen und noch Unbequemes dabei nicht ausreißen. Diese Debatte ist unsere Aufmerksamkeit wert, allerdings nicht um diese Uhrzeit. Ich hoffe, dass wir uns dazu bei anderer Gelegenheit mehr Muße und Zeit nehmen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung zur abschließenden Beratung an den Bildungsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe als letzten Tagesordnungspunkt für heute Tagesordnungspunkt 48 auf:

Weiterentwicklung des IPTS

Landtagsbeschluss vom 22. März 2002
Drucksache 15/1716 (neu)

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/1837

Ich erteile das Wort der Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur, Frau Ministerin Erdsiek-Rave.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch dies ist ein Zwischenbericht. Es geht um die Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften und das begreifen wir als einen lebendigen Prozess, der auf veränderte und neue Erkenntnisse und Erwartungen reagieren muss. Wir werden deshalb das **IPTS** als einen zentralen Baustein unseres Schulsystems nicht nur weiterentwickeln - das wäre zu kurz gedacht -, sondern es geht uns um die Neugestaltung der Lehreraus- und -fortbildung und zugleich um das Gesamtfeld von **Schul- und Unterrichtsfachberatung** in Schleswig-Holstein, also auch um das, was gemeinhin unter Schulentwicklung verstanden wird. Wir machen dabei Ernst mit der Überzeugung, dass man den künftigen Anforderungen an Lehrerbildung und Schulentwicklung nur noch in Strukturen gerecht werden kann, die flexibel gestaltbar sind, die verstärkt projektorientiertes Arbeiten ermöglichen und die die jeweils kompetenten Personen effektiv und zeitnahe zueinander bringen. Wir machen auch Ernst mit mehr Selbstständigkeit und Autonomie der Schulen auch in diesem Bereich. Dabei wird es auch um die Erprobung neuer Formen der Steuerung und der Sicherung des staatlichen Einflusses gehen.

In Gang gesetzt worden ist dieser Weiterentwicklungsprozess mit der Berufung einer Fachkommission, die eine weit reichende Reorganisation der heute bestehenden Strukturen für erforderlich gehalten und entsprechende Änderungsempfehlungen vorgelegt hat. Das IPTS wird parallel zur Neudefinition seiner Aufgaben in ein **Institut für Qualitätsentwicklung** an

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

Schulen in Schleswig-Holstein umgewandelt. Es erhält ein eigenes Budget und die Personalhoheit. Die Frage der Rechtsform befindet sich noch in der Klärung. - So viel zum Thema Zwischenbericht.

Dieses Institut wird in Zukunft drei große Dienstleistungsbereiche haben: erstens die Lehrerbildung mit Berufseinführung, Fort- und Weiterbildung, zweitens Schulentwicklung, unter anderem mit Lehrplanentwicklung und Modellversuchen, und drittens die Informations- und Kommunikationsdienste, unter anderem mit Landesmedienzentrum, Landesbildungsserver und Online-Fortbildung, die in der Vergangenheit einen zunehmenden Anteil an Fortbildung bekommen hat. In allen drei Bereichen sollen grundsätzlich auch Einnahmen erzielt und Drittmittel eingeworben werden können.

Für die **Aus-, Fort- und Weiterbildung** der an der Schule beteiligten Gruppen werden **regionale Außenstellen** des Instituts eingerichtet und das Institut wird sich zeitgemäßer Personalmanagementmethoden bedienen, Steuerungsinstrumente für Bildungsprozesse einführen und eigenständig wirtschaften können.

Das gesamte Vorhaben befindet sich zurzeit in der Phase der Entwicklung von Detail und Umsetzungskonzepten entsprechend dem Kabinettsbeschluss vom November 2001. Wir haben insgesamt 21 Teilprojektgruppen eingerichtet. Dort werden unter der Gesamtleitung der Projektmanagerin Konzepte zu den einzelnen Themen und Prüffeldern der Lehrerbildung und der Schul- und Unterrichtsfachberatung erarbeitet. Rund 150 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IPTS sind in Form von Expertenteams an dieser Reformphase beteiligt.

Den Arbeitsergebnissen dieser Expertenteams kann und will ich nicht vorgreifen. Verbindliche Detailauskünfte zu einzelnen Fragen, wie sie in dem Antrag gestellt worden sind, sind heute deshalb nicht möglich. Das liegt nicht an mir, sondern das liegt am Zeitpunkt des Berichts. Ich sage natürlich zu, dass ich Sie zeitnah über alle weiteren Entwicklungen unterrichten werde.

Der Umsetzungsprozess wird im Übrigen aus Rücksicht auf die gewachsenen Strukturen und die Interessen der Mitarbeiter nur Schritt für Schritt vorangebracht werden können. Das heißt, die jetzige Struktur wird jeweils in dem Umfang verändert, in dem die konkrete personelle, die verwaltungstechnische und vertragsmäßige Lage dies erlaubt. Niemand wird in der Umgestaltung seinen Arbeitsplatz verlieren - das ist selbstverständlich, muss aber immer wieder gesagt werden - oder seinen dienstlichen Status und niemand wird vorzeitig in den Ruhestand geschickt werden.

Mit Beginn des nächsten Schuljahres, also ab 1. August 2002, sollen folgende Schritte realisiert werden: eine erste Anpassung in der Geschäftsverteilung des IPTS und in den einschlägigen Ordnungen für die Seminare, die Zusammenbindung von Landesmedienzentrum mit den übrigen I- und T-Projekten und dem Landesbildungsserver in Richtung auf das künftige genannte Aufgabenfeld I- und K-Dienste und eine schrittweise Verlagerung von Arbeiten, die bisher im Ministerium geleistet wurden, in das zukünftige Institut, zum Beispiel im Bereich von Lehrplanarbeit.

Die **Strukturveränderungen** im Bereich der Lehrerausbildung in der zweiten Phase, also im Referendariat, können wegen ihrer Komplexität und ihrer Vernetzung nur in einem langfristigen Prozess zum Erfolg führen, aber auch daran wird zügig gearbeitet. Stichworte sind hier Modularisierung der Ausbildung, Verschlinkung der zweiten Staatsprüfung und vieles Weitere mehr.

Meine Damen und Herren, vor rund 30 Jahren war die Errichtung des IPTS in Schleswig-Holstein richtungweisend für die anderen Bundesländer. Seitdem hat sich vieles verändert und der institutionelle Rahmen und die Inhalte müssen sich dem anpassen und ebenfalls verändern. Das heißt, wir werden uns den neuen Entwicklungen anpassen und sind sicher, dass von dem neuen Institut ähnliche Impulse ausgehen werden wie von dem ehemaligen IPTS. Ich rege an, dass wir über die weitere Entwicklung und die Einzelheiten jeweils im Bildungsausschuss berichten. Dafür reicht die Zeit jetzt nicht aus.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete de Jager.

Jost de Jager [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Neugebauer, ich gehe gern auf Ihren Einwand ein. Ich werde diesmal nicht das Land schlecht reden, sondern das Ministerium.

(Beifall bei der CDU)

Nein, das werde ich auch nicht machen. Ich möchte gern, vielleicht abweichend von dem eigentlichen Manuskript, weil wir das zu einem sehr späten Zeitpunkt und unter großem Zeitdruck behandeln, einige Anmerkungen machen, von denen ich gleichwohl glaube, dass sie zu dem sehr wichtigen Thema der Reform der Weiterführung des IPTS gemacht werden müssen. Das ist nicht nur eine organisatorische Aufgabe, sondern

(Jost de Jager)

das ist eine höchst bildungspolitische Aufgabe. Neben dem, was wir jetzt von den Arbeitsgruppen wissen, haben wir auch zu berücksichtigen, dass wir einen Reformstau in der Weiterführung der Lehrerausbildung haben, aber auch neue Erkenntnisse durch PISA, die umgesetzt werden müssen.

Schon aus dem Grund hätte ich mir gewünscht, dass bei allem Respekt vor Zeitplänen und vor Kommissionen, die arbeiten, Sie sich heute in der Lage gesehen hätten, konkreter und dezidierter auf einzelne Punkte einzugehen, die Sie inhaltlich vorhaben. Das wäre wichtig gewesen, und es wäre angemessen gewesen, sich in der jetzigen Phase der Diskussion um die Umwandlung des IPTS in IQSH, aber auch in der jetzigen Phase der Diskussion um die Lehrerbildung insgesamt politisch stärker festzulegen und abklopfbare Positionen einzunehmen, als Sie dies getan haben.

(Beifall bei der CDU)

Bei all den Punkten, die in dem sehr dünnen Bericht, den wir bekommen haben, überwiegend nur kurz gestreift wurden, möchte ich auf einen hinweisen, bei dem wir wirklich zu großer Vorsicht und Wachsamkeit raten möchten. Das ist der Punkt, der in Ihrem Bericht unter der Überschrift der Modularisierung der Ausbildungsinhalte in der zweiten Phase angesprochen wird. Hier muss man wirklich aufpassen, denn dahinter verbirgt sich nach unserer Auffassung nicht mehr und nicht weniger als zumindest der Einstieg in eine unter Umständen heimliche Verkürzung des **Referendariats**. Denn wie anders ist sonst der Satz auf Seite 5 des Berichts zu verstehen: „Zeitliche individuelle Verkürzungen des im Grundsatz über alle Schularten hinweg zwei Jahre umfassenden Vorbereitungsdienstes sollen in weit größerem Maße als bisher möglich sein.“ Ich denke, dass Sie, Frau Erdsiek-Rave, heute die Chance gehabt hätten, aber auf alle Fälle in den kommenden Wochen und Monaten die Chance ergreifen müssen, zu sagen, was Sie damit wirklich meinen.

Wir sind als CDU sehr wohl der Auffassung, dass wir alle Möglichkeiten nutzen müssen, um zu einer Studienzeitverkürzung in der ersten Phase der Lehrerausbildung inklusive Freischussregelung und was man sich da alles vorstellen kann zu kommen. Wichtige Anregungen dazu sind vor einigen Wochen auch vom Landesrechnungshof gekommen. Wir sagen im gleichen Atemzug: Hände weg von einer Verkürzung der zweiten Phase der Lehrerausbildung, des Referendariats! Hier darf es nicht dazu kommen, dass wir Freischussregelungen, Modularisierungen oder andere Regelungen bekommen, die zu einer Verkürzung des Referendariats führen. Alles, was Sie mit der **Lehrerausbildung** und der Reform des IPTS anstreben, ist doch, dass wir eine stärkere Hinwendung auch gerade

zu den praktischen Anteilen der Lehrerausbildung haben wollen.

In dem Zusammenhang nun gerade die Phase kürzen zu wollen, die im Wesentlichen für die praktische Ausbildung zuständig ist, halten wir für falsch und halten es für eine schwer fehlerhafte Weichenstellung, zumal - das kann man dem Bericht auch entnehmen - darin auch die Tendenz nachzulesen ist, dass unter Umständen sogar Teile dieser zweiten Ausbildungsphase an die Schulen verlagert werden sollen. Das kann nur dann erfolgen, wenn im gleichen Rahmen auch die Kapazitäten an die Schulen gegeben werden. Es darf hier nicht zu einer schleichenden Entlastung des Landes von der ureigenen Aufgabe der Lehrerbildung kommen, weil die Schulen im Moment nicht in der Lage wären, dies zu machen.

Meine Damen und Herren, es gäbe noch mehrere Punkte, die ich ansprechen könnte. Lassen Sie mich zum Schluss etwas zu der Frage der Lehrerfortbildung in der dritten Phase sagen. Der Bericht geht davon aus, dass die **Fortbildung der Lehrkräfte** bedarfsorientiert organisiert wird. Das ist im Wesentlichen eine Nichtaussage. Es heißt dann: Nachfrager sind in erster Linie die Schulen. Die Schulen entwickeln eigene Fortbildungsprogramme, für deren Umsetzung sie ein Budget erhalten. Das ist eine Idee, der auch die Grünen nachhängen. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass es auch Regierungspolitik ist. Ich möchte für die CDU nur deutlich machen, dass wir einen haargenau anderen Weg einschlagen wollen. Wir glauben, dass es zwar Budgets für die Lehrerfortbildung geben muss, aber wir glauben, dass dies immer individuelle Budgets der einzelnen Lehrkraft sein müssen. Denn wir glauben, dass am Ende die einzelne Lehrkraft im Klassenraum vor den Schülern steht und deshalb muss die einzelne Lehrkraft einen Anspruch auf feste Fortbildungsbudgets haben und die Möglichkeit, diese wirklich einzusetzen.

Wir haben in einem Antrag, der im Bildungsausschuss zurzeit sozusagen in der Röhre liegt, sehr weit gehende Vorschläge dazu gemacht, auch in Form eines Gut-scheins, der allerdings mit einer Fortbildungsverpflichtung verbunden sein soll. Es ist uns wichtig, dass wir in dieser Frage eher auf die Kraft des Individuums vertrauen als auf die Kraft des Kollektivs. Aus diesem Grund plädieren wir eindeutig für individuelle Budgets für die weitere Fortbildung. Das wäre im Vergleich zur jetzigen Situation tatsächlich eine Maßnahme zur Verbesserung.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile jetzt dem Herrn Abgeordneten Weber das Wort.

Jürgen Weber [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Bericht, den die CDU mit dem Antrag auf Drucksache 15/1716 für heute angefordert hat, ist in der Tat ein Bericht, über den man in dieser Form nicht sehr lange diskutieren muss, denn es ist ein Zwischenbericht, der das aufschreibt, was wir schon alles wissen. Interessanter wäre es sozusagen, über das zu reden, was an konkreter Umsetzung als Ergebnis aller Arbeitsgruppen, die eingerichtet sind, vorliegt. Welche Schlüsse zieht das Ministerium aus der Arbeit der Arbeitsgruppen, die in ein Gesamtkonzept eingehen, das Aussage besitzt? Das wäre die interessante Frage, über die wir dringend reden müssen.

Ich will nur zwei oder drei Anmerkungen machen. Ich glaube, es ist nicht unwesentlich, ins Detail sehen zu wollen. Herr Kollege de Jager hat das Stichwort **Modularisierung** genannt. Das ist ein gutes Beispiel dafür. Modularisierung, Dinge zu verschlanken, um die Angebotsfreiheit und die Bewegungsfreiheit, die Flexibilität zu erhöhen, ist im Prinzip etwas sehr Vernünftiges. Man muss aber natürlich über die Frage nachdenken, über welche Formen und für welche Fragen und welche Bereiche der zweite Bereich der Lehrerbildung möglich ist und wo die Voraussetzungen sachlich-fachlich kaum gegeben sind. Darüber muss man im Detail reden. Es ist ein Unterschied, ob ich eine Veranstaltung über Schulrecht abfrage oder ob ich mich in einer Veranstaltung über fachdidaktische Fragen äußere. Darüber werden wir sicherlich, wenn das detailliert vorliegt, noch einmal genau reden müssen. Ähnliche Detailfragen könnte man an andere Bereiche des ganzen Komplexes anknüpfen. Das will ich jetzt aus Zeitgründen nicht tun.

Ich möchte abschließend darauf hinweisen, die Ministerin hat das deutlich gemacht, dass bereits zum 1. August 2002 die ersten Umsetzungen erfolgen sollen. Solange das die Dinge sind, die politisch verabredet sind, ist das natürlich in Ordnung. Wir als Parlament gehen natürlich davon aus, Frau Ministerin, dass die inhaltlichen und weiterführenden Umsetzungen, die dann auf den Weg gebracht werden und die sicherlich eine Beschlusslage des Kabinetts vor sich haben, natürlich vorher inhaltlich dem Parlament zur Diskussion zur Verfügung gestellt werden, sodass wir Gelegenheit haben, uns mit diesen Fragen zu befassen. Ich glaube, dass der ganze Bereich der Lehreraus- und -fortbildung in seiner Bedeutung für die Weiterentwicklung der Schulen nicht unterschätzt werden darf.

Das hat nicht nur mit PISA zu tun; dieses Wort darf auch in dieser Rede nicht fehlen, es muss ja heute überall vorkommen. Wir haben uns in Schleswig-Holstein - das will ich als Abschlussgedanken formulieren - dafür entschieden, die Grundstruktur - erste und zweite Phase - zu belassen. Wir haben uns im Prinzip auf ein **zweijähriges Referendariat** beziehungsweise mehr oder weniger auf eine Zahl für die zweite Phase festgelegt. Die Diskussion hat bundesweit sehr viel mehr Facetten. Ich würde mir wünschen, dass wir in Schleswig-Holstein einen Weg beschreiten, der innovativ ist, der aber auch eine Alternative zu verschiedenen anderen Versuchen darstellt. Rheinland-Pfalz, SPD/FDP-regiert, geht jetzt sehr stark auf konsequente Studiengänge bei der Lehrerbildung über. Ich glaube, wir können in einem Innovationswettbewerb nur dann bestehen, wenn wir die Mechanismen und die Ergebnisse und die Qualität unserer Schritte genau bemessen können. Dazu brauchen wir die aktuellen und überarbeiteten Daten und Vorschläge. Die werden wir demnächst hoffentlich haben und dann im Ausschuss ausführlich darüber beraten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Guter Unterricht ist die wesentliche Grundlage für gute Schulbildung.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und CDU)

Unterricht wird von Lehrerinnen und Lehrern erteilt. Gute Lehrerbildung ist daher eine notwendige Voraussetzung für eine gute Qualität der Schulen.

(Beifall bei der FDP)

Die zweite Phase der Lehrerbildung, das **Referendariat**, ist die eigentliche Vorbereitung auf die Praxis des Lehrerberufs. Während der ersten Phase, im Studium, muss es in Zukunft sicherlich zu einem möglichst frühen Zeitpunkt stärker zu einer Konfrontation mit der Praxis kommen, und zwar in Form eines Berufspraktikums. Aber für die Einführung in die Berufspraxis der Lehrer wird auch künftig die zweite Phase - davon bin ich überzeugt - entscheidend sein.

Die Änderungen, die sich nach den Überlegungen der Landesregierung für die zweite Phase abzeichnen, bedeuten nach meiner Einschätzung im Kern Folgendes: Statt einer intensiven Betreuung der Referendare

(Dr. Ekkehard Klug)

und Anwärter durch Studienleiter in kleinen überschaubaren Lehrerseminaren gibt es künftig weitgehend entprofessionalisierte Ausbildung, ungeordnet aufeinander gestapelte Bausteine, sprich eine in Module zerteilte Vorbereitung auf den Lehrerberuf, die die Bezeichnung „Ausbildung“ möglicherweise gar nicht mehr verdient.

Das Stichwort „**Modularisierung**“ ist schon genannt worden. Es zeigt eine problematische Entwicklung auf. Die ganze Tragweite der Zerschlagung einer qualitativ anspruchsvollen Lehrerbildung, Kollege Weber, ergibt sich aber aus meiner Sicht erst dann, wenn man auch einbezieht, was in den Expertengruppen, von denen gesprochen wurde, zurzeit teils vorgegeben, teils angedacht wird für die Umsetzungsschritte der Reform, die für die Zeit ab Mitte 2003 geplant ist. Das alles wird im Bericht nicht erwähnt. Aber ich denke, es verdient hier im Plenum der Erwähnung.

Dem Expertenteam „Neustrukturierung der Ausbildung in der zweiten Phase“ ist kürzlich mitgeteilt worden: Auf einer Sitzung der Teilprojektleiter am 26. Februar dieses Jahres habe die Projektleiterin ein Szenario umrissen, in dem die Ausbildung in der zweiten Phase weitgehend oder ausschließlich an den Schulen durchgeführt werde und/oder aber den Mentorinnen und Mentoren zu übertragen sei.

Im Klartext hieße dies, die Referendare erhalten dann nicht mehr eine qualifizierte Ausbildung durch Studienleiter, sondern sie werden an den Schulen nur notdürftig angeleitet. Die praktische Phase der Lehrerbildung wird also nicht reformiert, sondern im Grunde abgeschafft, und zwar zugunsten der Einführung einer Art **Junglehrerstatus**. Darüber hinaus will man diesen Lehrerlehrlingen außerhalb ihrer Schulen hier und da noch ein paar ergänzende Ausbildungsmodulen zukommen lassen. Auf der Strecke bleibt dabei die systematische Ausbildung und Beratung in pädagogischen, didaktischen und fachlichen Fragen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Studienleiter und regionale Lehrerseminare, die diese Funktion bislang wahrnehmen, können und sollen dann wohl auch eingespart werden. Das künftige Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen in Schleswig-Holstein, **IQSH**, sollte daher dann richtiger Institut für Qualitätsabwicklung im schleswig-holsteinischen Schulwesen genannt werden.

Ich denke, dass diese Tendenz, die sich jedenfalls in den Expertenteams abzeichnet, auch durch das schicke Zeitgeistvokabular nicht übertüncht werden kann, das in dem Bericht und in den Papieren immer wieder durchscheint.

Im Bericht ist die Rede von einem modernen Dienstleistungszentrum mit drei Geschäftsfeldern, von Qualitätsmanagement und Personalmanagementsystemen. Das alles sind wunderbare Modernisierungsbegriffe aus der Betriebswirtschaftslehre. Was hat das eigentlich mit Bildung zu tun?

In einem Arbeitspapier des Teilprojektes „Reform des IQSH“ wird sogar von der Einführung eines Kundenbindungsprogramms gesprochen, mit dem Klammerzusatz „Club und Card-Systematik“. Das finde ich am schönsten. Eine Marketingstrategie des Kultusministeriums? Ein Sparkonzept so schön zu umschreiben und einzupacken, das ist bewundernswert. Dafür, Frau Kultusministerin, sollten Sie sich dann die Platincard reservieren lassen.

Meine Damen und Herren, wenn schon die Erzielung von Einsparungen das eigentliche Ziel der **IPTS-Reform** sein sollte, dann sollte man alternativ vielleicht über manches sprechen, was auch zum Sparen beitragen könnte, etwa indem man Aufgabenbereiche wie Eigenverantwortung an Schulen, Personalentwicklung, Fortbildung zu PISA oder Koordination von Modellversuchen aus dem Ministerium auf das IPTS respektive IQSH übertrüge. In diesem Fall könnte man im Ministerium Stellen sparen.

Man könnte aber auch im IPTS die übliche Trennung in pädagogische und fachliche Studienleiter aufheben, das heißt, das Berufsbild der Studienleiter neu definieren in der Weise, dass sie in Zukunft gleichermaßen die Bereiche Fachdidaktik plus Pädagogik plus Lehr- und Lerntheorien mit einer erhöhten Kompetenz abdecken. Auch dies böte die Möglichkeit, im IPTS Stellen einzusparen. Wie gesagt, das setzt voraus, dass wir das Berufsbild der Studienleiter neu definieren und höhere Qualifikationsanforderungen stellen.

Ich halte gleichwohl die Verzahnung der genannten Bereiche, des fachdidaktischen und des methodischen, für den richtigen Ansatz. Die Trennung halte ich persönlich eher für problematisch.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Birk.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben hier zugegebenermaßen ein sehr knappes Papier vorliegen, dem aber ein langer Prozess zugrunde liegt. Ich möchte an dieser Stelle erst einmal der Bildungsministerin danken, dass sie diesen Prozess organisiert hat, weil ich denke, eine umfassende Reform braucht einen solchen Prozess, den Blick von außen, die Be-

(Angelika Birk)

teilung von vielen, die hinterher die Sache mit Leben füllen sollen.

Ich bin mit Ihnen auch darin einig, Frau Erdsiek-Rave, dass es Ziel ist, dem neuen **IQSH** andere Aufgaben als dem alten IPTS zu übertragen. Sie haben einiges genannt, was Herr Dr. Klug als Desiderat hier eingeklagt hat, nämlich Aufgaben, die durchaus auch Steuerungscharakter haben, zu übertragen. Allerdings müssen wir uns dann sehr genau fragen: An welcher Stelle ist diese Bildungsinstitution selber Anbieter von Seminaren, von Informationen und so weiter? An welcher Stelle ist sie Steuerungsinstitution, die die Angebote von Dritten kontrolliert und damit dann natürlich in einen Widerspruch gerät; denn wen man selber Anbieter ist und gleichzeitig über die Zulässigkeit Dritter urteilen soll, Angebote an die Schulen weiterzugeben, könnte das zu Konflikten führen.

(Unruhe)

- Ich finde es etwas laut, Frau Präsidentin.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Vorhin war es lauter!)

Die Situation der Kosteneinsparung - hier angesprochen, aber im Bericht nicht genannt - macht mich als Bildungspolitikerin natürlich unruhig. Ich würde schon gern wissen, welche Rahmendaten angedacht sind. Darüber sagt der Bericht nichts aus. Ich denke, darauf werden wir spätestens dann, wenn der endgültige Bericht kommt, kritisch gucken müssen.

Ich teile nicht Ihre Besorgnis, Herr de Jager, dass die Verkürzung des Referendariats ein Unglück sein muss. Ich glaube, die qualitative Ausrichtung des Referendariats ist entscheidend. Dann ist es nicht so wichtig, ob es für alle zwei Jahre oder anderthalb Jahre sind. Insbesondere Menschen mit langjähriger Unterrichtserfahrung, vielleicht in vorherigen Berufen oder auch schon, um sich die Studienzeit oder die Wartezeit zu finanzieren, sind dankbar, wenn sie nicht alles so lernen müssen, als hätten sie noch nie vor einer Klasse gestanden.

Was allerdings entscheidend ist und immer wieder unterschätzt wird, ist die Frage, welche Aufgabe die **Seminarleiter** den Referendarinnen und Referendaren gegenüber eigentlich haben. Zum einen sind sie Mentoren, sind diejenigen, die die letzte Möglichkeit der Unterstützung bieten.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Einen Moment, Frau Abgeordnete. - Ich bitte um etwas mehr Ruhe. - Sie haben das Wort, Frau Abgeordnete.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Andererseits sind sie aber auch die diejenigen, die die Noten geben. Diese Doppelrolle würde man heute eigentlich im Sinne einer modernen Betriebsphilosophie trennen. Supervisoren und Organisationsberaterinnen und -berater sind nicht diejenigen, die die Zeugnisse schreiben und die Leute einstellen und entlassen, sondern diese Rolle trennt man bewusst.

Frage: Warum wird das eigentlich nicht schon längst in der Ausbildung, zumindest in dieser zweiten Phase, in der es ja auch um sehr enge persönliche Rückmeldungen geht, so gehandhabt?

Dritte Anmerkung von uns, die Frage der **Verzahnung von Hochschule und Schule**. Sie wissen, dass wir Freunde der einphasigen Lehrerausbildung sind. Wenn diese hier nicht gewollt ist, muss trotzdem die Verzahnung von Hochschule und Schule deutlich operationalisiert werden. Der Bericht sagt dazu einiges aus.

Aber solange Lehrerinnen und Lehrer, die hier an der Hochschule unterrichten, dafür keine Stundenentlastung haben, und Hochschulfachleute, die sich am Seminar oder in der Schule an Projekten beteiligen, die evaluieren, die Modellversuche machen, dies wiederum nicht gemeinsam mit ihren Studierenden - diese wiederum auch scheinrelevant für ihr Studium - einbringen können, solange das alles nur Hobby ist und obendrauf, wird es nicht systematisch sein. Hier müssen auch berechenbare Verpflichtungen eingegangen werden und es muss ein **konzeptionelles Arbeiten** aller drei Phasen sein, sowohl der ersten und zweiten Ausbildungsphase als auch der Fortbildung. Ich habe den Willen dazu in dem Konzept durchaus erkannt, aber mir ist noch nicht deutlich geworden, wie dies operationalisiert werden kann.

Eine letzte Bemerkung vielleicht zum Thema „**nebenamtliche Seminarleitungen**“. Diesbezüglich wurden an uns Befürchtungen herangetragen, dass das in Zukunft nicht mehr möglich sein soll. Gerade die Zusammenarbeit mit einer Person, die noch an der Schule als Lehrer oder auch Leiter tätig ist und gleichzeitig Fachwissen in der Aus- und Fortbildung weitergibt, halte ich für eine sehr gute Verzahnung. Dies sollte auch in einem zukünftigen Berufsbild möglich sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden also noch eine Menge zu diskutieren haben.

Eine letzte Bemerkung: Ich habe in dem Konzept, Frau Erdsiek-Rave, vermisst, dass die Themen, die wir hier einvernehmlich diskutiert haben, nämlich die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule oder auch die Zusammenarbeit von Kindertagesstätten und Schulen,

(Angelika Birk)

sich auch in der Zusammenarbeit der entsprechenden Ausbildungseinrichtungen, sprich Fachhochschule oder der Ausbildungseinrichtungen für Erzieherinnen und Erzieher, ausdrückt. Ich gebe zu: Es ist etwas viel verlangt, diese Forderung gleich bei der Umstrukturierung zu erfüllen, aber wenn wir jetzt nicht daran denken, haben wir wieder eine wichtige Weichenstellung versäumt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es mit einem Zwischenbericht zu tun. Wir wissen noch nicht, wie die Neugestaltung des IPTS im Einzelnen aussehen wird, weil eine ganze Reihe von Arbeitsgruppen an dem Konzept herumbastelt. Das ist nicht abwertend gemeint, aber wir wissen noch nicht, wie das Ganze letztlich aussieht und wie es dann zu funktionieren hat. Für uns spielen dennoch einige Punkte eine wichtige Rolle, die ich noch einmal kurz nennen möchte.

Für uns ist wichtig, dass die Neugestaltung des IPTS nicht nur als Einsparmodell betrachtet wird. Das finanzielle Argument darf den Umgestaltungsprozess des IPTS nicht überschatten.

Punkt zwei: Für uns ist das Ziel der **Modernisierung der Ausbildungsinhalte** ein Fortschritt. Wir haben bezüglich der Weiterentwicklung der Lehrerbildung auch schon angesprochen, dass wir von der schulartbezogenen Lehrerbildung wegkommen müssen, und sehen mit der Lehrerfortbildung und mit der Modula - -

(Zuruf: Modularisierung! - Anhaltende Unruhe)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich muss noch einmal unterbrechen. Meine Bitte um etwas mehr Ruhe gilt auch für Finanzpolitiker. - Sie haben das Wort, Frau Abgeordnete.

(Beifall bei CDU und SPD)

Anke Spoorendonk [SSW]:

Ich wage noch einen Anlauf: Das Ziel der Modularisierung der Ausbildungsinhalte wird von uns als Fortschritt betrachtet. Wir finden, es ist richtig, eine eher schulartunabhängige Fortbildung einzurichten

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und sehen dies als Schritt in die richtige Richtung.

Wir begrüßen auch, dass die Schulen ein eigenes Budget für Fortbildungsprogramme erhalten. Wir denken, das ist eine Verpflichtung der Schule und der Schulleitung auch an der Schule selbst, diese Maßnahmen der **Fortbildung** zu strukturieren und auch die Mitarbeiter zu motivieren, daran teilzunehmen.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist eine Stärkung der Eigenständigkeit und auch eine stärkere Flexibilität der Fortbildung.

Dritter Punkt: Wir meinen, dass es wichtig ist, dass die Integration der so genannten kleinen Fächer - auch das ist im Bericht angesprochen - in die neue Struktur des **IQSH** nicht nur das Fach Musik umfassen darf, sondern auch andere kleine Fächer umfassen muss.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich nenne noch einmal vorsorglich die Minderheitensprachen Friesisch und Dänisch.

(Beifall bei SSW und SPD)

Ich denke auch an die Fortführung der Lernwerkstätten; denn auch da muss ein Fach wie Friesisch erhalten bleiben.

(Beifall beim SSW)

Letzter Punkt: Die Stärkung der Lehrerfortbildung an den dafür zuständigen Hochschulen ist aus unserer Sicht eine Voraussetzung dafür, dass die Qualität des Angebots gestärkt und gesichert wird. Mit der Empfehlung der Einrichtung von Zentren für Lehrerbildung und Unterrichtsforschung an den Hochschulen geht man nicht so weit wie nördlich der Grenze, wo man gerade eine pädagogische Universität gegründet hat, aber als Kooperationspartner für das künftige **Institut zur Qualitätsentwicklung** an Schulen in Schleswig-Holstein könnte so ein Zentrum wirklich eine wichtige Rolle spielen.

Von daher sage ich noch einmal: Die Neugestaltung des IPTS wird von uns begrüßt. Wir sehen im Detail noch einige Hürden, die überwunden werden müssen, aber ich denke, die Neugestaltung ist überfällig.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung dem Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Lassen Sie mich heute Abend noch etwas ankündigen: Der Punkt 44 - Außenwirtschaftspolitik - wird abgesetzt und in der Juni-Tagung behandelt. Darauf haben sich die Fraktionen verständigt.

Dann möchte ich noch einmal für Ihr Verständnis danken. Die Situation ist im Moment so, wie sie ist. Wir bemühen uns zumindest, die Lautstärke des Baulärms einzudämmen. Ich bin Herrn Waack ausgesprochen dankbar dafür, dass er sich noch einmal persönlich auf den Weg gemacht und dafür gesorgt hat, dass wir Ruhe haben.

(Beifall)

Ich wünsche Ihnen einen erholsamen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:09 Uhr